



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

eLearning – ein Vehikel des Neoliberalismus?

Eine ideologiekritische Analyse der Interessen und Einflüsse, die zur  
Einführung von eLearning an Österreichs Schulen geführt haben

Band 1

Verfasserin

Katharina Kaiser-Müller

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im September 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 297

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Pädagogik

Betreuerin / Betreuer:

Univ. Prof. Dr. Christian Swertz, MA



## **Ehrenwörtliche Erklärung**

Ich versichere hiermit,

dass ich die gegenständliche Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde bisher weder im Inland noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt.

Himberg, im September 2012

Katharina Kaiser-Müller



*„Man darf sein Leben nicht vorübergehen lassen,  
ohne ein Wort der Dankbarkeit an jene zu richten,  
die man innig verehrt.“*

Stefan Zweig

Mein Dank geht an all die lieben Menschen, die an mich geglaubt haben und mich über die Jahre hindurch – sei es durch aufmunternde Worte, geduldiges Warten oder durch aktive Denkarbeit – unterstützt haben.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meinem Professor Christian Swertz bedanken, der mich während meiner Diplomarbeit betreut und umfangreich unterstützt hat.

Besonders bedanken möchte ich mich bei Birgit Meissner und Alessandro Barberi, die viele Stunden mit der Korrekturarbeit meiner Zeilen zugebracht haben.

Herzlich möchte ich mich bei meinem Mann Wolfgang und seiner Mutti Lieselore bedanken, denn ohne deren Unterstützung hätte ich mit zwei Kindern gar kein Studium beginnen, geschweige denn durchstehen und abschließen können.

Unseren Kindern Florian und Klaus sowie meinen Geschwistern Michaela, Barbara und Peter als auch meinem Vater Franz Müller danke ich für die Geduld, die sie aufgrund des Zeitmangels in den Jahren meines Studiums aufgebracht haben.

DANK E



# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>9</b>
<b>2. Methode .....</b>	<b>17</b>
<b>3. Neoliberalismus – neoliberale Gesellschaft .....</b>	<b>27</b>
<b>4. Politisches Feld.....</b>	<b>33</b>
4.1. Grundsatzprogramm – ÖVP 1972 .....	38
4.2. Grundsatzprogramm – SPÖ 1978 .....	40
4.3. Grundsatzprogramm – FPÖ 1985 .....	44
4.4. Offenes Kurzprogramm – Grüne Alternative 1986 .....	47
4.5. Grundsatzprogramm – ÖVP 1995 .....	51
4.6. Grundsatzprogramm – SPÖ 1998 .....	60
<b>5. Maßnahmen der Unterrichtministerien .....</b>	<b>67</b>
5.1. Projekt TEVALO (Teacher Evaluation Online) .....	69
5.2. Projekt eLSA .....	71
5.2.1. eLSA-Netzwerk .....	72
5.2.2. eCoaching .....	74
5.2.3. Evaluierungen .....	75
5.2.4. eLSA-Evaluations- und Abschlussbericht .....	76
5.2.5. Analyse des eLSA-Projekts aus Schulentwicklungsperspektive.....	76
5.3. Edumoodle .....	79
5.4. WEB 2.0 .....	82
<b>6. Mediales Feld .....</b>	<b>87</b>
6.1. Teil I – von 1985 bis 1999.....	89
6.2. Teil II – ab 2000.....	96
<b>7. Resümee .....</b>	<b>101</b>
<b>9. Literatur .....</b>	<b>107</b>
<b>10. Abbildungen.....</b>	<b>113</b>
<b>Kurzfassung .....</b>	<b>115</b>
<b>Lebenslauf .....</b>	<b>117</b>



# 1. Einleitung

*Neue Medien* waren immer schon im Trend. Sie geben ein Versprechen auf die Zukunft. Interessant ist allerdings, dass sie nicht nur im Trend liegen, sondern zugleich den Trend machen (vgl. Swertz 2006: 199). Es scheint, als wäre *das Neue* das Entscheidende, das Zukunftsträchtige. *Neu* sei besser, weil anders – so der Glaube. Folgt man Christian Swertz dann stimmt genau das bei *neuen Medien*, wie beispielsweise dem Computer, hinsichtlich der Technologie nicht. Denn: Sowohl die *neuen* als auch die *alten* Computer gehen auf eine Computertechnik zurück die bereits 1946 von Alan Turing konzipiert wurde. Die Computertechnologie ist grundsätzlich gleichgeblieben, nur die Quantität hat sich erheblich verändert (vgl. Swertz 2006: 202). Abgesehen von der Technik sind *neue Medien* immer in Relation zu anderen Medien zu betrachten und *das Neue* verweist immer auf *das Alte* und umgekehrt. Wurde einst das Buch als *neues Medium* angesehen, so sind es heute die Computer mit ihren Soft- und Hardwarekomponenten (vgl. Swertz 2006: 204).

Unabhängig ob alte oder neue Medien: „Medien sind Gegenstände, die von Menschen zu Zeichen gemacht werden. Medien haben stets eine pragmatische, eine physikalische und eine semiotische Dimension. Diese Dimensionen sind gleichzeitig voneinander getrennt und miteinander verbunden.“ (Swertz 2006: 203) Wenn aus medienpädagogischer Sicht – Swertz und Meder folgend – davon ausgegangen werden kann, dass Bildung heißt, sich in ein Verhältnis zu sich selbst, zu anderen und zur Welt zu setzen, dann bestimmt das Medium die Form wie wir uns Wissen aneignen und uns bilden (vgl. ebd.: 205). Demnach kann durch die Wahl des Mediums im Unterricht der Bezug zu sich selbst, zu anderen und zur Welt geändert werden. Was kann daraus geschlossen werden, wenn Unterrichtsmedien rigoros verändert werden sollen? Betrachten wir dies am Beispiel von eLearning.

In einer vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (in Folge bm:ukk) initiierten und 2008 veröffentlichten Broschüre für Lehrkörper, mit dem Titel „*e-learning brings*“ ist zu lesen, dass „e-learning in Österreich längst dem Pilotstadium entwachsen ist“ (bm:ukk a 2008: 3). Lehrkörper werden aufgefordert eLearning mit dem Internet, insbesondere mit dem Web 2.0, als Teil der heutigen Unterrichtsgestaltung anzusehen und diese neue Lehr- und Lernformen verstärkt im Unterricht einzusetzen. Mit dieser Aussage bekundet das bm:ukk sein Interesse an der Nutzung von eLearning im Unterricht und fordert Lehrkräfte auf, ihren Unterricht anders zu gestalten sowie den Einsatz von eLearning zu forcieren. Demnach wird eLearning politisch gefordert und gefördert.

Was kann unter dem forcierten Begriff eLearning verstanden werden? Das „e“ steht für *electronic, learning* wird übersetzt mit Lernen. Es liegt der Schluss nahe, dass es sich hierbei um elektronisches Lernen handelt. Ob eLearning als ein „durch Informations- und Kommunikationstechnologie unterstützter Lernprozess“ (Uni Hildesheim 2009) verstanden oder „als Ansatz, um Lernprozesse und Kompetenzentwicklungen, mittels den verschiedenen Internet- und Web-Technologien, zu ermöglichen“ (Kern 2001) angesehen wird, der Begriff eLearning ist verknüpft mit Lehren und Lernen sowie elektronischen Hilfsmitteln, unabhängig davon, ob an einem Computer mittels einer besonderen Software oder im Internet gelernt wird. Wenn elektronische Geräte fürs Lernen angeboten bzw. benutzt werden, dann kann von eLearning gesprochen werden.

eLearning, Internet und Web 2.0 sind heutzutage nicht mehr wegzudenken, sie haben in unser Privat- und Berufsleben (vgl. Statistik Austria 2010) sowie in den Schulalltag Einzug gehalten. Waren Österreichs Schulen im Jahre 2002 mit 51,8 Prozent knapp über die Hälfte, an das Internet angebunden (vgl. Stangl 2000: 135), so kann heute – nach Aussagen des bm:ukk – von einer vollständigen Anbindung ausgegangen werden (vgl. bm:ukk 2009). Das Internet mit seinen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten kann somit als fixer Bestandteil in österreichischen Schulen angesehen werden. eLearning – so publiziert das bm:ukk – bereichere den Unterricht und wird als wichtiges Instrument in Lehr- und Lernbereichen der Schulen angesehen (vgl. ebd.).

Für Thomas Naroszy und Verena Riedler – die eine Broschüre „E-Learning in der Schule“ für Lehrkräfte zusammengestellt haben – kann eLearning als Instrument zur Unterrichtsgestaltung angesehen werden. Wie der Unterricht auch didaktisch geplant wird und welcher Bildungstheorie auch gefolgt wird, eLearning bietet Hilfe zur Inszenierung, es ist Teil des Werkzeugkastens für Lehrende (vgl. Naroszy / Riedler 2002: 230f). Sie wollen Lehrkräften einen Überblick zum Thema eLearning im schulischen Kontext geben, zeigen Möglichkeiten auf, wie eLearning in den Unterricht eingebunden werden kann und geben neben Hinweisen auch Quellen zur weiteren Vertiefung an. Unter anderem stellen sie drei Lerntheorien vor: Den Behaviorismus, den Kognitivismus und den Konstruktivismus, deren Grundannahmen hier kurz angeführt werden.

Beim Behaviorismus wird davon ausgegangen, dass auf einen bestimmten Reiz eine entsprechend beobachtbare Reaktion folgt, dass aufgrund eines gewissen Inputs ein gewisser Output folgt. Das Gehirn wird als passiver Behälter, als eine Art *blackbox*,

angesehen, reagiert auf Reize und kann trainiert werden. Beispielhaft für eine erfolgreiche Konditionierung sind die Experimente von Skinner mit der Ratte und Pawlow mit dem Hund zu finden.

Im Gegensatz dazu wird beim Kognitivismus Lernen als ein Denkprozess angesehen und das Erkennen und Erklären von Lernen in den Vordergrund gestellt. Der Lernprozess wird als Wechselwirkung zwischen den bereits vorhandenen Wissensstrukturen und den angebotenen neuen Informationen verstanden (vgl. Stangl 2012). Der Prozess des menschlichen Denkens wird als Prozess der Informationsverarbeitung angesehen (vgl. Baumgartner / Payr 1997: 2f). Die Verbindung zum prozessorgesteuerten Computer ist hier am auffälligsten.

Beim Konstruktivismus wird Lernen als konstruktiver, aktiver Prozess zur Bewältigung komplexer Situationen gesehen. Lernende steuern ihren Lernprozess selbst, d.h. sie konstruieren ihr Wissen in Beziehung zu ihren früheren Erfahrungen und eigenen Werten. Interaktion mit anderen ist für das Lernen ausschlaggebend, so wie die Möglichkeit der eigenen Reflexion, d.h. eine Perspektive auf das eigene Lernen einzunehmen (vgl. Stangl 2012). Für den Konstruktivismus ist der menschliche Organismus ein in sich informationell geschlossenes System, es beruht auf Selbstreferentialität und ist autonom strukturdeterminiert (vgl. Baumgartner / Payr 1997: 4f).

Je nachdem welche Lerntheorie genutzt wird, ändert sich das Verständnis von Lernen und Lehren. Während beim Behaviorismus die Lehrenden als Autorität angesehen werden, die wissen wie sich Lernende – durch externe Vorgaben – das zu Könnende anzueignen haben, verlagert sich die Autoritätsfrage bei den anderen Lerntheorien erheblich. Während beim Kognitivismus die Lehrenden keine Antworten mehr vorgeben, sondern die Lernenden bei der Problemlösungsfindung begleiten, kooperieren im Konstruktivismus die Lehrenden mit den Lernenden in Form eines Coachs oder Mitspielers und verlieren damit die absolute Autorität allwissend zu sein. Es hat den Anschein, als können sich Lehrkräfte mittels Einsatz von eLearning selbst aussuchen, welche Rolle sie im Klassenzimmer einnehmen wollen.

Bemerkenswert ist, dass die von Naroszy und Riedler vorgestellten wissenschaftlichen Lerntheorien keine pädagogischen, sondern psychologische sind. Der Unterschied zwischen psychologischen und pädagogischen Lerntheorien liegt darin, dass der Blick auf die Qualität der Beziehung zwischen Mensch und Welt und auf Möglichkeiten einer

Verbesserung dieser Beziehung im Interesse beiderseitiger Weiterentwicklung in den psychologischen Lerntheorien nicht berücksichtigt wird und eine pädagogische Lerntheorie eben auf diese Zusammenhänge abzielt (vgl. Göhlich / Wulf / Zirfass 2007: 8). Bei den zuvor angeführten Lerntheorien zeigt sich, dass bei der Verwendung von eLearning im Unterricht nicht zwangsläufig pädagogische Interessen in den Vordergrund gerückt werden. Ebenso verhält es sich mit den nächsten vom bm:ukk vorgestellten und zu fördernden Maßnahmen, die ebenfalls nicht als grundsätzlich pädagogisch angesehen werden können.

Nach dem bm:ukk können verschiedene Aktivitäten mit neuen Medien – insbesondere dem eLearning – einen Beitrag leisten, die Lernenden auf die Informations- und Wissensgesellschaft vorzubereiten. So soll es mittels der Individualisierungsstrategie möglich sein, die Lernenden „mit zentralen Kompetenzen im Hinblick auf den eigenständigen Wissenserwerb, im Sinne des lebensbegleitenden Lernens, auszustatten“ (bm:ukk 2009: 27).

Die vom bm:ukk forcierte Strategie findet auch ihre Kritiker. Lebensbegleitendes Lernen kann auch als lebenslanges Lernen (LLL) verstanden werden. Ludwig Pongratz spitzt die Definition LLL im Pädagogischen Glossar noch zu, wenn er unter LLL auch lebenslängliches Lernen versteht. Denn für ihn bedeutet LLL sämtliches Lernen – ob formales, non-formales oder informelles Lernen – während der gesamten Lebenszeit (vgl. Pongratz 2006: 162f). Ebenso sieht Anna Tuschling das Individuum auf sich selbst zurückgeworfen. Es hat eigenverantwortlich die Technik des Selbstführens zu erlernen, um den gesellschaftlichen und ökonomischen Anforderungen gerecht zu werden (vgl. Tuschling 2004: 154ff). Thomas Höhne sieht die Fähigkeit zur Selbstorganisation und die Verlagerung der Verantwortung von den Unternehmen auf die Individuen selbst als ein zentrales Charakteristikum der Wissensgesellschaft (vgl. Höhne 2006: 300f).

Den kritischen Aussagen folgend, sind die vom bm:ukk forcierten Strategien nützlich für den Arbeitsmarkt, denn am Arbeitsplatz sind Menschen gefragt, die die Fähigkeiten besitzen, mit Wissen umzugehen, die eigenständig abschätzen können, welche Wissenslücken sie haben, um schlussendlich eine Entscheidung treffen zu können, welches Wissen sie sich eigenständig aneignen sollten, um den Unternehmen dienlich zu sein. So wurde in einer Broschüre zum Fachkongress für eLearning, Wissensmanagement und Personalentwicklung im September 2010 verlautbart, dass Wissen und Wissensmanagement „die Erfolgsfaktoren Nummer 1“ für Unternehmen sind (vgl. Golea 2010).

Daraus folgt, dass die Arbeitnehmerinnen in der Verantwortung stecken, sich eigenständig – durch LLL – das nötige Wissen anzueignen, um einen Arbeitsplatz zu bekommen und zu erhalten. Demnach wird die Verantwortung für Bildung, Ausbildung und/oder Weiterbildung auf die Individuen selbst übertragen, die eigenständig und selbstverantwortlich ihre Entscheidungen treffen müssen und selbst das Risiko tragen, das „Richtige“ zu lernen.

eLearning wird vom bm:ukk als Erfolgsfaktor für die Zukunft angesehen, es biete Chancen, das individuelle und selbst gesteuerte Lernen zu fördern (vgl. bm:ukk 2009: 7). Und wenn das Individuum als Unternehmer seiner Selbst (vgl. Bröckling 2007) angesehen werden muss, dann können wir nicht früh genug damit anfangen, selbständig zu agieren und eigenständig zu lernen. Dies soll unseren Kindern in der Schule ermöglicht werden. Zumindest das bm:ukk proklamiert eLearning als Chance, das individuelle und selbst gesteuerte Lernen zu fördern, denn mittels *neuer Medien* können die Lernenden *auf die Zukunft* vorbereitet werden.

Für Stefanie Bruha und Lisa Schwediauer kann die Pädagogik als „aktiver Mitgestalter der Wissensgesellschaft“ angesehen werden, wie am Konzept des LLL zu erkennen ist (Bruha / Schwediauer 2007: 152). Ebenso problematisch sieht Jochen Krautz, dass ökonomische Interessen den pädagogischen „vorgeordnet oder sogar übergeordnet“ (Krautz 2007: 2) werden. Hier wird das Problem sichtbar, dass Bildungseinrichtungen auf Markt und Wettbewerb ausgerichtet sind (vgl. Lohmann 2010: 1).

Wie aus den oben angeführten Beispielen entnommen werden kann, können die vom bm:ukk geforderten und geförderten Maßnahmen zur Nutzung von eLearning als von der Wirtschaft motiviert angesehen werden. Demnach sind nicht nur pädagogische und politische, sondern auch ökonomische Interessen für die Nutzung von eLearning vorzufinden und diese unterschiedlichen Interessen sind Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Und so lautet die Forschungsfrage: Welche Interessen und Einflüsse haben zur Einführung von eLearning an Österreichs Schulen geführt? Welche Argumente wurden angeführt und wie wurden diese begründet?

Christian Kreidl und Ullrich Dittler suchten bereits 2009 nach Motiven, die zur Einführung von eLearning an Österreichs Hochschulen geführt haben. Nach einer qualitativen

Befragung der Beteiligten haben sie vier Motive konstatiert. Die beiden Hauptmotive, die zur Einführung von eLearning geführt haben, waren zum einen die Ortsunabhängigkeit beim Lernen (anytime, anywhere) und zum anderen der didaktisch-konstruktivistische Ansatz, dass Lernende in einer geeigneten Umgebung ihr Wissen selbst konstruieren können (vgl. Kreidl / Dittler 2009: 263). Hier zeigt sich, dass die von Naroszy und Riedler vorgestellten psychologischen Lerntheorien, die durch eLearning verstärkt zum Einsatz kommen können, bei dieser Studie als Motive herangezogen werden, da sie ein Versprechen – nämlich die selbständige Wissensaneignung durch eigenständiges Lernen – in sich bergen.

Das dritte Motiv, das mittlerweile zu einer gewissen Ernüchterung führte, war die Hoffnung auf Kosteneinsparung, die mit Einführung von eLearning hätte stattfinden sollen. Das vierte und nicht unwesentliche Motiv war der Wunsch nach Partizipation an den in Deutschland, Österreich und der Schweiz ausgeschriebenen Förderprogrammen (ebd.). Aus dieser Studie kann herausgelesen werden, dass Förderprogramme – unabhängig davon, ob von Bund oder Land initiiert – entscheidend zur raschen Implementierung von eLearning beigetragen haben. Die Frage, ob sich eLearning auch ohne Förderprogramme so rasch an (Hoch)Schulen hätte etablieren können, bleibt offen.

Der Kanadier Norm Friesen nähert sich dem Thema eLearning aus einer anderen Perspektive. Friesen zieht exemplarisch drei gängige Mythen, die mit dem Begriff eLearning in Verbindung gebracht werden (Unabhängigkeit von Zeit und Ort, Leben in einer Wissensgesellschaft sowie das Gesetz der Veränderung durch den technischen Fortschritt) heran, um die „offensichtlichen und weit verbreiteten Wahrheiten“ zu entmystifizieren (vgl. Friesen 2008). Die ideologiekritische Methode ermöglicht ihm eine Gegenüberstellung der tatsächlichen sozialen Bedingungen mit den propagierten Wahrheiten, die oft unhinterfragt übernommen und verbreitet werden. Friesen stellt deutlich heraus, dass in der heutigen Konzeption des Wissens der Zweck nicht mehr in einer emanzipatorischen Geisteshaltung liegt, sondern durch die Verwendbarkeit am Markt bestimmt wird (vgl. ebd.). Anhand von unterschiedlichen Studien macht er deutlich, dass gerade mit dem Einsatz von Internet und eLearning die Einkommensschere – die propagierter Weise verkleinert hätte werden sollen – noch weiter vergrößert wurde (vgl. Friesen 2012). Er bezieht sich bei seiner Argumentationsführung auf die *Kritische Theorie der Frankfurter Schule*, deren zentrale Aussage nicht zuletzt darin besteht, dass Wissen nie

„unschuldig“ oder – anders gesagt – „wertfrei“ ist. Es kann auch als Ideologie verstanden und muss immer in historischen und/oder politischen Zusammenhängen gesehen werden, gerade dann, wenn es als unpolitisch, neutral und/oder sachlich präsentiert wird. Zu den wichtigsten Vertretern der *Frankfurter Schule* können Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Walter Benjamin sowie Jürgen Habermas gezählt werden (vgl. Friesen 2012), auf die im nächsten Kapitel näher eingegangen wird.

Im Zuge dieser Arbeit werden Argumentationen, die zur Nutzung und Einführung von eLearning vorgebracht werden, ideologiekritisch betrachtet. Es wird davon ausgegangen, dass eLearning genutzt wurde, um neoliberale Strukturen durchzusetzen und für deren Akzeptanz zu sorgen. Um diese Annahme zu prüfen, werden politische und mediale Teilfelder betrachtet. Einerseits werden politische Grundsatzprogramme herangezogen, um die Forderungen, die für eine Nutzung von Computer und eLearning im Unterricht angeführt werden, aufzuzeigen. Andererseits werden medial verbreitete Meldungen aus Tageszeitungen herangezogen, um das öffentliche Teilfeld rund um die Themen Computer und eLearning in der Schule darzustellen. Das Augenmerk wird auf die Argumentationen und die ihnen innewohnenden – bzw. unerwähnten und verdeckten – Ideologien gelegt. Die Einflüsse und Konstruktionen, die zur Einführung von eLearning an Österreichs Schulen geführt haben, sowie die unterschiedlichen Interessen, eLearning an Schulen (nicht) einzuführen, sollen im Zuge dieser ideologiekritischen Auseinandersetzung aufgezeigt werden.

Die Arbeit gliedert sich in sechs Abschnitte. Im ersten Abschnitt die Methode dargelegt, der zweite Abschnitt widmet sich dem Neoliberalismus, bzw. der neoliberalen Gesellschaftsstruktur und deren ideologischen Grundsätzen. Ausgehend davon werden im dritten Abschnitt die Grundsatzprogramme der politischen Parteien Österreichs dargelegt und die aufgefundenen Argumente ideologiekritisch betrachtet. Im vierten Abschnitt werden Maßnahmen des bm:ukk, welche zur Einführung von eLearning geführt haben, ebenfalls einer ideologiekritischen Betrachtung unterzogen. Im Anschluss daran werden im fünften Abschnitt die medial verbreiteten Meldungen rund um das Thema Einführung von Computer und eLearning an öffentlichen Schulen betrachtet. Abschließend folgt, im sechsten Abschnitt, das Resümee dieser Arbeit.



## 2. Methode

Um die unterschiedlichen Interessen gesellschaftlicher Entscheidungen ausfindig zu machen, eignet sich die Methode der Ideologiekritik. Da Ideologie ein Begriff ist, der im Laufe der Geschichte unterschiedliche Bedeutungen zugewiesen bekommen hat, soll hier Platz gefunden werden, um die unterschiedlichen Bestimmungen der Begriffe Ideologie und Ideologiekritik aufzuzeigen. Beginnend mit dem Wortursprung Ideologie folgt ein kurzer Überblick zur Geschichte der Ideologiekritik und der damit verbundenen, unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen bzw. Ansätze. Im Anschluss wird der für diese Arbeit verwendete Begriff bestimmt und davon ausgehend das relevante methodische Vorgehen expliziert.

Ursprünglich wurde das Wort „*idéologie*“ 1796 von Antoine Louis Claude Destutt de Tracy (1754-1836) als eine Bezeichnung für eine neue Wissenschaft – die Lehre von den Ideen – eingeführt. Ideologie wurde als naturwissenschaftliche exakte Ideenwissenschaft verstanden, die auf die Erforschung der zugrundeliegenden Wahrnehmungen abzielt (vgl. Rehmann 2008: 20; Kreisky 2002). Die Ideologie, welche die Begründung aller Erkenntnis beansprucht, soll im Gegensatz zur Metaphysik praktisch nutzbar sein. Als universalistische Grundlagenwissenschaft verstanden, kann sie genutzt werden, um unparteiisch die sozialen Gegensätze rational zu überwinden (vgl. Rehmann 2008: 21). Destutt de Tracy war Mitglied einer Gruppe französischer Gelehrter und Philosophen, die als Ideologen (fr. *les idéologues*) bezeichnet wurden. Sie gründeten das *Institut national*, welches u.a. zur Reorganisation des französischen Erziehungswesens ins Leben gerufen wurde. Nach Rehmann war es die Aufgabe der Ideologen, die Errungenschaften der Aufklärung staatlich zu institutionalisieren. (vgl. Rehmann 2008: 22).

Mit Napoleon (1769-1821) kehrte sich die Bedeutung des Ideologiebegriffes um. Napoleon, vorerst Ehrenmitglied im *Institut national*, klagt die Ideologen – nachdem er als Kaiser an die Macht gekommen war und selbige zu schwinden begann – an, sie würden seine staatliche Autorität untergraben und das Volk seiner Illusionen berauben. Napoleon wollte seine Gegner zum Schweigen bringen, bestritt den Wirklichkeitsbezug der Ideen und unterstellte den Ideologen praxisfernes Theoretisieren. So verschiebt sich die Bedeutung des Ideologiebegriffs in seine negative Konnotation (vgl. Rehmann 2008: 22f; Kreisky 2002).

Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895) griffen den Ideologiebegriff wieder auf. Sie verfassten 1845/46 gemeinsam eine Schrift mit dem Titel *Die deutsche Ideologie*. Der Ideologiebegriff hat bei ihnen eine eindeutig kritisch-negative Bedeutung. Der Ideologiebegriff bei Marx kann auf drei Wurzeln zurückgeführt werden: Erstens auf die Kritik an Hegels Staatsphilosophie, zweitens auf die Kritik an Feuerbachs Anthropologie und drittens auf die Kritik an der klassischen Nationalökonomie. In den Thesen über Feuerbach ist zu lesen: „Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ (Marx 1845) Nach Marx könne das Wesen Mensch demnach nicht abstrakt und losgelöst von seinen gesellschaftlichen Prozessen angesehen werden (vgl. Kreisky 2002), es ist nicht möglich, das Bewusstsein aus dem praktischen Lebenszusammenhang herauszureißen (vgl. Rehmann 2008: 27). Der Mensch ist immer in seine sozialen, gesellschaftlichen Strukturen eingebettet, wird von ihnen geprägt und kann als solcher nicht unabhängig davon gesehen werden.

Marx und Engels fassen „das Ideologische als materielle gesellschaftliche Anordnung“ (Rehmann 2008: 31) und entwickeln ein Konzept von Ideologie als *falsches, bzw. verkehrtes Bewusstsein*, welches die Individuen über ihre tatsächlichen Lebensverhältnisse hinwegtäuscht und somit die Macht der herrschenden Klasse unterstützt (vgl. Kreisky 2002). „Die Marxsche Ideologiekritik besteht nun darin, die fetischisierten ökonomischen Formen und die scheinbar autonomen Ideen auf ihren spezifischen menschlichen, d.h. gesellschaftlichen, Ursprung hin zu analysieren und geht davon aus, dass allein Menschen Träger der historischen Entwicklung sein können. Diese Zusammenhänge zu durchschauen, anzuprangern (und damit auch schon politisch zu bekämpfen) heißt im Sinne von Marx und Engels Ideologiekritik zu betreiben.“ (Kreisky 2002)

Bei Lenin (1870-1924) erfährt der Ideologiebegriff wiederum eine Umdeutung. Indem die Gegensätze der gesellschaftlichen Verhältnisse ökonomisch-ideologisch durch materiell-ideologisch ersetzt wurden (vgl. Rehmann 2008: 55f), wird Ideologie als etwas Ideelles, vom Kopf ausgehendes, angesehen (vgl. ebd.: 50). Es kommt zur Verdrängung des staatskritischen Ideologiebegriffs von Marx und Engels, durch einen neutral – vom jeweiligen Klassenstandpunkt definierten – Ideologiebegriff (vgl. ebd.: 59).

Antonio Gramsci (1891-1937), der den Ideologiebegriff ebenfalls gebraucht (vgl. Rehmann 2008: 84), sieht „das Ideologische nicht mehr primär als Geistiges, sondern als

materielles Ensemble von Hegemonieapparaten in der Zivilgesellschaft“ (ebd.: 82). Gesellschaftliche Determinationen werden als Abfolge tätiger Verhältnisse gedacht, wobei der Mensch selbst als Prozess seiner Handlungen begriffen wird. Er ist bewusst tätig, wodurch sich die objektive Realität nicht direkt im menschlichen Denken niederschlägt (ebd.: 82f). Gramsci sieht den Alltagsverstand „als spontane Philosophie des Volkes“, die sich widersprüchlich und inkohärent zusammensetzt und damit den Ausgangspunkt für sein methodisches Vorgehen bildet. Dabei differenziert er zwischen aktivem Bewusstsein – wie ein aktiver Mensch der Masse seine Realität praktisch gestaltet – und dem von der Vergangenheit unbewusst übernommenen Bewusstsein. Nach Gramscis Auffassung kann Letzteres die Ausrichtung des Willens und das moralische Verhalten bis zu einem gewissen Punkt beeinträchtigen. Die dort enthaltenen Erfahrungen und Einsichten sind ernst zu nehmen, sie bilden das Rohmaterial für die Be- und Einarbeitung durch unterschiedliche Ideologien (vgl. ebd.: 88f). Gramscis kritische Betrachtung des Alltagsverstandes kann dahingehend als Ideologiekritik angesehen werden, als der Alltagsverstand ein vielfältig strukturiertes Feld von Wechselbeziehungen darstellt, das konkret und differenziert untersucht werden kann (vgl. ebd.: 90). Nach Rehmann können Ideologie und Hegemonie als komplementäre begriffliche Register angesehen werden, da beide darauf abzielen, die konsensgetragene Stabilität von Herrschaft zu erforschen (vgl. ebd.: 99).

Louis Althusser (1918-1990) veröffentlichte 1970 seine Theorie der *ideologischen Staatsapparate (ISA)*, um den dynamischen und aktiven Charakter ideologischer Unterwerfung zu veranschaulichen. Neuartig sind die Konzepte des Subjekts und der freiwilligen Unterwerfung, die Althusser unter dem Einfluss der Psychoanalyse Jacques Lacans entwickelte (vgl. ebd.: 103). Er beschreibt die freiwillige Unterwerfung des (kleinen) Subjekts durch eine übergeordnete ideologische Instanz mit dem Begriff der *Anrufung* (fr. *interpellation* bzw. *appellation*). Als Beispiel zieht er die Dornenbuschgeschichte Moses heran. Gott ruft Moses beim Namen. Indem Moses die übergeordnete Identität Gottes akzeptiert, akzeptiert er in gleicher Weise die eigene, untergeordnete (vgl. ebd.: 108). Nach Althusser werden die Individuen (Subjekte) durch ein System bewegt, das vom jeweiligen Apparat über materielle Rituale bis in die Alltagspraxen der Subjekte hineinreicht und dort ideologische Effekte hervorbringt (ebd.: 105). Für ihn ist beispielsweise die staatliche Schule als dominierender ISA anzusehen, da sie sich über viele Jahre auf eine obligatorische Zuhörerschaft stützen kann (vgl. ebd.: 104). Da sich Althusser vorwiegend auf staatliche Apparate fixiert, ohne sich mit den

Interessen des aufsteigenden Neoliberalismus – und dessen wichtigen privaten Apparaten wie die *Mont Pèlerin Society* und dessen *Think-Tanks* – zu beschäftigen, konstatiert Rehmann, dass neuere Untersuchungen zum Neoliberalismus nur selten mit dem „althusserschen ISA-Begriff“ arbeiten (ebd.: 106f).

Nach Rehmann ist der Begriff der Ideologiekritik im Laufe der Jahre durch andere Begriffe ersetzt worden. In diesem Zusammenhang stellt er hervor, dass durch die Auflösung der Althusser-Schule der Ideologiebegriff sukzessive durch Begriffe wie Diskurs und Macht abgelöst wurde (vgl. Rehmann 2008: 134) und führt zwei Beispiele an:

Zum einen verlagert Michel Foucault (1926-1984) den Ideologiebegriff zuerst in die Begriffe des *Wissens* und der *diskursiven Praxis*, um ihn in späterer Folge in den *Macht-Begriff* zu überführen (vgl. ebd. S. 140f). Er entwickelte in diesem Sinne das Konzept der *Gouvernementalität*. Zum anderen lässt auch Pierre Bourdieu (1930-2002) den Ideologiebegriff fallen und ersetzt selbigen durch *symbolische Gewalt* (vgl. ebd.: 127). Jedoch können Bourdieus empirische Untersuchungen zu bestimmten sozialen Feldern – so Rehmann – „kaum anders als ideologiekritische Bereichsstudien gelesen werden“ (ebd.: 121). Folgt man Rehmann, zeigt sich das von Bourdieu beschriebene *Feld* „als Begriffswerkzeug, um die Macht- und Prestige-Verhältnisse in einem bestimmten Bereich zu beschreiben.“ (Rehmann 2008: 125)

Wie im geschichtlichen Abriss aufgezeigt, sind Begriffe nicht immer eindeutig bestimmbar und deren Bedeutungszuschreibungen können sich kontextuell und zeitlich ändern. In Anlehnung an Rehmann wird ein Begriff – wie auch der der Ideologiekritik – als veränderliches semantisches >Wesen< (Rehmann 2008: 13) angesehen und bringt unterschiedliche Bedeutungszuschreibungen in verschiedenen Kontexten hervor (vgl. Rehmann 2008: 19f) innerhalb derer auch seine Betrachtung und Analyse erfolgt.

Ebenso beinhalten Bedeutungszuschreibungen sowohl bewusste als auch unbewusste Mechanismen. Den unterschiedlichen Bedeutungszuweisungen an *die* Ideologiekritik auf der Spur, kann konstatiert werden, dass je nachdem auf welches Feld, mit welchem Instrument, in welcher Absicht, die Aufmerksamkeit gerichtet wird, unterschiedliche Erkenntnisse gewonnen werden können. Im Sinne der *Frankfurter Schule* ist davon auszugehen, dass Gegenstand und Methode nicht willkürlich trennbar, sondern wechselseitig aufeinander bezogen sind (vgl. TU-Harburg 2012). Diese Aussage führt uns zu einem ideologiekritischen Ansatz, der noch nicht vorgestellt wurde und aufgrund seiner

besonderen Bezüge zu Wissenschaft und Technik im Folgenden dargelegt werden soll:

## **Die Frankfurter Schule**

Die *Frankfurter Schule* kann als kritische Denkrichtung verstanden werden, deren Ursprung im *Institut für Sozialforschung* zu finden ist. Max Horkheimer (1895-1973) und Theodor Wiesengrund Adorno (1903-1969) können neben Walter Benjamin (1892-1940) und Herbert Marcuse (1898-1979) als Hauptvertreter der *Frankfurter Schule* angesehen werden.

Begonnen hat die Geschichte der *Frankfurter Schule* mit Felix Weil, einem gutsituierten Studenten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, der 1923 die ministerielle Genehmigung für die Errichtung eines *Instituts für Sozialforschung* an der Universität Frankfurt erreichte. Im Fokus des Instituts sollten Forschungen über die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, über Wirtschaftsgeschichte sowie Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie stehen (vgl. TU Harburg). Als erster Direktor des Instituts wurde 1924 Carl Grünberg (1861-1940) bestellt (vgl. IFS). Theodor Wiesengrund-Adorno (1903-1969), der bis 1924 in Frankfurt Philosophie studierte und Max Horkheimer (1895-1973) in einem Seminar über Husserl kennenlernte (vgl. IFS), ging 1925 nach Wien, um im Schönbergkreis Kompositionsunterricht zu nehmen. 1931 übernahm Max Horkheimer den Lehrstuhl für Sozialphilosophie sowie die Leitung des *Instituts für Sozialforschung*. „In seiner Antrittsrede betonte er die Hoffnung, daß *wirkliche Erkenntnisse* im Unterschied zu *verklärender Ideologie* den Menschen als Mittel dienen könnten, Sinn und Vernunft in die Welt zu bringen. Als **Ziel der Sozialphilosophie** galt ihm *die philosophische Deutung des Schicksals der Menschen, insofern sie nicht bloß Individuen, sondern Glieder einer Gemeinschaft sind.*“ (TU Harburg, Hervorhebungen im Original) Einige Monate nachdem Horkheimer die Führung übernommen hatte, kehrte Adorno nach Frankfurt zurück. 1932 gründeten sie, unter Mitwirkung anderer, die *Zeitschrift für Sozialforschung* (vgl. IFS).

Aufgrund der äußerst angespannten politischen Lage mussten das Institut und seine Denker – die vorwiegend aus jüdischen Familien stammten – 1933 aus Deutschland flüchten. So wurde das Institut zuerst nach Genf und dann über Paris nach New York an die Columbia University verlegt (vgl. IFS). „Der Stiftungskonstruktion der Universität war es zu danken, daß die rechtzeitig außer Landes geschafften privaten Unterhaltsmittel nicht nur das

Überleben des Instituts nach der Vertreibung, sondern die einzigartige interdisziplinäre Kooperation seiner Mitglieder in den USA und die weitere Publikation der Zeitschrift für Sozialforschung ermöglichten.“ (IFS) 1950 wurde das *Institut für Sozialforschung* unter der Leitung von Horkheimer – mit Adorno als Stellvertreter – wieder in Frankfurt eröffnet (vgl. IFS). Seit seiner Gründung bis zur Rückkehr des Instituts und darüber hinaus sind verschiedene Untersuchungen und Studien – die bei Kritikern nicht uneingeschränkte Zustimmung fanden (vgl. Rehmann 2008: 71, TU Harburg, IFS) – durchgeführt worden.

Die Mitglieder der *Frankfurter Schule* haben sich das Ziel gesteckt, die Philosophie mit der Sozialforschung zu verbinden, und begannen 1930 eine Untersuchung über gesellschaftstheoretische Zusammenhänge, um die tatsächliche Lage der Arbeiter und Angestellten in Zeiten der Weltwirtschaftskrise und des anschwellenden Faschismus in Erfahrung zu bringen. Um empirische Anhaltspunkte für die sozialen Umstände zu erhalten, wurde zuerst in Deutschland, dann – aufgrund der zuvor erwähnten politischen Ereignisse – in mehreren europäischen Staaten damit begonnen Erhebungen durchzuführen, um die Studien schlussendlich in den Vereinigten Staaten weiterzuführen (vgl. TU Harburg, IFS).

Insbesondere in den 1936 erschienenen *Studien über Autorität und Familie*, die von Horkheimer, Fromm und Marcuse durchgeführt wurden, um die Zusammenhänge über Autoritätswandel und Familienunterhalt darzulegen, untersuchten sie die allgemein kulturtheoretische, die sozialpsychologische und die ideengeschichtliche Dimension des Verhältnisses von Autorität und Familie. Die Universität Harburg stellt heraus: „Im Fortgang der Erhebungen zeigte sich, daß Arbeitslosigkeit die Autorität des Familienoberhaupts untergrabe und die Familienmitglieder verstärkt der Staatsautorität anheim fielen.“ (TU Harburg)

1947 veröffentlichten Max Horkheimer und Theodor W. Adorno ein Werk mit dem Titel: *Dialektik der Aufklärung – Philosophische Fragmente*, das sie Friedrich Pollock zu seinem 50. Geburtstag widmeten (vgl. Adorno / Horkheimer 1969: 2). Die Autoren wollen in den verschiedenen Abschnitten darlegen, dass die Aufklärung, die ursprünglich zur Befreiung und Emanzipation des Geistes gedacht sei, sich in ihr Gegenteil verkehrt habe. So ist in der Vorrede zu lesen: „Die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität, die einerseits die Bedingungen für eine gerechtere Welt herstellt, verleiht andererseits dem technischen

Apparat und den sozialen Gruppen, die über ihn verfügen, eine unmäßige Überlegenheit über den Rest der Bevölkerung. Der Einzelne wird gegenüber den ökonomischen Mächten vollends annulliert.“ (Adorno / Horkheimer 1969: 5) Die Dialektiker sehen in der Aufklärung nicht nur eine Befreiung von den Zwängen der Natur. Indem der Mensch dem Naturzusammenhang entrissen wird, dem er entstammt, wird er aufs Neue beherrscht (vgl. ebd.).

In ihrem Kapitel *Kulturindustrie – Aufklärung als Massenbetrug* legen sie dar, dass die ästhetischen Ansprüche der Menschen nur oberflächlich von modernen Massenmedien – wie beispielsweise dem Kino oder dem Radio – befriedigt werden. „Die kapitalistische Produktion hält sie mit Leib und Seele so eingeschlossen, daß sie dem, was ihnen geboten wird, widerstandslos verfallen.“ (Adorno / Horkheimer 1969: 55) Diese Massenproduktion von Kultur bezeichnen sie als *Kulturindustrie*. Kultur würde sich den ökonomischen Regeln der kapitalistischen Welt unterordnen, wobei die Menschen auf ihre Rolle als Konsumenten reduziert werden. Der Mensch ist im Glauben ein Bedürfnis zu haben, das – so die Autoren – von der *Kulturindustrie* manipuliert sei. „Ihre Verfügung über die Konsumenten ist durchs Amusement vermittelt; nicht durchs blanke Diktat, [...] Da die Verkörperung aller Tendenzen der Kulturindustrie in Fleisch und Blut des Publikums durch den gesamten Gesellschaftsprozeß zustandekommt, wirkt das Überleben des Markts in der Branche auf jene Tendenzen noch befördernd ein.“ (ebd.: 57) So beschreiben sie in ihrem Kapitel über *Das Schema der Massenkultur* am Beispiel des Kinos, dass Zuschauer dahin gebracht werden, sich so zu verhalten wie die Menschen auf der Leinwand. „Wer nicht ins Kino geht und lernt, so zu sprechen und zu gehen, wie das vom Monopol ersonnene Schema der Gesellschaft, dem sperrt das Monopol die Türen“ (ebd.: 121). Den Autoren folgend ordnen sich die zusehenden Konsumenten unbewusst und freiwillig den mittels Film verbreiteten Ideologien unter. Ob es innere Einstellungen (Antisemitismus, Lebensgestaltung) oder äußere Erscheinungen (Frisur, Make up, Kleidung) sind, die Konsumenten lernen im Film, was im „wahren, echten Leben“ angesagt ist. Adorno und Horkheimer folgend wird die Technik genutzt, um Menschen zu manipulieren und das ökonomische Schicksal der Gesellschaft wird durch den Fortschritt der Technik bestimmt (vgl. ebd.: 123). Dies führt uns zu einem weiteren, wesentlich jüngeren, Vertreter der *Frankfurter Schule*:

Jürgen Habermas, 1928 in Düsseldorf geboren, war von 1956-1959 Mitglied im Institut für Sozialforschung (vgl. IFS). 1968 veröffentlichte er zum 70. Geburtstag von Herbert Marcuse ein Buch mit dem Titel: *Technik und Wissenschaft als >Ideologie<*. Der gleichnamige Aufsatz im Buch, auf den in weiterer Folge eingegangen wird, enthält nach Habermas eine Auseinandersetzung mit der von Marcuse entwickelten These: „Die befreiende Kraft der Technologie – die Instrumentalisierung der Dinge – verkehrt sich in eine Fessel der Befreiung, sie wird zur Instrumentalisierung des Menschen.“ (Habermas 1968: 7) Habermas beginnt seinen Aufsatz mit der Vorstellung des von Max Weber eingeführten Begriffs der *Rationalität*. Unter *Rationalisierung* kann die ausgedehnte Unterwerfung gesellschaftlicher Bereiche unter dem Maßstab rationeller Entscheidungen verstanden werden. „In dem Maße, indem Technik und Wissenschaft die institutionellen Bereiche der Gesellschaft durchringen und dadurch die Institutionen selbst verwandeln, werden die alten Legitimationen abgebaut.“ (ebd.) Für Marcuse ist Technik immer Zweck der Herrschaft, denn bestimmte Zwecke und Interessen der Herrschaft werden nicht erst nachträglich und von außen in die Technik oktroyiert (vgl. ebd.: 50).

Habermas unterscheidet verschiedene Handlungstypen. Einerseits die Lebenswelt, die als soziale Welt gefasst werden kann und von Habermas unter *kommunikativem Handeln* zusammengefasst wird. Hier gelten menschengemachte Regeln durch symbolisch vermittelte Interaktion, sie richten sich nach geltenden Normen. Andererseits die Arbeitswelt, die von Habermas unter *zweckrationalem Handeln* zusammenfasst wird und durch den Zweck bestimmt ist. Das Verhalten rationaler Wahl richtet sich nach Strategien, die auf analytischem Wissen beruhen (vgl. ebd.: 62). Er legt in Folge die beiden Handlungstypen dar, um gesellschaftliche Systeme danach zu unterscheiden, ob in ihnen *zweckrationales Handeln* oder *Interaktion* überwiegt. Er führt aus, dass seit Ende des 19. Jahrhunderts Wissenschaft und Technik als erste Produktivkraft angesehen werden kann, und beschreibt, wie ein gesellschaftliches System durch die Logik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmt ist (vgl. ebd.: 79). „Die eigentümliche Leistung dieser Ideologie ist es, das Selbstverständnis der Gesellschaft vom Bezugssystem des kommunikativen Handelns und von den Begriffen symbolisch vermittelter Interaktion abzuziehen und durch ein wissenschaftliches Modell zu ersetzen. Im gleichen Maße tritt an die Stelle des kulturell bestimmten Selbstverständnisses einer sozialen Lebenswelt die Selbstverdinglichung des Menschen unter Kategorien zweckrationalen Handelns und

adaptiven Verhaltens.“ (ebd.: 81f) Es ist das Verschwinden der Dualität, das soweit geht, dass der Mensch selbst in der Differenz zwischen *zweckrationalem Handeln* und *Interaktion* verschwindet. „Die ideologische Kraft des technokratischen Bewußtseins bewährt sich an der Verschleierung dieser Differenz.“ (Habermas 1968: 84) Habermas führt aus, wie das technokratische Bewusstsein die Lebensverhältnisse ändert und eine Verschiebung der Grenzen herbeiführt. Beispielsweise werden die Kriterien der Rechtfertigung von der Organisation des Zusammenlebens, von den *normativen Regelungen der Interaktion* gelöst und damit entpolitisiert, stattdessen wird das Funktionieren eines unterstellten Systems an *zweckrationalem Handeln* festgemacht (vgl. ebd.: 90). In diesem Sinne zeigt Habermas eine Ideologie durch technokratisches Bewusstsein auf, die aufgrund ihrer Entpolitisierung nicht mehr angreifbar ist, da sie nicht einer bestimmten *Interaktion* folgt, sondern durch *zweckrationales Handeln* legitimiert ist.

Die Denker der *Frankfurter Schule* machen deutlich, dass Wissen und Information – gerade wenn sie als unpolitisch und zweckrational dargestellt werden – nicht zwangsläufig neutral sind<sup>0</sup>. Es scheint mittels der Technik möglich zu sein, für eine Durchsetzung von marktorientierten, neoliberalen Strukturen zu sorgen. Wenn es in dieser Arbeit darum geht, die Interessen, die zur Einführung von eLearning geführt haben, ideologiekritisch zu analysieren, dann bedarf es in erster Linie der Darlegung der angeführten Argumentationen von Befürwortern und Gegnern. Was wurde zum Thema eLearning an Österreichs Schulen publiziert? Dafür ist es erforderlich, Symbole, Texte und Zeichen, die im Zusammenhang mit der Einführung von Computer und eLearning an Schulen produziert wurden, aufzufinden und zu interpretieren.

Die ideologiekritische Vorgehensweise dient dazu herauszufiltern, welche Selbstverständnisse unhinterfragt hingenommen werden. So kann die Aufdeckung einer freiwilligen Einordnung und aktiven Zustimmung zu eingeschränkten Handlungsbedingungen erst durch eine konkrete Analyse erfolgen. Welche Machtverhältnisse kommen zum Vorschein und wodurch werden die Instrumentalisierungen sichtbar? Das Ziel liegt nicht in einer Entlarvung falschen Bewusstseins, sondern im Aufspüren der ideologischen Werte, die Rehmann als die „Macht über die Herzen“ (Rehmann 2008: 11) bezeichnet. Es ist davon auszugehen, dass die unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen und Werte hervorgehoben und deren innewohnende und teilweise unbewusste Mechanismen freigelegt werden.

Um die verschiedenen Interessen herauszuarbeiten, beschränken wir uns in dieser Arbeit auf zwei gesellschaftliche Teilfelder: das der *Politik* und das der *Medien*. Das politische Teilfeld setzt sich aus den veröffentlichten Grundsatzprogrammen der einzelnen Parteien und den Maßnahmen des Unterrichtsministeriums zusammen. Zum einen werden, ab dem Jahre 1972, die Grundsatzprogramme der politischen Parteien Österreichs herangezogen, um etwaige Begrifflichkeiten, die im Bezug zu eLearning stehen können, herauszufiltern. Zum anderen werden einzelne Maßnahmen des Unterrichtsministeriums vorgestellt, um die angeführten Beweggründe und Argumente auszuweisen. Um das mediale Teilfeld nachzuvollziehen, werden Meldungen der Austria Presse Agentur (APA) ab dem Jahre 1980 und des weiteren exemplarisch zwei österreichische Tageszeitungen, die *Neue Kronen Zeitung* und *Die Presse*, auf Artikel bezüglich Schule, Computer, Internet und eLearning ab dem Jahre 2000 durchsucht.

Die einzelnen Teilfelder werden voneinander getrennt herangezogen und in ihrer zeitlichen Chronologie betrachtet; so können etwaige Veränderungen der Bedeutungszuschreibungen innerhalb der einzelnen Teilfelder erfasst werden. Außerdem dient diese Vorgehensweise dazu, eine möglicherweise erstmalige Begriffsverwendung aufzufinden. Die angeführten Argumentationen und Begrifflichkeiten sowie deren Bedeutungszuweisungen werden in den beiden Teilfeldern aufgezeigt und abschließend zueinander in Beziehung gesetzt.

In dieser Arbeit soll mithin dargelegt werden, was – zum Thema Einführung von eLearning an Österreichs Schulen – publiziert wurde. Was wurde medial verbreitet und welche Interessen wurden bekundet? Welche Argumente wurden angeführt und auf wen haben die einzelnen Autoren Bezug genommen? Es werden Gemeinsamkeiten und Abweichungen der einzelnen Teilfelder herausgearbeitet und die vorgefundenen Argumentationen ideologiekritisch betrachtet.

Es wird davon ausgegangen, dass in den diversen Schriften Absichten und Begründungen für die Entscheidungen auffindbar sind oder rekonstruiert werden können. So soll es möglich sein, die unterschiedlichen Interessen und Einflüsse, die zur Einführung von eLearning an Österreichs Schulen geführt haben, herauszuarbeiten.

### 3. Neoliberalismus – neoliberale Gesellschaft

Im Titel der vorliegenden Diplomarbeit wird die Frage gestellt, ob eLearning ein Vehikel des Neoliberalismus ist. Um diese Frage beantworten zu können, sollte geklärt werden, was unter den drei Begriffen – eLearning, Vehikel, Neoliberalismus – verstanden werden kann. Der Begriff eLearning bezeichnet Lehr- und Lernprozesse in denen elektronische Medien verwendet werden, denen man in der heutigen Gesellschaft einen beträchtlichen Wert zuschreibt. Dabei werden auf unterschiedlichen Ebenen politische, pädagogische und nicht zuletzt wirtschaftliche Interessen an eLearning bekundet. Ebenso werden Diskussionen über wirtschaftliche Anforderungen und gesellschaftliche Gegebenheiten geführt, wobei sie oft mit der Hoffnung verbunden sind, dass eLearning das individuelle und selbstgesteuerte Lernen unterstützt. eLearning hat auf breiter Ebene Einzug in unser Bildungs- und Schulsystem gehalten. Unter Vehikel kann zum einen ein altes klappriges Fahrzeug verstanden werden, zum anderen kann es als Mittel zum Zweck angesehen werden (vgl. freedictionary 2011), die zweite Definition ist für diese Arbeit zutreffender. Wenn nun davon ausgegangen werden kann, dass eLearning ein Mittel ist, um einen bestimmten Zweck zu erfüllen, so soll in diesem Kapitel das Augenmerk auf den fraglichen Zweck – den Neoliberalismus – gerichtet werden. Was kann unter Neoliberalismus verstanden werden?

Nach Ptak, einem deutschen Wirtschaftswissenschaftler, kann aufgrund der unterschiedlichen Denkfabriken nicht von *dem* Neoliberalismus gesprochen werden, denn der Neoliberalismus ist wandlungsfähig, und so sind verschiedene Strömungen dieser Theorie auffindbar (vgl. Ptak 2008: 22). Für ihn stellt Neoliberalismus insgesamt „eine durchaus heterogene internationale Strömung der Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie dar, deren verbindendes Ziel, eine zeitgemäße Legitimation für eine marktwirtschaftlich dominierte Gesellschaft zu entwerfen und durchzusetzen, unter verschiedenen politischen und ökonomischen Bedingungen verfolgt wurde und wird.“ (Ptak 2008: 23)

Für Gabriele Michalitsch vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien bedeutet Neoliberalismus die „Unterordnung weiterer gesellschaftlicher Bereiche unter die Dominanz des Marktes und enge Begrenzung staatlicher Aufgaben. Der Staat hat sich den Marktkräften zu unterwerfen und lediglich deren Rahmenbedingungen zu sichern.“ (Michalitsch 2004: 144) Bevor die Aussagen von Ptak und Michalitsch an einzelnen Beispielen nachvollzogen werden, wird ein kurzer Blick auf die Wurzeln des

Neoliberalismus gerichtet.

Entgegen der Annahme, der Neoliberalismus hätte seine Wurzeln im angloamerikanischen Raum und sei von dort nach Europa geströmt, formierten sich erste neoliberale Strömungen in den 1930er-Jahren vor allem in Deutschland und Österreich. Der Neoliberalismus, der mittlerweile auf eine 70-jährige Geschichte zurückblicken kann, wurde mehr als 50 Jahre maßgeblich von dem Österreicher Friedrich August von Hayek beeinflusst. Da der Neoliberalismus von Anfang an eine internationale Strömung war, wurde Hayek in späterer Folge auch einer der führenden Köpfe des angloamerikanischen Neoliberalismus (vgl. Ptak 2008: 21f), der sich durchwegs für Privatisierung und Deregulierung einsetzt.

Hayek gründete 1947 das internationale neoliberale Elitenetzwerk *Mont Pelerin Society* in der Schweiz, dem gegenwärtig ungefähr 100 vernetzte Denkfabriken und mehr als 1000 Mitglieder angehören (vgl. Ptak 2008: 22). Die Interessen der vor 65 Jahren gegründeten *Mont Pelerin Society* lagen im Ausbau der freien Marktwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg. Das Netzwerk sah Gefahren in der Ausbreitung staatlicher Fürsorge, richtete sich gegen die Macht der Gewerkschaften und machte es sich zur Aufgabe, gegen die ständige Bedrohung der Inflation zu agieren. Auf der Website der *Mont Pelerin Society* ist zu lesen, dass sie die zentralen Werte der Zivilisation in Gefahr sieht. Das Ziel der Mitglieder der *Mont Pelerin Society* liegt in der Erhaltung und Verbesserung der freien Gesellschaft. Unterstützt durch Ökonomen, Politologen und Philosophen wollen sie die grundlegenden Prinzipien der Wirtschaft durchsetzen (vgl. Mont Pelerin Society 2011). Die neoliberale Idee breitet sich aus und findet ihre Fürsprecher.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Etablierung des neoliberalen Denkens ist die erstmalige Verleihung eines Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften im Jahre 1969. Der Nobelpreis, der seit 1901 in Gedenken und Umsetzung des Testaments von Alfred Nobel (1833-1896) verliehen wird, wurde bis zu diesem Zeitpunkt in den Kategorien Physik, Chemie, Physiologie, Medizin, Literatur und Frieden vergeben. Als 68 Jahre später eine neue Nobelpreiskategorie für Wirtschaftswissenschaften hinzugefügt wurde, blieb dies nicht unumstritten. Ein für diese Arbeit nicht unwichtiges Detail ist, dass der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften nicht von der Nobelstiftung, sondern von der Schwedischen Reichsbank gestiftet wird (vgl. Wirtschaftslexikon Gabler 2012). Diese Tatsache kann auch als Indiz dafür gesehen werden, dass ein besonderes Naheverhältnis zu den Finanz- und

Wirtschaftsmärkten besteht. Ebenso interessant ist, dass seit der erstmaligen Vergabe des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften in den Jahren zwischen 1974 und 2003 insgesamt acht Mitglieder der *Mont Pelerin Society* diese Auszeichnung entgegennehmen durften; u. a. wurden auch Hayek (1974) und Friedman (1976) mit diesem Preis ausgezeichnet (vgl. Felber 2008, Michalitsch 2004: 2). Für Michalitsch, die den Neoliberalismus und seine Auswirkungen aus einer kritischen Perspektive betrachtet, ist die Vergabe eines Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften ein Indiz dafür, dass dessen „naturwissenschaftlicher Charakter“ anerkannt wurde (vgl. Michalitsch 2004: 145).

Die Ideologie des Neoliberalismus spannt sich global über den gesamten Erdball hinweg, hinein in den Mikrokosmos der Menschen. Hayek ging davon aus, dass es etwa zwei bis drei Generationen brauchen werde (vgl. Rehmann 2008: 172), bis sich die Ideologie des Neoliberalismus durchgesetzt hat und in unseren Köpfen verankert ist. Mittlerweile wirkt das neoliberale Gedankengut seit siebzig Jahren. Heute kann deutlich wahrgenommen werden, dass sich diese Ideologie gut verankert hat und gesellschaftliche Interessen dem Markt untergeordnet sind. Nach Hayek ist der Markt samt seiner Logik einem Spiel gleichzusetzen. Die zwei Hauptregeln von Hayeks Marktspiel sind: Gehorche den Regeln des Marktes und akzeptiere die Resultate (vgl. Ptak 2008: 52). Der Markt – gleich einer neuen Religion – hat das Sagen, gibt die Regeln vor, denen gefolgt werden muss. Das Markt-Spiel hat relativ einfache Regeln, das Individuum hat sich den Zwängen der Marktverhältnisse zu unterwerfen. Noch besser, es unterwirft sich selbst und freiwillig (Bröckling 2007, Tuschling 2006).

Redewendungen wie: „Jeder ist seines Glückes Schmied!“ und „Er hat es sich verdient!“ besagen, dass das, was der Einzelne getan hat, als sein eigener Verdienst angesehen werden kann. Sie suggerieren, dass es am Einzelnen liegt, ob er erfolgreich ist oder nicht, jedenfalls ist der Verdienst gerechtfertigt. Die gesellschaftlichen Umstände, die Einflüsse auf das Individuum, wie beispielsweise die soziale Herkunft, werden hier komplett außer Acht gelassen, werden zumindest nicht erwähnt. Das natürliche, unabänderliche, alternativlose Gesetz der Selbstverantwortung, einer Kausalfolge gleichend, hat sich in unsere Köpfe hineingeschrieben. Es scheint als Gegeben, einem *Naturgesetz* (Michalitsch 2004) gleichend. Mit solchen Redewendungen wird die Aufmerksamkeit weg vom System und hin zum Individuum gerichtet, das seinen Platz in der (Markt)Gesellschaft eigenverantwortlich einzunehmen hat (Tuschling 2004).

Ein weiteres Beispiel für neoliberale, marktorientierte Sprachanwendungen sind spezifisch eingeführte Bezeichnungen für Dinge und Menschen. So wird beispielsweise der Mensch als Marktressource und als Humankapital (Ribolits 2006) bezeichnet. Er wird am Arbeitsmarkt als Ware und Rohstoff angesehen und gleicht einem Kapital, welches am Markt eingesetzt wird, um Profite zu machen. Natürlich steht es dem Einzelnen auch zu, mehr zwanghaft als freiwillig, sich selbst, mittels gezielter Aus- und Weiterbildung, zu veredeln. Lernen basiert dann auf einer Verwertungsstrategie, dessen Sinnhaftigkeit an dem zu erwirtschafteten Mehrwert gemessen wird. Die Bildungseinrichtungen haben auf diese Anforderung reagiert und entwickelten sich zunehmend als Zubringer des Marktes, ihre Hauptaufgabe liegt darin, vorgefertigtes Humankapital – zur Verwertung am Arbeitsmarkt – anzuliefern (vgl. Ribolits 2004: 139). Je mehr Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten, eben *Kapital*, ein Mensch auf dem Markt einsetzen kann, desto mehr Gewinn kann er zielen.

Apropos Gewinn: Es gibt Wörter, die im neoliberalen Sprachgebrauch beliebt sind, wie beispielsweise *Gewinn* bzw. *gewinnen*. Diese Wörter werden nicht nur im Finanzbereich verwendet, sondern auch sonst auf vielfältige Weise benutzt. Es vergeht kein Tag, an dem nicht in Radio, Fernsehen, Internet, Mail oder Printmedien auf einen Gewinn hingewiesen wird. Es scheint, als könne überall gewonnen werden. Mittels Massenmedien wird, wie Adorno und Horkheimer konstatiert haben, für Akzeptanz gesorgt (vgl. Adorno / Horkheimer 1969: 55). Entweder hat jemand – ob im Sport oder Spiel – gewonnen oder die Einzelnen werden eingeladen – oder wie Althusser es ausdrücken würde ‚angerufen‘ – an einem Spiel teilzuhaben. Wofür sind diese vielen Gewinnspiele gut? Wenn wir uns an den Gedanken gewöhnen, dass es normal ist, dass Einzelne gewinnen und Viele verlieren, dann folgt dieser Gedanke einer Hayekschen Markt-Spiel-Logik, die sich – man könnte sagen spielerisch – in unseren Köpfen festsetzt (vgl. Michalitsch 2004). Tatsache ist, der Einzige, der wirklich an einem Glücksspiel verdient, ist der Betreiber. Die Spieler, die ihr Glück im Spiel suchen und ihr Geld wortwörtlich aufs Spiel setzen, sind zumeist die verlierende Mehrheit (vgl. KPÖ Stmk 2012).

Die Spielregeln sind bekannt und werden akzeptiert, alle spielen freiwillig! Wer nicht mitspielt kann ja gar nicht gewinnen! Diese Spielregeln lassen sich auch relativ einfach auf unser (Schul)Leben übertragen, nur mit dem Unterschied, dass es beim Glücksspiel – beispielsweise beim Lotto – so etwas wie Chancengleichheit gibt, denn dort zählt nicht die

soziale Herkunft (vgl. Statistik Austria 2008, Sattler 2006, Hartmann 2002), sondern die richtig getippten Zahlen. Demnach können Gewinnspiele zur Durchsetzung eines neoliberalen Gedankenguts dienen, denn: Einerseits lehren sie uns, unseren Nichtgewinn zu akzeptieren, andererseits sind wir im Glauben, es gäbe so etwas wie Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

Dass es mit der Chancengleichheit, gerade im österreichischen Bildungssystem, nicht so gut bestellt ist, ist evident (vgl. Pisa 2009, Statistik Austria 2008, Sattler 2006). In der Pisa-Studie von 2009 zeigt sich wieder deutlich, dass sich je nach sozialem Status der Eltern auch der Bildungsweg – und somit die Lebens- und Erfolgchancen – ihrer Kinder vorzeichnen lässt. Die gesellschaftlich geforderte Chancengleichheit hat allerdings wenig mit der geförderten Chancengerechtigkeit zu tun (vgl. Sattler 2006). Im Sinne der neoliberalen Ideologie werden Reformen eingeführt, die den Glauben bestärken, dass Chancengleichheit – im Sinne von „Alle haben die gleiche Chance auf Erfolg“ – gefördert wird. Stattdessen wird das Bildungssystem im Sinne wirtschaftlicher Anforderungen umgerüstet und verstärkt nach einem messbaren Leistungsprinzip ausgerichtet. Dadurch wird die soziale Ungleichheit nur noch mehr verschärft, denn nicht alle starten von der gleichen Stelle. (vgl. ebd.: 61f).

Nicht nur Individuen, sondern auch Bildungseinrichtungen sind aufgefordert, in den Wettbewerb zu treten und „nach dem Vorbild kapitalistischer Wirtschaftsunternehmen zu agieren“ (Lohmann 2005: 3). Nach Lohmann, die sich kritisch zur neoliberalen Marktideologie im Bildungssektor äußert, werden in öffentlichen Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen betriebswirtschaftliche Steuerungsprinzipien durchgesetzt. Sie zeigt an Beispielen aus Chile oder den USA auf, welche Gründe für eine Privatisierung von Schulen vorgebracht werden. Die öffentlichen Bildungseinrichtungen seien aufgrund bürokratischer Hürden zu schwerfällig und demnach nicht mehr konkurrenzfähig. Die passende Lösung sei, die öffentlichen Schulen zu privatisieren, um Leistungssteigerung und Chancengleichheit zu gewährleisten und darüber hinaus den Staat von anfallenden Lehrerkosten zu entlasten. Außerdem hätten Eltern die Möglichkeit, eine passende Schule für ihre Kinder selbst auszuwählen, so die Argumentationen der Privatisierungsbefürworter (vgl. Lohmann 2005: 3f). Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass durch Einführung von Marktmechanismen in Schulen weder eine Verbesserung der Zugangschancen noch eine Verbesserung der Schülerleistungen herbeigeführt werden konnte. Ganz im Gegenteil,

die Leistungen der Schüler sanken und die soziale Ungleichheit verschärfte sich drastisch, lediglich die Staatsausgaben für den Bildungssektor sanken (vgl. Lohmann 2005: 10).

An dem vorgenannten Beispiel stellt sich die Frage, wie es möglich sein kann, dass sich die Privatisierung von Schulen weltweit so stark durchsetzt, obwohl das Bildungsniveau sinkt? Interessant ist, dass Eltern aus der bürgerlichen Mittelschicht lieber Abstriche bei der Ausbildung ihrer Kinder in Kauf nehmen, solange ihre Privilegien bewahrt werden und ihre Kinder nicht zusammen mit den Unterschichtkindern die Schule besuchen müssen (vgl. Lohmann 2005: 10). Sie befürworten die Segregation in privaten Schulen, denn im Gegensatz zu öffentlichen dürfen Privatschulen ihre Schüler nach kulturellen Identitäten, religiösen Grundsätzen oder Leistungsfähigkeit auswählen und somit können Gleichgesinnte unter sich bleiben. An diesen Beispielen zeigt sich, wie stark das Konkurrenzdenken in den Köpfen der Einzelnen verhaftet ist. Denn wenn Wissen als Kapital angesehen wird, dann hat jeder auf sich selbst zu achten und seinen Marktwert so attraktiv wie möglich zu gestalten und da ist scheinbar kein Platz für die soziale Integration Schwächerer. Demnach sind der Rückzug des Staates aus dem Bildungswesen und der damit verbundene Entzug der öffentlichen Kontrolle aus neoliberaler Sicht wünschenswert, denn so ist es möglich, sowohl Lehrer- als auch Schülerschaft marktkonform und im Sinne der neoliberalen Ideologie zu formen (vgl. ebd.).

Wenn nun davon ausgegangen werden kann, dass gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Einflüsse sowie Medien von außen nach innen in die Schule einwirken (vgl. Wenning 2006, S 518, Lohmann 2005), dann wird ebenso davon ausgegangen, dass diese Einflüsse – im vorliegenden Fall zur Einführung von eLearning – auffindbar sein können. Lohmann zeigte in ihrem Artikel auf, wie die deutsche Bundesregierung in den 90er-Jahren für eine Akzeptanz neoliberaler Umstrukturierungen des öffentlichen Bildungswesens sorgte (vgl. Lohmann 2005). Wie ist die Einführung von eLearning in Österreich vonstatten gegangen?

Wenn davon ausgegangen wird, dass eLearning zur Durchsetzung neoliberaler Strukturen benutzt wurde, dann können neoliberale Argumente und Begründungen, die für eine Einführung von eLearning im Schulsystem sprechen, ausfindig gemacht werden. Es soll im Zuge der weiteren Ausführungen aufgezeigt werden, wie die Akzeptanz neoliberaler Strukturen – anhand von Computer und eLearning – durchgesetzt wurde.

## 4. Politisches Feld

Um das politische Feld Österreichs aufzuzeigen, werden Grundsatzprogramme der Parteien herangezogen, um Einblick in die Haltungen und richtungsweisenden Forderungen der Parteienlandschaften zu gewinnen. Wofür stehen die Parteien? Was wollen sie und wofür kämpfen sie? Und welcher Sprache bemächtigen sie sich? Es ist davon auszugehen, dass die Sprache – genauer gesagt die Wortwahl – Auskunft über die Ideologie einer Partei geben kann. Welche Botschaften werden verbreitet, welche Gefahren aufgezeigt? Es ist davon auszugehen, dass sich die aufstrebende Gesellschaftshaltung in den politischen Parteiprogrammen widerspiegelt. Da österreichische Gesetze – so auch Schulgesetze – im Nationalrat beschlossen werden, hat es für diese Arbeit Relevanz, welche Partei die Regierungspartei stellte. Um sich die Positionen und somit die Machtstellungen der einzelnen Parteien besser vorzustellen, wird ein Überblick der Regierungen der Zweiten Republik vorangestellt.

In den Jahren 1945 bis 1947 hatte Österreich eine Allparteienregierung aus den damals bestehenden Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ. In den darauffolgenden 23 Jahren stellte die ÖVP die Regierungspartei. Von 1947 bis 1966 regierte die große Koalition (ÖVP-SPÖ) unter der Führung der ÖVP und von 1966 bis 1970 konnte die ÖVP die alleinige Regierung für sich beanspruchen, danach folgte der Regierungswechsel. Die SPÖ war von 1970 bis 2000 Regierungspartei. War sie von 1970 bis 1983 alleinregierend, bildete sie von 1983 bis 1987 eine kleine Koalition mit der FPÖ und in den Jahren 1987 bis 2000 eine große Koalition mit der ÖVP. Danach wechselte die Führung erneut. In den darauffolgenden sieben Jahren (2000 – 2007) bildeten ÖVP und FPÖ eine kleine Koalition und stellten somit die Regierung und die SPÖ war in dieser Zeit, mit den Grünen und dem BZÖ, in Opposition. Seit 2007 regiert wieder die große Koalition (SPÖ-ÖVP) unter der Führung der SPÖ (vgl. Pelinka 2009: 616).

Bis in die 1980er-Jahre war Österreich durch ein zweieinhalb Parteiensystem gekennzeichnet. Die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP und die relativ kleine Partei FPÖ waren – so Pelinka – faktisch ohne Konkurrenz. Das änderte sich erst 1986 durch den Einzug der Grünen in den Nationalrat. Seitdem sind im Nationalrat vier bzw. fünf Fraktionen vertreten. Die fünften Fraktionen sind durch die zweimalige Spaltung der FPÖ, einmal durch das LIF (1993 – 1999) und das zweite Mal durch das BZÖ (ab 2006), zustande gekommen. Die KPÖ konnte, außer in der Zeit der Besatzung, keine Sitze im

Nationalrat besetzen und somit keine nennenswerte Relevanz in der österreichischen Politik erreichen (vgl. Pelinka 2009: 622f).

Die Zusammensetzung des Nationalrates ist insofern von Interesse, weil dieser, gemeinsam mit dem Bundesrat, für die Gesetzgebung in Österreich zuständig ist. Demnach werden auch die Schulgesetze im Nationalrat beschlossen. Der Nationalrat, der seit 1971 aus 183 Abgeordneten besteht, wird als direktes Organ des Volkes verstanden, denn die Verteilung der zur Verfügung stehenden Plätze setzt sich aufgrund der Wahlergebnisse zusammen (vgl. Parlament – NR 2012).

Jede zur Wahl antretende Partei, ob in Folge im Nationalrat vertreten oder nicht, stellt ihre Grundsätze in Form von Grundsatzprogrammen zusammen. In der zweiten Republik sind – in den Jahren 1945 bis 2010 – insgesamt sechszwanzig grundsatzprogrammatische Schriften entstanden. Da es in der vorliegenden Arbeit um die Interessen geht, die zur Einführung von eLearning an Österreichs Schulen geführt haben, werden nicht alle Programme herangezogen, sondern das Augenmerk auf die Grundsatzprogramme der regierenden Parteien gelegt. Da Schulpolitik in Österreich Bundesangelegenheit ist, weil – wie zuvor erwähnt – Gesetze im Nationalrat beschlossen werden, werden vorwiegend nur Grundsatzprogramme jener Parteien berücksichtigt, die Einfluss auf die Gesetzgebung hatten. Demnach werden in Folge nur ausgewählte Programme der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ herangezogen. Die Grundsatzprogramme der Parteien VdU (eine Vorläuferpartei der FPÖ bis 1954), LIF, BZÖ und der KPÖ bleiben unberücksichtigt. Obwohl die Grünen keine Regierungspartei stellten, doch mit dem Einzug in den Nationalrat 1986 die Parteilandschaft erheblich veränderten (vgl. Pelinka 2009: 623), wird auch ihr erstes Programm vorgestellt. Im Zuge der weiteren Ausführungen wird deutlich werden, welche Auswirkungen das erste Programm der Grünen auf die nachfolgenden Programme der Regierungsparteien hatte.

In der zweiten Republik erstellte die SPÖ insgesamt fünf Grundsatzprogramme in den Jahren 1947, 1958, 1966, 1978 und 1998. Die ÖVP erstellte sechs Grundsatzprogramme in den Jahren 1945, 1952, 1958, 1965, 1972 und 1995. Die FPÖ erstellte insgesamt sieben Grundsatzprogramme in den Jahren, 1955, 1957, 1964, 1968, 1973, 1985 sowie 1997, welches 2005 überarbeitet wurde. Die Grünen erstellten vier Grundsatzprogramme in den Jahren 1984, 1986, 1990 und 2001. Da die 22 Grundsatzprogramme der vier Parteien den Rahmen der Arbeit sprengen würden und einzelne Schriften aufgrund ihrer

Erscheinungsjahre nicht relevant für die Forschungsfrage sind, wird die Einschränkung folgendermaßen vorgenommen:

In der Reihenfolge ihres Erscheinens werden Grundsatzprogramme ab den 1970er-Jahren vorgestellt. Begonnen wird mit dem Grundsatzprogramm der ÖVP (1972), im Anschluss folgt das Grundsatzprogramm der SPÖ (1978). Obwohl die beiden Grundsatzprogramme nacheinander herangezogen werden, wird mit einem vergleichenden Blick auf die beiden Inhaltsverzeichnisse begonnen, da anhand der unterschiedlichen Einteilungen und Wortwahlen der Parteien bereits unterschiedliche Ideologien sichtbar werden.

Im Anschluss an die vorgestellten Grundsatzprogramme der beiden Großparteien folgen die Grundsatzprogramme der FPÖ und der Grünen. Zuerst wird das Grundsatzprogramm der FPÖ aus dem Jahr 1985 dargelegt, danach folgt das Programm der neu hinzugekommenen Grünen aus dem Jahr 1986.

Anschließend wird der Blick nochmals auf die Grundsatzprogramme der Großparteien gelegt. Die aktuellsten Programme der ÖVP aus dem Jahre 1995 und der SPÖ aus dem Jahre 1998 werden, in der Reihenfolge ihres Erscheinens, nacheinander auf ihre inhaltlichen Veränderungen hin untersucht. Es ist von Interesse, welche Themen im Laufe der Jahre, auch durch die Veränderung der Parteienlandschaft, hinzugekommen sind. Außerdem ist auch davon auszugehen, dass Themen wie Medien und Computernutzung stärker berücksichtigt werden als in den 70er- und 80er-Jahren.

### **Die Inhaltsverzeichnisse von ÖVP und SPÖ im Vergleich**

Es werden die Inhaltsverzeichnisse zweier Grundsatzprogramme für einen Vergleich herangezogen. Das von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) 1972 vorgelegte „Salzburger Programm“ wird dabei im Vergleich zum sogenannten „Maiprogramm“ der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) aus dem Jahr 1978 analysiert. Die zwei Grundsatzprogramme sind im Abstand von sechs Jahren entstanden. Die zeitliche Differenz ist dabei vernachlässigbar, da auf allgemeiner Ebene die Ideologien der einzelnen Parteien in den 70er- und 80er-Jahren herausgearbeitet werden sollen. Welche Unterschiede in den Ideologien können über politische Parteien – mittels eines Vergleichs von Inhaltsverzeichnissen – in Erfahrung gebracht werden?

Untersucht man die Inhaltsverzeichnisse der beiden Parteien näher, so ist Folgendes auffällig: Schon auf den ersten Blick erkennt man die unterschiedliche Strukturierung und

Wortwahl. Während die ÖVP oft nur Schlagwörter anführt, schreibt die SPÖ fast ganze Sätze bei ihren Gliederungen (vgl. Abb. 1 – Inhaltsverzeichnisse ÖVP / SPÖ).

Die ÖVP hat eine Einleitung und ein Kapitel mit dem Titel: *Die Partei der fortschrittlichen Mitte*, danach folgen vier weitere Kapitel. Die SPÖ hat stattdessen nur eine Vorbemerkung und vier weitere Kapitel. Eine Gemeinsamkeit, die sich in beiden Inhaltsverzeichnissen finden lässt, ist ein Kapitel über die Grundsätze.

Während die ÖVP ihre Grundsätze in *Unser Menschenbild, Freiheit, Gleichheit, Leistung, Partnerschaft, Aufgabenteilung* und *Partizipation* unterteilt, gliedert die SPÖ ihre Grundsätze in *Unsere Grundwerte, Demokratie, Die soziale Demokratie, Sozialismus und Religion, Die Sozialisten* und *Die Gemeinschaft der Völker*.

Während die sieben einzelnen Wörter der ÖVP eine Vielzahl von Interpretationen zulässt, ist in den fünf Gliederungen der SPÖ die Betonung auf das Soziale (drei Mal das Wort sozial in unterschiedlichen Grundsätzen) herauszulesen. Die Wortwahl der SPÖ scheint den Arbeitern vertrauter, sie ist leichter zu verstehen als die Sprache und Gliederung der ÖVP. Ein Wort wie Partizipation ist nicht zwangsläufig in der Umgangssprache eines Arbeiters beheimatet, es ist eher im Sprachgebrauch der Wirtschaft und Wissenschaft zu finden, ebenso findet sich das Wort Leistung nur im Inhaltsverzeichnis der ÖVP wieder.

Nach den Grundsätzen folgen bei der ÖVP drei weitere Kapitel. *Neue Verantwortung in der Gesellschaft, Neue Verantwortung für den Menschen* und *Österreichs Zukunft gestalten*. Auffällig ist, dass sowohl die Gesellschaft als auch der Mensch mit neuen Verantwortungen in Verbindung gebracht werden. Nicht nur Verantwortung, sondern auch noch neue! Wie können Mensch und Gesellschaft voneinander getrennt werden, wenn das eine das andere bedingt und sich beide gegenseitig beeinflussen? Und was beinhalten diese neuen Verantwortungen? Doch vergleichen wir weiter.

Nach den Grundsätzen der SPÖ gliedert sich das Inhaltsverzeichnis ebenfalls in drei Kapitel. *Die Welt, die wir verändern wollen, Die Forderung der Sozialisten* und *Der Weg der Sozialisten*. Aus diesen drei Unterpunkten geht deutlich hervor, was sie verändern wollen bzw. was sie fordern und wohin der Weg mit den Sozialisten führen soll. Wörter und Wortfügungen wie *unser* und *wir* sowie *Bewusstsein* oder *mit dem Menschen verbunden*, lassen die Leserschaft sich persönlicher angesprochen fühlen. Diese Signalwörter fördern die Beziehung und lassen so etwas wie Vertrautheit aufkommen.

Die ÖVP gliedert die neue Gesellschaftsverantwortung in elf Teile und führt beispielsweise *Bildung als Lebensaufgabe, Wirtschaft – Basis des Fortschritts, Humane Arbeitswelt und sinnerfüllte Freizeit* und *Eigentum für alle* an. Aus diesen Aufzählungspunkten kann interpretiert werden, dass die ÖVP der Wirtschaft und deren Interessen sehr nahe steht. Nach dem Motto: Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut! Der einzelne hat sich weiterzubilden, möglichst in seiner Freizeit, um in den Dienst der Wirtschaft zu treten. Daher findet die ÖVP im Begriff *Leistung* einen ihrer Grundsätze. Wenn ‚Eigentum‘ als neue Verantwortung vorgestellt wird, dann wird der Blick von der Gemeinsamkeit auf sich selbst, auf das Individuum gerichtet. Demnach kann die Ideologie herausgelesen werden, dass sich das Individuum in seiner eigenen Freizeit sinnerfüllt für seine eigene Arbeitswelt vorbereiten soll, um sich in den Dienst der Wirtschaft zu stellen.

Während die ÖVP den Unterpunkt *sozialer Fortschritt* anführt, gebraucht die SPÖ das Wort Fortschritt nicht in ihrem Inhaltsverzeichnis. Sie bezeichnet einen ihrer Unterpunkte *Für mehr soziale Sicherheit und Volksgesundheit*. Das Wort Sicherheit wird wiederum im Inhaltsverzeichnis der ÖVP nicht gebraucht.

Während die ÖVP *Dynamische Demokratie* anführt, bezeichnet die SPÖ ihren Unterpunkt *Mensch und Demokratie*. Hier sind deutliche Unterschiede in der Wortwahl und Kombination erkennbar. Während die ÖVP die Demokratie mit Dynamik in Verbindung setzt, steht für die SPÖ der Mensch im Vordergrund der Demokratie.

Die ÖVP unterteilt ihr Kapitel *Neue Verantwortung für den Menschen* vier Mal, in: *Jugend, Frau und Mann, Familie* und *Alter*. Eine derartige Differenzierung des Menschen ist im Inhaltsverzeichnis der SPÖ nicht zu finden.

Aufgrund des Vergleichs der beiden Inhaltsverzeichnisse können bereits unterschiedliche Interessen und Schwerpunktlegungen der einzelnen Parteien herausgelesen werden. Die Wortwahl der einzelnen Parteien lässt darauf schließen, dass deutlich unterschiedliche Zielgruppen angesprochen werden. Während die ÖVP augenscheinlich die Interessen der Wirtschaft (siehe Unterpunkt *Wirtschaft – Basis des Fortschritts*) wahren und dynamisch vorantreiben will, ist die SPÖ an einer humanen Umwelt mit menschengerechter Wirtschaft interessiert. Die primären Interessen der Österreichischen Volkspartei liegen im Umfeld der Wirtschaft und deren Wachstum, sekundär ist der Mensch. Im Gegensatz dazu liegt das primäre Interesse der Sozialistischen Partei Österreichs beim Menschen und dessen Wohlergehen, sekundär ist die Wirtschaft, welche die Rahmenbedingungen zu

schaffen hat.

#### **4.1. Grundsatzprogramm – ÖVP 1972**

Das Vorwort des Bundesparteiobmannes Dipl. Ing. Josef Riegler beginnt folgendermaßen: „Mit der Verabschiedung des ‚Salzburger Programms‘ im Jahre 1972 ist der ÖVP eine perspektivische Standortbestimmung gelungen. Die damals festgelegten grundsätzlichen Ziele ihres politischen Handelns sind heute aktueller denn je und wegweisend für den ‚Aufbruch‘ in Europa. Die Grundprinzipien im Salzburger Programm der ÖVP, nämlich Personalität, Subsidiarität und Solidarität stehen im Wettbewerb der Parteien in ihrer Richtigkeit und Zeitlosigkeit konkurrenzlos da und sind die Basis des geistig-politischen Führungsanspruches, den die ÖVP erhebt.“ (ÖVP 1972: 1) In der Einleitung ist weiter zu lesen: „1965 stellte das ‚Klagenfurter Manifest‘ erstmals die Forderung nach der Bildungsgesellschaft auf. So haben die Grundsätze der ÖVP die gesellschaftliche Entwicklung geformt. Die ÖVP will die Gesellschaft nach ihren Grundsätzen gestalten.“ (ebd.: 3)

Die ÖVP hebt hervor, dass sie die gesellschaftliche Entwicklung – mit der Forderung nach der Bildungsgesellschaft – geformt hat und die Gesellschaft weiterhin nach ihren Grundprinzipien und Grundsätzen gestalten will. Zum einen betont sie im Wettbewerb zu stehen, zum anderen stellt sie ihre Konkurrenzlosigkeit dar. Sowohl ‚Wettbewerb‘ als auch ‚Konkurrenz‘ sind Wörter, die im Sport oder am Markt beheimatet sind. Aktiv und zukunftsweisend gibt sie den Ton an, wenn sie sich mit der Durchsetzung ihrer Interessen in Richtigkeit und Zeitlosigkeit konkurrenzlos darstellt und erneut die Führung beansprucht, die sie zwei Jahre zuvor verloren hatte (vgl. Pelinka 2009: 616). In der Wortwahl von Riegler ist der Machtanspruch deutlich herauszulesen.

Für die ÖVP führten soziale Marktwirtschaft und Wachstumspolitik zu früher nie erreichtem Wohlstand und sozialer Sicherheit (vgl. ÖVP 1972: 15). Sie versteht „Wirtschaftspolitik nicht als Selbstzweck oder Machtinstrument, sondern als Voraussetzung zur Sicherung und Verbesserung menschlicher Lebensverhältnisse“ (ebd.: 21). Sie sieht die soziale Marktwirtschaft dann als ein Mittel zur Erreichung der Ziele einer partnerschaftlichen Gesellschaft, wenn u.a. die Prinzipien des freien Wettbewerbs angewendet werden. Und wenn die verschärfte internationale Konkurrenz eine erhöhte Leistungsfähigkeit von der österreichischen Wirtschaft verlange, dann seien „Anreize zu

Leistungsfreude und Risikobereitschaft“ zu schaffen (vgl. ebd.: 21) und dies sei – nach Auffassung der ÖVP – Aufgabe des Staates, der er durch eine „wirtschaftsnahe Gesetzgebung“ nachkommen müsse. Die Entscheidungen der Wirtschaftspolitik „müssen sich den Zielen der sozialen Marktwirtschaft unterordnen, nur dadurch kann ein Beitrag zur Freiheit des Staatsbürgers und seiner sozialen Sicherheit geleistet werden“ (ebd.: 22f). Hier wird die Ideologie deutlich, dass sich die Politik der sozialen Marktwirtschaft unterzuordnen habe. Auch der Staatsbürger habe sich – um seiner sozialen Sicherheit willen – den wirtschaftlichen Anforderungen unterzuordnen.

Für die ÖVP ist Leistung einer ihrer Grundsätze. Sie will „die Voraussetzung für die Selbstverwirklichung des Menschen dadurch verbessern, daß sie den persönlichen Leistungswillen und die Initiative herausfordert. Die persönliche Leistung muß der Maßstab für Arbeitseinkommen, beruflichen Aufstieg und gesellschaftliche Anerkennung des einzelnen sein.“ (ebd.: 9) In dieser Passage wird deutlich, dass der Einzelne selbst für seine Leistungssteigerung verantwortlich ist und die erbrachte Leistung der Maßstab aller Dinge zu sein scheint. Die Ideologie des Leistungsprinzips ist hier klar erkennbar.

„Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Bildungsgesellschaft. Bildung ist ein entscheidender Faktor unserer heutigen gesellschaftlichen Dynamik.“ (ebd.: 15) Bildung sei nach der ÖVP eine permanente Aufgabe und Voraussetzung für ein sinnerfülltes Leben. Geht es nach der ÖVP, so ist „im Menschen die Bereitschaft zu wecken, sich ständig weiterzubilden“, die Wirksamkeit soll durch „die Zusammenarbeit mit den Massenmedien“ (ebd.: 17) erhöht werden. Das Bildungsziel der ÖVP „ist der mündige Mensch, der Entscheidungen verantwortungsvoll zu treffen vermag. Permanente Bildung hilft dem Menschen, sein Leben in Beruf und Freizeit zu bewältigen und an den Prozessen einer demokratischen Gesellschaft mitzuwirken.“ (ebd.: 16) In dieser Passage dokumentiert sich die Ideologie des lebenslangen Lernens. Mit der gesellschaftlichen Dynamik könnte der technische Fortschritt angesprochen sein, der nicht explizit erwähnt wird. Gefordert wird allemal, dass sich der Mensch permanent weiterbildet, um sein Leben gestalten zu können. Wer sich nicht weiterbildet, kann sein Leben nicht bewältigen. Und für die Übermittlung dieser Botschaft sieht die ÖVP Massenmedien als wirksames Mittel.

Die ÖVP äußert sich in ihrem Grundsatzprogramm auch zum Thema Lernen und Lehren. Geht es nach der ÖVP, sollen „Lerninhalte und Lehrmethoden zeitgemäß und lebensnah sein und ständig auf ihre Gültigkeit hin überprüft werden. Lehrerausbildungen und

Lehrerfortbildung haben den Anforderungen neuer Entwicklungen laufend Rechnung zu tragen.“ (ebd.: 16) Diese Passage zeigt auf, dass auch Lehrer lebenslang lernen sollen, um neuen Anforderungen gewachsen zu sein. Was kann unter den neuen Entwicklungen, die nicht detailliert angeführt werden, verstanden werden? Es wird davon ausgegangen, dass sich aufgrund des technischen Fortschritts die Anforderungen an den Arbeitsstellen verändert haben. Wenn mithin davon ausgegangen wird, dass unser Bildungssystem als Zubringer der Wirtschaft zu sehen ist, dann haben sich die Lern- und Lehrmethoden dahingehend zu ändern und an die Wirtschaft anzupassen, um „brauchbarer“ zu werden.

Aus dem Salzburger Programm der ÖVP – aus dem Jahre 1972 – sind folgende Ideologien herauszulesen: Der Mensch und somit die Politik haben sich der Wirtschaft unterzuordnen. Durch den Einsatz von Massenmedien soll dem Staatsbürger die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen vermittelt werden, damit selbiger freiwillig den Anforderungen der Leistungsgesellschaft gerecht wird, die ihm soziale Absicherung verspricht, solange er sich den Regeln des Marktes unterwirft.

## **4.2. Grundsatzprogramm – SPÖ 1978**

In der Vorbemerkung des Grundsatzprogramms der SPÖ ist zu lesen, dass das Parteiprogramm in einem Zeitraum von eineinhalb Jahren intensiver Diskussionen, erstmals auch mit Nichtmitgliedern der SPÖ und unter Heranziehung von Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland, entstanden ist. Inhaltlich schließt das Maiprogramm 1978 „an das frühere Parteiprogramm 1958 an. Es behält die grundlegende Orientierung auf eine Gesellschaft ohne Klassen, Privilegien und Abhängigkeiten bei, fügt dieser grundsätzlichen Ausrichtung jedoch die vier Grundwerte hinzu, die gerade auch für tagtägliche Politik die Gradmesser dafür sind, ob die Orientierung auf dieses Ziel eingehalten wird. Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind damit auch zu Orientierungswerten für jene geworden, die die Praxis der SPÖ an ihrem Programm messen wollen.“ (SPÖ 1978: 3) Abschließend ist zu lesen, dass die SPÖ „von der Veränderung der Gesellschaft und von der Machbarkeit der Veränderung zutiefst überzeugt ist“ (ebd.: 4). Die SPÖ glaubt an die grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft und will an ihrer täglichen politischen Praxis und der Umsetzung ihrer Orientierungswerte – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität – gemessen werden. Da die SPÖ zu dieser Zeit alleinregierende Partei

Österreichs war, stellt sie ihren Führungsanspruch nicht in Frage, sondern will den Menschen ein Leben in Frieden und Freiheit sichern.

Im Grundsatzprogramm der SPÖ ist zu lesen, dass die Welt voller Widersprüche sei. Es werden neun Beispiele angeführt, von denen drei vorgestellt werden, um die Ideologie der SPÖ zu verdeutlichen: „Wissenschaft und Technik überschreiten immer neue Grenzen – aber ihr verantwortungsloser Einsatz bedroht die Menschen und vergeudet Rohstoff- und Energievorräte.“ (ebd.: 10) An diesem Beispiel ist klar zu erkennen, dass sich die SPÖ grundsätzlich nicht gegen Wissenschaft und Technik ausspricht, sondern einen verantwortungsvollen Umgang mit ihnen zum Wohle des Menschen fordert.

„Die Konsumenten werden durch immer raffiniertere Methoden zu überflüssigen Käufen verführt – aber gleichzeitig werden Ausgaben für Gemeinschaftsleistungen von reaktionären Kreisen als Verschwendung denunziert.“ (ebd.) Hier wird die Kritik der SPÖ an den marktgerechten Verhältnissen der Gesellschaft deutlich. Für die SPÖ steht nicht der Markt mit seinem Kapital, sondern der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Vordergrund. Ihr Interesse liegt an einer solidarischen Haltung.

„Die Menschen werden in steigendem Maß von den Entscheidungen in Politik und Wirtschaft betroffen – aber Konservative und mit ihnen verbündete wirtschaftliche Mächte verwehren ihnen die Mitbestimmung, die die Voraussetzung der Selbstverwirklichung ist.“ (ebd.) Mit diesem Beispiel übt die SPÖ Kritik daran, dass politische und wirtschaftliche Entscheidungen immer weniger von den Menschen mitbestimmt werden können, die deren Auswirkungen zu tragen haben. Hier wird deutlich, dass sich die SPÖ für eine Selbstverwirklichung des Menschens mit damit implizierten Mitbestimmungsrechten einsetzt.

Die SPÖ will eine Veränderung der vorgenannten Widersprüche: „Die von den Menschen verursachten Widersprüche können nur von ihnen selbst überwunden werden.“ (ebd.) Hier wird die Ideologie deutlich, dass der Mensch in den Vordergrund der Betrachtung gerückt wird. Aus dem Aufzeigen von Widersprüchen, die von Menschen verursacht wurden, obwohl sie nicht zum Wohl des Menschen wirken, lässt sich die Ideologie der Hoffnung auf Veränderung herauslesen.

Die Sozialdemokraten richten sich gegen die Wirtschaftsordnung des Kapitalismus. Für sie können die bestehenden Einkommensunterschiede „nicht allein mit dem Leistungsprinzip

gerechtfertigt werden“, dadurch „geraten Menschen in Konkurrenz und Isolation“, denn diejenigen, die nicht mithalten können, werden – so die SPÖ – „als erfolglos und störend angesehen und an den Rand gedrängt“ (ebd.: 11). Für die SPÖ wird Arbeit zur Ware gemacht und „somit nicht mehr nach Nützlichkeit, sondern nach Einkommen, das es verschafft bewertet“ (ebd.). Für sie sind Spitzeneinkommen ein Ausdruck der Machtstellung und daher treten sie für eine gerechte Einkommensverteilung ein (vgl. ebd.: 26). Für die Sozialisten braucht es ein „zielbewusstes politisches Handeln, um die Wirtschaft den Menschen dienstbar zu machen“ (ebd.: 12). Aus diesem Abschnitt wird deutlich, dass sich die Ideologie der SPÖ gegen das Leistungsprinzip wendet und den Menschen mit seinen Bedürfnissen in den Vordergrund stellt. Nicht der Mensch soll der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft soll den Menschen dienstbar gemacht werden.

Auch die SPÖ hat sich in ihrem Grundsatzprogramm dem Thema Medien gewidmet. Für die SPÖ sind Medien Träger von Information und Meinungsvielfalt (vgl. ebd.: 22), jedoch sieht sie die Meinungs- und Informationsfreiheit der Bevölkerung durch den Spätkapitalismus ernsthaft bedroht (vgl. ebd.) und tritt ein „für Offenlegung der grundlegenden Richtung und der Eigentums- und Beteiligungsverhältnisse jedes Mediums“ (ebd.: 23), sowie „für ausreichenden Datenschutz, auch im Bereich der neuen elektronischen Medien“ (ebd.). Sie fordert „eine umfassende Medienerziehung, um eine kritische Auseinandersetzung der Bevölkerung mit den Medieninhalten zu fördern“ (ebd.) und will „neue Formen der Kommunikation und die Förderung aller Einrichtungen, die es den Menschen ermöglichen, ihre Interessen und Ansichten zum Ausdruck zu bringen“ (ebd.). Hier wird deutlich, dass die SPÖ die Einführung von neuen Formen der Kommunikation in allen Bildungseinrichtungen – so auch in der Schule – fordert. Sie will die Medienerziehung fördern, damit sich die Nutzer mit Medien und deren Inhalten kritisch auseinandersetzen können. Die Ideologie der SPÖ im Bezug auf Medien liegt dahingehend in der Bildung des Menschen. Einerseits soll die Bevölkerung befähigt werden die neuen Medien zu nutzen, um ihre Ansichten mit anderen zu teilen, und andererseits sollen die übermittelten Informationen auch kritisch hinterfragt werden können.

Für die SPÖ hilft die Erwachsenenbildung den Menschen, ihren gesellschaftlichen Standort zu bestimmen, sowie sie auf der Suche nach neuen Lebensinhalten zu unterstützen. Daher fordert sie eine systematische Einbeziehung der Medien in das

Programmangebot der Erwachsenenbildung (vgl. ebd.: 42). Demnach kann geschlossen werden, dass die SPÖ Bildung als Lösungsmittel ansieht, um die Fähigkeit zu entwickeln, seinen gesellschaftlichen Standort bestimmen zu können. Medien sollen zukünftig genutzt werden, um dieses Bildungsangebot zu erweitern. In dieser Passage kann die Ideologie des lebenslangen Lernens herausgelesen werden.

### **Zusammenfassung der Grundsatzprogramme ÖVP und SPÖ**

Die Grundsatzprogramme der beiden Parteien aus dem Jahre 1972 (ÖVP) und 1978 (SPÖ) können – wie oben breit ausgeführt – dahingehend zusammengefasst werden, dass beide Parteien ähnliche Forderungen in ihren Programmen haben, ihre Ideologien jedoch grundlegend unterschiedlich sind. Während die Interessen der ÖVP an Leistung und Fortschritt in einem vereinten Europa orientiert sind, liegen die Bemühungen der SPÖ in einer humaneren Wirtschaftspolitik und einer Gemeinschaft der Völker.

Beide Parteien treten für ein demokratisches Österreich ein, wobei die ÖVP dabei eher eine „dynamische“ Demokratie vertritt, die SPÖ eine „soziale“. Dennoch thematisieren beide Parteien das Soziale, wobei die ÖVP damit „sozialen Fortschritt“, die SPÖ hingegen „soziale Sicherheit“ assoziiert.

Beide Parteien berücksichtigen, dass neue Technologien von der Wissenschaft entwickelt und Wirtschaft und Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, wodurch sich die Kommunikationsformen ändern. Durch die Möglichkeit der Verbreitung von Botschaften mittels Massenmedien wird Technologie genutzt und bewusst eingesetzt. Themen wie Medienerziehung sowie der richtige Umgang mit Medien, insbesondere im Bereich Datenschutz und Sicherung der Privatsphäre, sind Bestandteile beider Grundsatzprogramme. Ebenso einig sind sich die Parteien bei der Forderung nach Bildung und LLL, denn beide sehen im Lernen eine sinnvolle Lebens- und Freizeitbeschäftigung.

Die Bildungsgesellschaft muss sich dabei den Herausforderungen der Wissensgesellschaft stellen. So kann zusammengefasst werden, dass Bildung, Aus- und/oder Weiterbildung von beiden Parteien gewünscht und gefördert werden. Unterschiedlich scheinen die Ideologien der beiden Parteien. Während es den Anschein hat, als würde die ÖVP Massenmedien benutzen wollen, um die Meinung der Bevölkerung zu bilden, plädiert die SPÖ dafür, die Bevölkerung zu bilden, um ein kritisches Bild über Medien und deren Nutzung zu ermöglichen.

### 4.3. Grundsatzprogramm – FPÖ 1985

Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) wurde am 1. und 2. Juni 1985 in Salzburg beschlossen. Das umfangreiche Programm, das sich dreispaltig über 28 Seiten erstreckt, gliedert sich in zwei Teile: *TEIL I: GRUNDLEGUNG* und *TEIL II: LEBENSBEREICHE*. Der erste Teil ist in zehn Kapitel unterteilt: *Freiheit, Menschenwürde, Volk und Heimat, Europa, Kultur, Leistung, Eigentum und Marktwirtschaft, Staat und Recht* sowie *Umwelt*. Der wesentlich umfangreichere zweite Teil gliedert sich in zwölf Kapitel: *Staat und Recht, Außenpolitik und Landesverteidigung, Kultur – Bildung – Sport – Medien, Familie, Wohnen, Arbeitswelt, Marktwirtschaft, Staatshaushalt und Steuern, Sozialwesen, Rohstoffe und Energie, Umweltpolitik* sowie *Neue Horizonte*. Um die Ideologie der FPÖ darzulegen, werden vorwiegend Textpassagen aus dem ersten Teil und ausgesuchte Passagen aus dem zweiten Teil herangezogen.

Das erste Kapitel beginnt mit den Worten: „Freiheit gilt uns als höchster Wert. Wir wollen ein Leben in Freiheit, gegründet auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung.“ (FPÖ 1985: 1) Für die FPÖ haben politische Ordnungen „der Entfaltung der Freiheit zu dienen“ und dies bedinge „ein Gleichgewicht von Rechten und Pflichten“ (ebd.). Des Weiteren ist aus dem Grundsatzpapier zu entnehmen, dass sich die FPÖ ganz klar zur Markt- und Leistungsgesellschaft bekennt. Für sie habe die Wirtschaftspolitik des Staates das grundsätzliche Funktionieren der gewünschten Gesellschaftsverhältnisse zu gewährleisten (vgl. ebd.). Ebenso bekennt sich die FPÖ zum Freihandel auf internationaler Ebene (vgl. ebd.).

Für die FPÖ soll das Leistungsprinzip die treibende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung bleiben und daher lehnt sie dessen Einengung auf einen rein materiellen Leistungsbegriff ab (vgl. ebd.: 2). Bemerkenswert ist jedoch, dass sie genau dieses in der nächsten Aussage fordert: „Der Leistungswille wird vielfach begleitet von der Bereitschaft, Risiken einzugehen [...] Deshalb muß sich jede Form von Anerkennung und auch die Gestaltung der Einkommensverhältnisse in erster Linie nach dem Leistungsprinzip richten.“ (ebd.: 3) Anhand dieser Aussagen werden Widersprüchlichkeiten im Parteiprogramm der FPÖ ersichtlich. Denn, obwohl die FPÖ den rein materiellen Leistungsbegriff ablehnt, müssen sich die Einkommensverhältnisse „in erster Linie“ danach richten.

Die FPÖ „will ein harmonisches Gleichgewicht zwischen allen Marktkräften und vor allem zwischen Kapital und Arbeit bewirken. Jedermann soll durch seinen Leistungsbeitrag zum Teilhaber am gemeinsam geschaffenen Wohlstand werden.“ (ebd.) Demnach hat jeder einzelne seinen Beitrag am Markt zu leisten, um auch am Wohlstand teilhaben zu können. Solche Aussagen legen den Schluss nahe, dass diejenigen, die mit ihrer Arbeitsleistung nicht im Stande sind einen Beitrag zu leisten, auch kein Recht haben am Wohlstand teilzuhaben.

Dem Thema Sozialwesen hat die FPÖ ein eigenes Kapitel gewidmet, das wie folgt beginnt: „Soziale Absicherung ist eine wesentliche Aufgabe freiheitlicher Gesellschaftspolitik. Obwohl der Staat aus seiner Verantwortung für die soziale Wohlfahrt nicht entlassen werden kann, würde seine Entwicklung zum bürgerlichen Versorgungsstaat unseren Überzeugungen zutiefst widersprechen. [...] Daher ist das Prinzip der Grundversorgung durch die Förderung der eigenverantwortlichen Vorsorge zu ergänzen.“ (ebd.: 21) Hier wird deutlich, dass die FPÖ verhindern will, dass öffentliche Mittel missbräuchlich in Anspruch genommen werden. Es scheint als bestünde die Gefahr, dass der Staat seine Bürger mit sozialen Leistungen versorgen müsse, die ihnen möglicherweise gar nicht zustehen. Deshalb fordert sie vehement die Eigenvorsorge der Bürgerinnen und Bürger, um die Staatskassen zu schützen.

Obwohl die FPÖ die „von der Gemeinschaft getragene Sicherung der Bürger vor den sozialen Risiken“ bejaht, will sie mit der Sozialhilfe nur kurzfristig Beistand gewähren, „längerfristig soll er in die Lage versetzt werden, sein Schicksal möglichst selbst wieder in die Hand zu nehmen“ (vgl. ebd.). Aus dem Programm ist zu entnehmen, dass primär vom einzelnen Staatsbürger erwartet wird, private Eigenvorsorge zu treffen. Durch private Vorsorge können in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung auch darüber hinausreichende Ansprüche gestellt werden, denn sie will private Vorsorge durch steuerliche Begünstigungen fördern (vgl. ebd.). Demnach können jene, die sich aktiv am Arbeitsleben beteiligen, auch kurzfristig leistungsbezogene Hilfe erwarten. Wer über finanzielle Mittel zur privaten Vorsorge verfügt, wird darüber hinaus noch steuerlich belohnt.

Presse- Medien-, Informations- und Meinungsfreiheit stellen für die FPÖ eine unabdingbare Voraussetzung für den mündigen Bürger dar, denn sie erfüllen eine öffentliche Funktion, deshalb will sie den ORF grundsätzlich mit seiner Leistungs- und

Konkurrenzfähigkeit bewahren. Obwohl die FPÖ den kulturellen Austausch durch den Satellitenrundfunk begrüßt, warnt sie vor der „ungehemmten Verbreitung ausländischer Billigstproduktionen“ durch neue Medien (vgl.: 12). Die FPÖ schürt wie keine andere Partei Österreichs die Angst vor dem Fremden. Denn ausländische Produkte seien nicht nur billig, sie verbreiteten sich dazu noch hemmungslos. Diesem Umstand will die FPÖ Einhalt gebieten und konstatiert eine fehlerhafte Entwicklung: „Eine Fehlentwicklung der Massenkommunikation stellt die Lawine an publizistisch minderwertigen Erzeugnissen dar, die sich an die niederen Instinkte der Menschen wenden und daraus Kapital schlagen. Das ist eine Art geistiger Umweltverschmutzung, die durch eine enorme Erziehungsarbeit aufgefangen werden muß.“ (ebd.) Zudem warnt die FPÖ, dass mittels Massenmedien eine „künstliche Öffentlichkeit“ geschaffen wird, und setzt sich mithin in ihrem Programm für Medienbildung ein. Es müsse politisches Bildungsziel sein, in den jungen Menschen „in ausreichendem Maße die Unterscheidungsfähigkeit zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung zu wecken“ (ebd.: 27).

Gefahren, die die FPÖ im Bezug auf neue Technologien erkennt und hintanhaltend will sind: „Gefährdung der Privatsphäre, Verschiebung und Entstehung neuer Machtverhältnisse sowie der Anonymisierung der Gesellschaft“ (ebd.: 27). Am Grundsatzprogramm der FPÖ, das ungefähr zehn Jahre jünger ist als das der beiden Großparteien, kann deutlich die schnelle Entwicklung der Computertechnologie herausgelesen werden. Während sich SPÖ und ÖVP vorwiegend auf Massenmedien beziehen, wird von der FPÖ bereits von komplexen technologischen Systemen gesprochen. Die FPÖ steht grundsätzlich zum Einsatz von Computertechnologie, sofern die von ihr konstatierten Gefahren, die diese Technologie beinhaltet, berücksichtigt werden.

Anhand ihres Grundsatzprogramms kann zusammengefasst werden, dass die FPÖ für eine freie Marktwirtschaft, mit dem damit verbundenen Leistungsprinzip steht. Grundsätzlich plädiert sie für eine kurzfristige Sozialabsicherung, doch appelliert sie an die Eigenverantwortung jedes Einzelnen und fordert private Vorsorge, da diese die Staatsausgaben entlaste. Generell steht die FPÖ der technischen Entwicklung positiv gegenüber, trotzdem warnt sie vor verschiedenen Gefahren und fordert mithin die Erziehung zur kritischen Mediennutzung.

#### 4.4. Offenes Kurzprogramm – Grüne Alternative 1986

1986 erschien das erste Programm der Grünen Alternative mit dem Titel: *OFFENES KURZPROGRAMM*. Der Untertitel „Es wird Zeit, etwas zu tun!“ signalisiert, dass die Grünen mit der herrschenden Regierung nicht zufrieden sind und die Republik eine Opposition brauche. Die Grüne Alternative (Grünen) kandidierte damit erstmals für den Nationalrat.

In dem vorliegenden Kurzprogramm ist ein interessantes Detail zu lesen, nämlich dass aufgrund der „plötzlichen Vorverlegung des Wahltermines“ (Grüne 1986: 3) die Grünen mitten in der Programmarbeit überrascht wurden und deshalb der Öffentlichkeit das vorläufige Ergebnis ihrer Zusammenarbeit zur Diskussion stellen (vgl. ebd.: 3). Interessant ist diese Bemerkung insofern, als sie die Frage aufwirft, weshalb ein Wahltermin plötzlich vorverlegt wird. Besteht die Möglichkeit, dass der Termin bewusst vorverlegt wurde, um die neue Partei an der Kandidatur zu hindern? Ohne den anderen Parteien etwas zu unterstellen, kann betont werden, dass die Angst vor der neuen Opposition sich nach der Wahl als durchaus berechtigt erwies, da den Grünen der Einzug ins Parlament gelang. Doch zurück zum Kurzprogramm.

Die Grünen, die als einzige Partei ihr Programm mit kleinen Zeichnungen versehen, gliedert selbiges in elf Kapitel: *„Überlebensplan für Mensch und Natur, Menschengerechte Wirtschaft – Arbeit für alle!, Schritte zu einer umweltverträglichen Landwirtschaft, Wir werden einen Demokratieschub einleiten, Behinderte Menschen in einer behinderten Gesellschaft, Gesundheitswesen, Österreich ist die Buntheit und Vielfalt seiner Volksgruppen, Frauen und Männer, Friedensrepublik Österreich, Österreich und die Dritte Welt, Kulturpolitik“*. Aus den angeführten Überschriften kann bereits geschlossen werden, wofür die Grünen einstehen.

Sie beginnen ihr Programm mit dem ersten Satz: „Zum ersten Mal in der Geschichte ist der Fortbestand der Menschheit durch sie selbst bedroht.“ (ebd.: 2) Sie zeigen auf, dass die Zerstörung der Natur katastrophale Ausmaße angenommen habe und die Menschen an der zerstörerischen Industriegesellschaft und an der zerstörten Natur leiden würden (vgl. ebd.).

Die Grünen richten sich gegen „brutale betriebswirtschaftliche Rezepte“ und folgern weiter: „Für uns Grüne gibt es keinen isolierten Umweltschutz. Umweltpolitik ist die Erhaltung und Sicherung unserer Lebensgrundlagen und muß daher in allen Bereichen der

Gesellschaft wirksam werden.“ (ebd.: 2) Sie wollen eine neue Wirtschaftspolitik und eine neue Einstellung zum Konsum, sowie „die Abkehr von der ausschließlichen Profitorientierung der Wirtschaft“ (vgl. ebd.: 3). Sie kritisieren die Regierung und werfen ihr vor, „nur ihr eigenes Überleben“ im Sinn zu haben (ebd.: 2).

Als neue Opposition artikulieren die Grünen politische Problembereiche, in denen Handlungsbedarf besteht: „Zerschlagung der Verstaatlichten, rücksichtslose Einführung neuer Technologien und eine Steuerpolitik, die unter dem Titel ‚leistungsfreundlich‘ die Reichen reicher, die Armen ärmer macht – das fordert die ÖVP, und das verwirklicht die SPÖ. Wir Grünen setzen der Mißwirtschaftskompetenz von SPÖ, ÖVP und FPÖ unsere Vorschläge für eine ökologische Kreislaufwirtschaft entgegen.“ (ebd.: 6) Aus dieser Passage ist zu entnehmen, dass die Grünen sich gegen die wirtschaftlich geforderte Privatisierung und somit auch gegen das Leistungsprinzip wenden.

Sie werfen den Regierungsparteien vor, dass Bürger, die Hilfe vom Staat brauchen – sie werden von den Grünen als Opfer verstanden – auf den Ämtern soziale Ausgrenzung erfahren und den Vorwurf des ‚Sozialschmarotertums‘ über sich ergehen lassen müssen. Sie wollen dies ändern. Die Grünen wollen eine menschengerechte Wirtschaft und geben konkrete Beispiele, wie eine solche umzusetzen sei. Beispielsweise wollen sie kurzfristig eine Mindestsicherung von 5.000 Schilling für alle, längerfristig die Einführung einer sozialen Grundsicherung, unabhängig von der Erwerbsarbeit. Als Vorzeigeland, in dem soziale Grundsicherung ohne große Mehrausgaben realisiert wurde, ziehen sie Holland heran (vgl. ebd.: 6). Des Weiteren fordern sie gezielte Veränderungen, um die professionellen Hilfen zu entbürokratisieren. Sie sind für die Stärkung der lokalen ‚kleinen Netzwerke‘ und „Förderung von Initiativen und Selbsthilfegruppen“, denn diese seien nach ihren Angaben „nicht nur besser, sondern oft auch billiger“ (ebd.).

Die Grünen fordern eine menschengerechte Technologie, denn sie konstatieren, dass die soziale Umwelt durch die Einführung der Mikroelektronik zerstört werde und sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert hätten. Deshalb wenden sie sich gegen „Änderungskündigungen“ (ebd.: 8.). Sie wollen sich „leidenschaftlich gegen den ausufernden Überwachungsstaat“ wehren und fordern – wie die anderen Parteien auch – den Schutz der Privatsphäre (vgl. ebd.: 12).

Die Bereiche Bildung und lebenslanges Lernen werden in diesem Kurzprogramm nicht direkt thematisiert, doch werfen die Grünen den Parteien vor, dass sie entscheidenden

Einfluss auf den ORF hätten (vgl. ebd.: 10). Und so ist zu lesen: „Wir leben in einer Informationsgesellschaft. Es wird immer wichtiger, wer die Macht über die Medien hat, wer entscheidet, worüber wie informiert wird. Wir halten die Privatisierung des ORF für den falschen Weg (ebd.: 11).

Sie fordern mehr direkte Demokratie, denn „der Einfluß der Parteien ist unübersehbar und unkontrollierbar geworden [...] Politik und Wirtschaft sind verfilzt“ (ebd.: 12). Und so schließen sie ihr Programm folgendermaßen: „Viele Personen und Personengruppen haben sich uns angeschlossen, die durch kritische Basisarbeit gezeigt haben, dass dieses Land nicht der Allmacht der Großparteien und Sozialpartnerspitzen überlassen werden darf. Gegenüber der kommenden Ganz-Großen-Koalition sind wir die große Opposition.“ (ebd.: 16) Und die Grünen haben es geschafft, seit der Nationalratswahl 1986 sind sie stabil im Parlament vertreten.

Die Ideologie der Grünen unterscheidet sich in einigen Punkten von denen der anderen Parteien. Für die Grünen steht primär der Mensch mit seinem natürlichen Umfeld im Mittelpunkt und in diesem Sinne sollten sich die Interessen der Wirtschaft den menschlichen und natürlichen Lebensbedingungen unterordnen und nicht umgekehrt. Für die Grünen steht nicht profitorientiertes Wirtschaftsdenken, sondern soziale Gemeinschaft im Mittelpunkt ihrer Ideologie. So richten sie sich gegen Privatisierung und „leistungsgerechte“ Steuerpolitik und fordern als erste Partei Österreichs ausdrücklich die direkte Demokratie.

## **Zusammenfassung der Grundsatzprogramme vor 1990**

Die politische Landschaft der 80er- und 90er-Jahre war auf der einen Seite durch wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, der nicht nur das Berufsleben, sondern das gesamte – menschliche und natürliche – Umfeld rasch veränderte, und auf der anderen Seite durch die dadurch entstandenen Probleme gekennzeichnet. Die soziale Marktwirtschaft setzt sich zunehmend durch, die Arbeitsverhältnisse ändern sich und die sozialen Unterschiede werden größer. Das Leistungsprinzip wird ebenso diskutiert wie die soziale Sicherheit und die Eigenverantwortung. Die technische Entwicklung wird einerseits als Problemlösung gesehen, andererseits schafft sie zu bewältigende Herausforderungen. Zum einen wird Kontrolle gefordert, zum anderen soll die Privatsphäre geschützt werden.

ÖVP und FPÖ können als wirtschaftsnahe Parteien angesehen werden, deren Interessen an einer fortschreitenden Wirtschaft gelegen sind. Aus ihrer Sicht habe sich die Gesellschaft und somit die Politik den wirtschaftlichen Ansprüchen unterzuordnen, um – so ihre Argumentationen – den Menschen Wohlstand zu sichern. Das Individuum selbst habe sich in seiner Freizeit ‚sinnerfüllt‘ weiterzubilden, um sich für den Markt fit zu halten. Der Staat solle von sozialen Leistungen durch die private Vorsorge Einzelner entlastet werden.

SPÖ und Grüne stellen Menschen und Umwelt in den Vordergrund und fordern, dass sich der Markt an den Bedürfnissen der Menschen orientieren sollte anstatt umgekehrt. Während die ÖVP Massenmedien nutzen will, um die Meinung der Bevölkerung zu bilden, fordern SPÖ und FPÖ eine Medienbildung, die den Bürgern einen kritischen Umgang mit den neuen Medien ermöglicht.

Und wie sieht das 20 Jahre später aus? Welche Ziele werden (weiter) verfolgt, welche Themen sind nicht mehr evident? Was war – von heute aus gerechnet – vor 20 Jahren aktuell? Was beschäftigt die Politik vor der Jahrtausendwende?

Da die Grundsatzprogramme der SPÖ und ÖVP aus den 70er-Jahren wenig Hinweise auf die Mediennutzung enthielten, wird der Fokus in den folgenden Parteiprogrammen gezielt auf die Themen Technologie, Bildung und Medien gelegt.

In der Reihenfolge ihres Erscheinens wird zuerst auf das Grundsatzprogramm der ÖVP aus dem Jahre 1995 eingegangen, danach folgt das Grundsatzprogramm der SPÖ von 1998. Diese beiden Programme sind die zuletzt erschienenen der beiden Parteien und beinhalten somit die zuletzt publizierten Grundsätze der Regierungsparteien Österreichs.

#### 4.5. Grundsatzprogramm – ÖVP 1995

„Medien“ – ein Begriff, der 1972 noch nicht im Inhaltsverzeichnis genutzt wurde – findet 1995 gleich zwei Mal Verwendung. Einmal werden Medien unter Punkt 1: *Starke Demokratie* thematisiert und das zweite Mal wird *Neue Medien und Telekommunikation* als Unterpunkt von *Bildung und Kultur* angeführt. Diesen Kapiteln wird später besonderes Augenmerk geschenkt, doch betrachten wir zuvor das Inhaltsverzeichnis genauer.

Vergleicht man die beiden ÖVP-Inhaltsverzeichnisse (Salzburger Programm 1972 und Grundsatzprogramm 1995), ist Folgendes zu bemerken: Das neue Programm gliedert sich in zwei Teile, *UNSER SELBSTVERSTÄNDNIS* und *UNSERE POSITIONEN*. Die ÖVP hat sich von *Die Partei der fortschrittlichen Mitte* (1972) weiterentwickelt. Die Einzähl „die Partei“ wurde 1995 mit *WIR SIND* verfünffacht. Sie sind die *Christdemokratische Partei*, die *Partei des liberalen Rechtsstaats und der offenen Gesellschaft*, die *Partei der ökosozialen Marktwirtschaft*, die *Österreichpartei in Europa* und die *Volkspartei*. Demnach sind fünf verschiedene Parteien in einer Partei. Es scheint, als wolle die ÖVP alle in Österreich lebenden Menschen ansprechen. Sie „vertritt“ – oder ist „vertreten“ korrekter? – das Volk, den Markt, die Gesellschaft, den Staat und die Christen.

*Die Grundsätze der ÖVP* (1972) sind in *Unsere Grundsätze* (1995) „umgetauft“ worden und sind zusätzlich von sieben auf elf Punkte erweitert worden. Vier Punkte – *Unser Menschbild*, *Freiheit*, *Leistung*, *Partnerschaft* – sind gleichgeblieben und drei – *Gleichheit*, *Aufgabenteilung* und *Partizipation* – werden nicht mehr angeführt. Dafür sind *Verantwortung*, *Nachhaltigkeit*, *Gerechtigkeit*, *Sicherheit*, *Subsidiarität*, *Mitwirkung* und *Toleranz* hinzugekommen.

Unter *UNSERE POSITIONEN* ist der Punkt 5 mit *Ökosoziale Marktwirtschaft* angeführt. Nicht nur, dass das Wort „Markt“ neu im Inhaltsverzeichnis von 1995 ist, es lassen sich keine Wörter der neu angeführten Unterpunkte – *Die Grundwerte der ökosozialen Marktwirtschaft*, *Wirtschaftsstandort Österreich*, *Arbeit schaffen*, *Steuer-, Budget- und Währungspolitik*, *Landwirtschaft*, *Energiepolitik*, *Mobilität und Verkehr* – im Inhaltsverzeichnis von 1972 wiederfinden. Der Markt und die damit verbundene soziale Marktwirtschaft haben für die ÖVP offensichtlich an Bedeutung gewonnen. Auffällig ist jedoch der neue Zusatz ÖKO. Wahrscheinlich ist dieser auf den Einzug der Grünen ins Parlament zurückzuführen, denn es ist offensichtlich, dass Themen, die erstmals von den

Grünen aufgenommen wurden, neuerdings im Grundsatzprogramm der Österreichischen Volkspartei aufzufinden sind. Für die ÖVP sei es Aufgabe der politischen Parteien, politischen Wettbewerb zu schaffen und so bekennt sie sich, liest man das Grundsatzpapier aufmerksam, neuerdings – so wie erstmals von den Grünen gefordert – auch zur direkten Demokratie (vgl. ÖVP 1995, ebd.: 10).

Aus dem Punkt *Neue Verantwortung für den Menschen* (1972) wurde der Punkt *Neue Gesellschaftsverträge* (1995) und hinzugekommen sind, neben *Grundsätzliches*, die Unterpunkte: *Kinder, Behinderte, Ausländer* und *soziale Gerechtigkeit*. Auffällig ist, dass im neuen Programm durchgängig die Mehrzahl genutzt wird. So wurde aus *Frau und Mann Frauen und Männer*, und aus *Familie* wurden *Familien*. Schon bei genauer Betrachtung der Inhaltsverzeichnisse lässt sich auf eine Vervielfältigung der Gesellschaft schließen. Nicht nur, dass inhaltlich mehr differenziert wird, so wird zusätzlich noch in der Mehrzahl artikuliert.

Die Beziehungen zwischen Österreich und dem Rest der Welt wird ebenfalls differenzierter dargestellt. So wird aus *Österreich und die Welt* (1972) – zwei Begriffe, in der Einzahl formuliert – *Heimat in Europa und der Welt* (1995). Nun sind es drei Begriffe, die sich gegenseitig beeinflussen und in hierarchischen Beziehungen zueinander stehen. So begünstigt die neue Bezeichnung mehr Interpretationsmöglichkeiten und wird weiter untergliedert in *Österreich in Europa, Internationale Sicherheit* und *Österreich in der Welt*. Österreich wird in Beziehung zu Europa und der Welt gesetzt – und nicht nur das – das IN bedeutet, dass Österreich ein kleinerer Teil der beiden ist. Es hat zwei Außen dazubekommen und bei so viel Fremden wirft sich die Frage der Sicherheit förmlich auf. Je mehr fremdes Außen, desto wichtiger das sichere Innen. Möglicherweise sind aus diesen Gründen die (Signal)Wörter ‚Sicherheit‘ und ‚Heimat‘ hinzugekommen, oder vielleicht auch deswegen, weil die ÖVP – nach dem parlamentarischen Wettbewerbsprinzip – die Wähler von SPÖ und FPÖ ansprechen will.

Sicherheit, ein Wort das 1972 noch nicht im Inhaltsverzeichnis der ÖVP zu finden war, ist seit 1995 ein Grundsatz der ÖVP. Es ist zu lesen: „Leben in Freiheit kann sich nur in einer Rechtsordnung entfalten, auf die der einzelne vertrauen kann [...] Wir bekennen uns zum Ausbau der Rechtssicherheit und wehren uns dagegen, rechtliche Rahmenbedingungen ständig zu ändern.“ (ÖCP 1995S: 7f) Der letzte Teil des Satzes lässt Fragen offen, denn in einer sich ständig ändernden Welt ändern sich auch Rahmenbedingungen, und wieso

wollen sie diesen Veränderungen nicht Rechnung tragen? An einer anderen Stelle wird nämlich angeführt: „Der Rechtsaat ist durch schwer verständliche und unübersichtliche Gesetze gefährdet. [...] Die ständige Überprüfung der Sinnhaftigkeit von Rechtsvorschriften soll der drohenden Verrechtlichung aller Lebensbereiche entgegenwirken.“ (ebd.: 10) Demnach wollen sie Rechtsvorschriften kontrollieren. Die Frage die sich hier unweigerlich stellt ist: Wieso wehrt sich die ÖVP dann gegen Änderungen der Rechtsordnung? Sprachlich gesehen liegt der Unterschied – wie des Öfteren – im Detail: Ideologisch kann geschlussfolgert werden, dass die ÖVP die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Rechtsordnung für eine marktgerechte Wirtschaft und ein Leben in Freiheit herbeiführen will, und daher die Sinnhaftigkeit von gesetzlichen Rechtsvorschriften, im Sinne von marktverträglich, kontrollieren und gegebenenfalls ändern will. Mit Rechtsvorschriften sind wahrscheinlich die Staatsgesetze gemeint, mit Rechtsordnung wird demnach die Marktordnung verstanden.

Die ÖVP will den Ausbau der Rechtssicherheit und bezieht zu den Themen Sicherheit und Verbrechensbekämpfung klar Stellung: „Gewaltanwendung und Kriminalität sind mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent und wirkungsvoll zu bekämpfen. Exekutive und Justiz müssen die für die Erfüllung dieser Aufgaben erforderlichen Instrumente zur Verfügung gestellt bekommen.“ (ebd.: 12) Hier wird signalisiert, dass zukünftig Gelder in Kontrollmechanismen fließen werden, sofern diese Maßnahmen für die Herstellung und Beibehaltung der Sicherheit argumentierbar sind. Aus heutiger Sicht haben die Überwachungen, auch mit Hilfe der neuen technischen Instrumente, zugenommen.

Einem anderen Vorhaben – das kann 20 Jahre später konstatiert werden – hat die ÖVP scheinbar nicht so viel Aufmerksamkeit geschenkt, denn 1995 ist zu lesen: „Wir treten dafür ein, daß Rechtsbrüche rasch und konsequent geahndet werden. Jahrelange Justizverfahren untergraben das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat.“ (ebd.: 12) Aktuellen Medienberichten zufolge sind gerade bei politischen und wirtschaftlichen Rechtsbrüchen (bspw. BAWAG, Telekom, BUWOG) monate-, wenn nicht jahrelange Justizverfahren üblich und die Bürger haben, glaubt man aktuellen Umfragen, das Vertrauen in die Justiz bereits verloren (vgl. News 2012).

Doch zurück zur Marktwirtschaft der ÖVP. Für die ÖVP beruht die Ökosoziale Marktwirtschaft „auf den Grundsätzen Freiheit, Leistung, Verantwortung und Solidarität [...] und wird bestimmt durch [...] die freie Entscheidung der Unternehmer und

Interessensverbände.“ (ebd.: 12) Dieser Aussage folgend liegt beispielsweise die Freiheit der Arbeitsformgestaltung beim Arbeitgeber. Umso interessanter liest sich die Forderung auf der nächsten Seite des Grundsatzprogramms: „Flexible Arbeitsformen, bei deren Festlegung die Arbeitnehmer nichts mitzureden haben, lehnen wir ab.“ (ebd.: 13) Wenn etwas abgelehnt wird, dann kann davon ausgegangen werden, dass dies vorhanden ist, daraus kann geschlossen werden, dass die Arbeitnehmer kein Mitspracherecht bei der Arbeitsform haben. Dies liegt – beruft man sich auf die grundsätzlichen Bestimmungen der freien Marktwirtschaft im Sinne der „freien Entscheidung der Unternehmer“ auch nicht im Interesse der Arbeitgeber und somit nicht im Interesse der ÖVP.

„Arbeit ist ein wesentliches Element der Menschenwürde und der Persönlichkeitsentfaltung. [...] Die Arbeit aller arbeitsfähigen Menschen schafft die Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und des Sozialstaates.“ (ebd.: 13) Demnach hängt das Funktionieren des Sozialstaates von der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft ab. Wenn viele arbeiten, dann kann der Staat seinen sozialen Verpflichtungen nachkommen. Wer nicht arbeitet, trägt nicht zum Funktionieren bei, deshalb strebt die ÖVP „mit allem Nachdruck Vollbeschäftigung [...] und [...] flexible Arbeitsformen an“. Diese Maßnahmen können – so die ÖVP – den Arbeitsmarkt entlasten und die Arbeitslosigkeit verringern (vgl. ebd.). Auf alle Fälle entlasten flexible Arbeitsformen die Arbeitgeber, wenn diese ihre Arbeitnehmer flexibel, ganz nach Bedarf einsetzen können. „Wesentlicher Bestandteil eines funktionierenden Arbeitsmarktes ist eine leistungsfähige Arbeitsvermittlung. Sie soll vom Staat bereitgestellt werden, aber nicht nur staatlichen Organisationen vorbehalten bleiben.“ (ebd.: 14) Das kann dahingehend verstanden werden, dass Arbeitsvermittlung grundsätzlich vom Staat organisiert werden soll, solange die Leistungsfähigkeit – Fähigkeit zur Leistung – gegeben ist. Doch kann die Vermittlung – sofern profitabel – auch von privaten Organisationen übernommen werden.

„Für Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt trägt der Staat eine besondere Verantwortung.“ (ebd.: 14) Interessant ist der Umstand, dass obwohl der Staat selbst nicht als Unternehmer tätig sein soll (vgl. S. 12), trotzdem die Verantwortung für die nicht arbeitenden Menschen übernehmen soll, vor allem die ‚Problemgruppen‘ bleiben dem Staat vorbehalten. Der Staat als Zubringer von Arbeitskräften hat demnach den Markt zu unterstützen.

So wie der Markt richtet sich – geht es nach der ÖVP – auch die moderne Sozialpolitik

nach den Grundsätzen Freiheit, Verantwortung, Leistungsbereitschaft und Solidarität (vgl. ebd.: 19). „Die Neuordnung der Aufgabenteilung zwischen staatlicher und privater Sozialverantwortung gehört zu den großen Herausforderungen einer Sozialpolitik, die vor der drohenden Unfinanzierbarkeit immer teurer werdender Leistung steht. Nur das, was erarbeitet und erwirtschaftet wird, kann auch verteilt werden“ (ebd.). Demnach liegt die Verantwortung, ob genug Geld für die sozialen Leistungen vorhanden ist, beim Staat, denn er hat – mittels Arbeitsvermittlung – dafür Sorge zu tragen, dass alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft ihren Beitrag verantwortungsvoll leisten. Zusätzlich soll der Staat von Sozialverantwortungen entlastet werden und daher spricht sich die ÖVP für eine selbständige private Vorsorge aus (vgl. ebd.: 19). Für die ÖVP macht es durchaus Sinn, dass sich Einzelne selbständig und eigenverantwortlich für die Zukunft privat absichern, damit die Staatsausgaben entlastet werden, denn wenn kein Geld in der Staatskasse ist, kann auch nichts ausgegeben werden.

Geht es nach der ÖVP, können Medien für eine starke Demokratie eingesetzt werden und sie formuliert dies folgendermaßen: „Unabhängige Medien sind unverzichtbare Bestandteile der Kultur einer freien demokratischen Gesellschaft. Indem sie politische Themen zur Debatte stellen, kommentieren und kritisieren, sind sie selbst ein politischer Faktor. Als solcher müssen sie anerkennen, daß die Öffentlichkeit von ihren Mitarbeitern fachliche Qualifikation und Selbstkontrolle verlangt.“ (ebd.: 11) Bemerkenswert ist hier, dass nicht die Medieninhaber, bzw. -betreiber für die veröffentlichten Inhalte verantwortlich gemacht werden, sondern deren Mitarbeiter in die Pflicht der Selbstkontrolle genommen werden. Es hat den Anschein, als fände hier eine Verlagerung der Verantwortung statt, vom Unternehmer auf die Mitarbeiter, als hätten nur die Mitarbeiter einen Einfluss auf die medial verbreiteten Informationen und seien die Unternehmer nicht in demselben Maße verantwortlich. Es ist das Individuum, das eigen- und selbstverantwortlich zu handeln hat.

Die ÖVP sieht das Ziel einer verantwortungsbewussten Medienpolitik sowohl in ihrer Vielfalt als auch in ihrer Qualität. Sie will eine vielgestaltige Medienlandschaft mit unabhängigen Medien sichern und zugleich eine „ungezügelter Konzentration von Medien durch kartellrechtliche Maßnahmen“ verhindern (vgl. ebd.: 11). Radio und Fernsehen sollen sowohl vom öffentlich-rechtlichen als auch von privaten Sendeanstalten möglich sein. Wobei der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt eine besondere Verantwortung

zukommt, sie hat „als elektronisches Schaufenster Österreichs einen qualitätsorientierten Auftrag in der Informations- und Kulturvermittlung zu erfüllen“ (ebd.).

Das Thema Privatsphäre wird im Grundsatzprogramm von 1995 zweimal aufgegriffen. Zum einen will die ÖVP die Privatsphäre des Einzelnen in medialen Berichterstattungen schützen (vgl. ebd.: 11), zum anderen sieht sie die Privatsphäre durch die in verschiedenen Lebensbereichen, vernetzten Datenbanken gefährdet und will den ‚gläsernen Menschen‘ verhindern (vgl. ebd.: 25). Die ÖVP sieht es als Auftrag der Politik, mit rechtlichen Mitteln dort einzugreifen, wo die Eigenverantwortung zum Schutz des einzelnen nicht ausreicht“ (ebd.). Demnach wird der Schutz der Privatsphäre seit 1972, also bereits 23 Jahre vor dem Programm aus 1995 – gefordert. Heute, im Jahre 2012 und mithin weitere 27 Jahre später – kann festgestellt werden, dass zu diesem Thema noch immer keine Lösungen gefunden worden sind, ganz im Gegenteil, denn der Schutz der Privatsphäre ist ein größeres und brisanteres Thema denn je.

Es ist zu lesen, dass die ÖVP in Bildung investieren will, denn: „Die beste Investition, die ein Staat in den Wohlstand und in die Lebensqualität der Gesellschaft tätigen kann, ist die Förderung seines Bildungs- und Forschungssystems.“ (ebd.: 25) Bildung habe einen zukunftsweisenden Stellenwert. „‘Bildung‘ steht auf jedem Wegweiser in die Zukunft (ebd.: 22). Sofern das „uneingeschränkte Bürgerrecht auf Bildung“ (ebd.) gesichert ist, kann Bildung „als öffentliche Aufgabe durch staatliche und private Einrichtungen erfüllt werden“ (ebd.). Aus dieser Passage erhellt sich, dass Bildung auch in Zukunft Thema der ÖVP bleiben wird, denn sie wird als Wegweiser bezeichnet. Demnach haben sich alle in Richtung ‚Bildung‘ zu bewegen. Ebenso ist die Ideologie der Privatisierung von staatlichen Aufgaben, sofern private Bildungseinrichtungen die Bildungsaufgaben erfüllen, erkennbar.

Damit Lernen zur lebensbegleitenden Aufgabe werden kann, muss nach der ÖVP eine alters- und zeitgemäße Verbindung der Bildungseinrichtungen geschaffen werden, „daß berufliche Tüchtigkeit und Weiterbildungsbereitschaft entstehen“ (ebd.: 22). Wie in der Marktwirtschaft, sollen auch am Bildungsmarkt Anreize zur Weiterbildung geschaffen werden und selbstverständlich gilt das Leistungsprinzip auch für den Bildungsprozess (vgl. ebd.). Tüchtig ist, wer lebenslang der Aufgabe Lernen nachkommt und dem Markt dient.

Ebenso wie am Wirtschaftsmarkt haben auch die verschiedenen Bildungsträger in den Wettbewerb zu treten. Damit die Kontrolle bewahrt werden kann und die Leistungen transparent gemacht werden können, stellt sich die ÖVP „ein System von verbindlichen

und kontrollierbaren Qualitätsstandards“ vor (ebd.). Geht es nach der ÖVP, können mittels kontrollierbarer Qualitätsstandards nicht nur die einzelnen Schulen besser kontrolliert werden, sondern auch Lehrpläne können mittels Kern- und Erweiterungszielen umgestaltet werden (vgl. ebd.: 23). Sie führt an, dass die neu geforderten Orientierungsstandards der „Qualität der Abschlüsse und damit der Zugangsberechtigungen“ (ebd.) dienlich sind. Die 1995 von der ÖVP geforderten Kontrollierbarkeiten und Vergleichbarkeiten, sowohl der einzelnen Schulen als auch der einzelnen Schülerinnen und Schüler, sind mittlerweile fixe Bestandteile unserer heutigen Schul- bzw. Bildungssysteme geworden. Durch kontrollierbare Standards können Zugangsberechtigungen gesteuert und als Chancengerechtigkeit argumentiert werden, denn: „Größtmögliche Chancengerechtigkeit wird durch leistungsbezogenen offenen Zugang zu den Bildungseinrichtungen gewährleistet.“ (ebd.) Was kann unter einem leistungsbezogenen, offenen Zugang verstanden werden? Demnach wird der Zugang nach der Leistung geregelt und ist nur bedingt offen. Nur wer die geforderte Leistung erbringt, hat auch das Recht auf Chancen. Ein Zug des Programms, der mit dem Begriff „Chancengerechtigkeit“ umschrieben wird.

1995 bezieht die ÖVP auch Stellung zum Thema Einsatz von Computertechnologie im Bildungssystem: „Bildungschancen werden durch den Einsatz der Telekommunikation erhöht werden können.“ (ebd.: 23) Und folgert weiter: „Damit Schule Lernort für die Zukunft bleibt, braucht sie nicht nur Bibliotheken und Infotheken, sondern muß sie den Bildungsprozeß mit den neuen Kommunikationsmedien gestalten und zugleich auf ihre Bewältigung vorbereiten.“ (ebd.: 24) Aus dieser Passage kann deutlich herausgelesen werden, dass sich die ÖVP zukünftig für die Einführung von neuen Medien in Schulen einsetzen wird. Argumentativ wird auf die Zukunft – auf morgen – verwiesen, dies ist insofern interessant, weil das Morgen noch nicht bekannt ist und daher auch heute noch nicht gewusst werden kann, was morgen gebraucht werden könnte. Neue Medien und deren neue Kommunikationsmöglichkeiten tragen Hoffnung in sich, die Hoffnung, dass Bildungschancen zukünftig verbessert werden können. Und was in der Schule gelehrt wird, nutzt auch der Wirtschaft.

„Mit der zunehmenden Technologie- und Dienstleistungsorientierung unserer Wirtschaft wird der Transport von Nachrichten immer wichtiger. Die weltweite ökonomische Entwicklung zeigt, daß Wissen und Information als Produktionsfaktor und damit zusammenhängend die Telekommunikation als Vermittlungsinstrument an Bedeutung

gewinnen werden. Wir treten dafür ein, daß Österreich den Anschluß an die europäische Entwicklung der Telekommunikation hinsichtlich Qualität und Quantität wahrnimmt. Die weltweite Vernetzung von Informations- und Wissensströmen und deren nahezu unbeschränkte Verfügbarkeit schaffen einen breiten Zugang zu einem Bildungs- und Kulturangebot und damit zu verbesserten Lebenschancen für weite Kreise der Bevölkerung.“ (ebd.: 25) Die ÖVP will eine qualitative und quantitative Entwicklung und Erweiterung der Telekommunikation. Darin sieht sie zum einen die Chance auf verbesserte Lebenschancen und zum anderen die Notwendigkeit, auf ökonomische Entwicklungen zu reagieren, denn Wissen ist – nach ihren Angaben – zu einem Produktionsfaktor geworden. Das Interesse liegt in der Steigerung der Wirtschaft, die Argumentation richtet sich auf die Verbesserung der Lebenschancen. Und um die Chancen der Einzelnen zu verbessern und die Ausbildung einer neuen Zwei-Klassen-Gesellschaft zu verhindern, will die ÖVP politische Rahmenbedingungen schaffen und den Zugang zu diesen Informationskanälen gewährleisten (vgl. ebd.).

Anhand der sprachlichen Veränderungen zwischen den beiden Grundsatzprogrammen der ÖVP lässt sich die Materialität des Ideologischen deutlich erkennen. Wollte sie 1972 die „Herstellung zahlreicher Wahlmöglichkeiten in allen Lebensbereichen“ (ÖVP 1972: 7) schaffen, so ist ihr dies, zumindest sprachlich – im Grundsatzprogramm von 1995 – deutlich gelungen.

Aus dem 1995 erstellten Grundsatzprogramm der ÖVP kann folglich zusammengefasst werden, dass die Interessen der ÖVP primär an einer funktionstüchtigen Wirtschaft gelegen sind. Der Staat und somit die Bürger, deren Bedürfnisse sekundär wahrgenommen werden, haben sich nicht nur dem Markt unterzuordnen, sie haben auch noch die Verantwortung zu übernehmen, dass der Markt funktionstüchtig bleibt. Auffällig ist hier die Verlagerung der Verantwortung. Die Wirtschaft braucht Arbeitskräfte und der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass diese bereitgestellt werden, ebenso hängen die Sozialleistungen von einer funktionstüchtigen Wirtschaft ab. Frei nach dem Motto, mit dem die Wirtschaftskammer 2012 wieder wirbt: „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns allen gut!“

Die Förderung der Leistungsbereitschaft und des Wettbewerbsgedankens beschränkt sich nicht nur auf den Markt, sondern kann als ‚grundlegendes Ordnungsprinzip‘ der Gesellschaft verstanden werden, sie ist sowohl in der Politik als auch im Bildungssystem aufzufinden. Eigenverantwortlich haben sich die Einzelnen sowohl sozial abzusichern als

auch das Lernen als lebensbegleitende Aufgabe anzusehen und somit selbständig ihre Zukunft (ab)zusichern.

Sicherheit wird zum Schutze des Rechtsstaats als auch im Umgang mit Medien gefordert und gefördert. Interessant ist allerdings die Argumentation, dass selbige nur durch Kontrolle hergestellt werden könne. So soll beispielsweise Chancengerechtigkeit in der Bildung durch Vergleichbarkeit und Qualitätsstandards von Schulen erhöht werden. Welcher Nutzen auch immer vorangestellt werden möge, Ziel scheint die Kontrolle zu sein.

Da Wissen von der ÖVP als Produktionsfaktor angesehen wird, ist es nicht weiter verwunderlich, dass sie zukünftig verschiedene Maßnahmen setzen will, um die europaweit stattfindende Entwicklung der Computertechnologie qualitativ und quantitativ zu forcieren.

#### 4.6. Grundsatzprogramm – SPÖ 1998

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) beschloss im Oktober 1998 ihr neues Grundsatzprogramm und schreibt einleitend: „Die SPÖ besitzt nun das modernste Programm aller Parteien Österreichs“ (SPÖ 1998: 1). Sie sieht sich nach wie vor dem Ideal einer humanen demokratischen und gerechten Gesellschaft verpflichtet (vgl. ebd.) und hält unveränderlich an ihren Grundwerten *Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit* und *Solidarität* von 1978 fest.

Die SPÖ steht für gesellschaftlichen Fortschritt und muss – nach eigenen Angaben – „neue Antworten auf die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft und des Kapitals, die wachsende Abhängigkeit aller Märkte und Gesellschaften voneinander, den sich verschärfenden Wettbewerb und die beschleunigte technologische Entwicklung finden“ (ebd.: 2). Ihr „zentrales Ziel ist freilich das Sichern und Schaffen von bezahlter Erwerbstätigkeit, die den Lebensunterhalt sichert und die Chance für ein sinnerfülltes Leben vergrößert“ (ebd.).

Sie konstatiert in ihrem Grundsatzprogramm, dass die Arbeitslosigkeit in Europa gestiegen sei und „ein rücksichtsloser Neoliberalismus und ein unsozialer Neokonservatismus versuchen, aus diesen Entwicklungen dauerhafte Vorteile zugunsten der Kapitalinteressen und zu Lasten der arbeitenden Menschen zu ziehen“ (ebd.: 3). Im sozialdemokratischen Wirtschaftskonzept steht der Mensch im Mittelpunkt (vgl. ebd.: 7). Daher muss – geht es nach der SPÖ – „dem Markt ein Rahmen gegeben und dort korrigierend eingegriffen werden, wo sich die Kräfte des Marktes gegen Menschen und Umwelt richten“ (ebd.).

Die SPÖ will „Arbeit für alle“, da Arbeit soziale Anerkennung vermittelt, materielle Unabhängigkeit sichert und dementsprechend Lebenschancen bestimmt, demnach bleibt für sie Vollbeschäftigung das oberste Ziel (vgl. ebd.: 9). Diese beruht sowohl auf einer leistungsfähigen Volkswirtschaft als auch auf der internationalen Wettbewerbsstärke Österreichs (vgl. ebd.: 10). Auch wenn die SPÖ den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als ihre wichtigste Aufgabe sieht (vgl. ebd.: 9), so bezieht sie eine Stellung, die im Gegensatz zur ÖVP steht, wenn sie schreibt: „Politik kann und soll nicht den Einsatz und die Initiative der in der Wirtschaft Tätigen ersetzen“ (S. 10), denn für die SPÖ leisten funktionierende Märkte einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstands (vgl. ebd.). Trotzdem treten sie für aktive Arbeitsmarktpolitik ein, denn „Arbeitslose dürfen nicht einfach sich selbst

und den mit der Arbeitslosigkeit verbundenen psychischen und wirtschaftlichen Problemen überlassen werden“ (ebd.: 11). Auch hier lässt sich die soziale Ausrichtung klar erkennen.

Die Ziele der SPÖ liegen nicht nur in der Vollbeschäftigung, sondern auch in der sozialen Absicherung der Bürgerinnen und Bürger. „Wir sind überzeugt, daß ein leistungsstarker und finanziell gesunder Staat im Interesse aller Menschen gelegen ist. [...] Reformen, die diese Funktion des Staates langfristig absichern, werden von uns deshalb aktiv gestaltet. Wir verstehen ein starkes soziales Netz nicht als gnädigen Akt gegenüber den Schwächeren.“ (ebd.: 16) So bekennt sich die SPÖ nach wie vor zum Wohlfahrtsstaat, jedoch weist sie in ihrem neuen Grundsatzprogramm auf Einschränkungen hin. „Wir wollen aber ständig überprüfen, ob die einzelnen Elemente des Wohlfahrtsstaates auch optimal leisten, was sie leisten sollen. Es muß darauf geachtet werden, daß tatsächlich denen geholfen wird, die in Notlage geraten sind.“ (ebd.) Daraus kann zweierlei geschlossen werden: zum einen, dass die benötigte Hilfe nicht an die richtige Stelle gelangt, und zum anderen, dass das System von Einigen ausgenutzt wird, die es nicht unbedingt nötig hätten, vom Staat unterstützt zu werden. Und so ist weiter zu lesen: „Zur Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger gehört auch die Bereitschaft, im Rahmen gegebener Möglichkeiten selbst vorzusorgen, der verantwortungsvolle Gebrauch von Leistungen der Gemeinschaft sowie die Pflicht, sich persönlich und finanziellen Beiträgen für die Gemeinschaft nicht zu entziehen.“ (ebd.) Neu im Grundsatzprogramm von 1995 sind zum einen der Appell der Selbstvorsorge und zum anderen die Erwähnung der Pflicht, sich persönlich und finanziell an der Gemeinschaft zu beteiligen. Hier haben sich die Forderungen in den letzten 20 Jahren verändert, um nicht zu sagen verschärft. Betonten die Sozialisten im Jahre 1978 die Freiwilligkeit und Solidarität der Bürgerinnen und Bürger, so weisen sie nun auf die Pflicht hin, sich an der Gemeinschaft zu beteiligen.

Geht es nach der SPÖ, müssen Maßnahmen für eine funktionierende Koordination der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene getroffen werden (vgl. ebd.: 12). Auch wenn die Globalisierung der Wirtschaft für die SPÖ Chancen für die betroffenen Menschen mit sich bringen kann, so werden im Grundsatzprogramm Risiken aufgezeigt, und die SPÖ wendet sich beispielsweise gegen eine „sich selbst überlassene Internationalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen“ (ebd.: 13), weil dadurch der Druck auf die Arbeitnehmerinnen steigt, „dem Arbeitsmarkt billig und flexibel zur Verfügung zu stehen“ (ebd.). Die Lösung dieses Problems formuliert

sie folgendermaßen: „Nur wenn Österreich in die internationale Dynamik der Wissenschaft und Forschung eingebunden ist, können die wirtschaftliche und geistige Dynamik unseres Landes aufrechterhalten werden.“ (ebd.: 13) Mit der ‚geistigen Dynamik‘ will sie – so hat es den Anschein – die sozialistische Haltung, die scheinbar in Österreich weit verbreitet ist, zum Ausdruck bringen.

In der Einigung Europas sieht die SPÖ ein entscheidendes Friedensprojekt (vgl. ebd.: 39) und folgert: „Wir werden nur dann breite Zustimmung in der Bevölkerung für das neue Europa finden, wenn es nicht nur um die Herstellung eines gemeinsamen Marktes geht, sondern in Ergänzung zum Projekt der Friedenssicherung, um ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, um ein Europa der Arbeit und der sozialen Sicherheit.“ (ebd.) Es ist herauszulesen, dass die SPÖ den Beitrag zur Europäischen Union forcieren will, auch wenn sie betont, dass es ihr nicht um Marktinteressen geht, sondern dass Frieden und Sicherheit entscheidende Kriterien dafür sind, so will sie die Bevölkerung für einen Beitritt zur Europäischen Union bewegen.

Gemeinsamkeiten mit der ÖVP lassen sich auch in Bezug auf Investitionen bei der Exekutive finden. Wie die ÖVP tritt auch die SPÖ für eine bessere Ausstattung sowie bessere Aus- und Weiterbildung der Exekutive ein. Sie sieht in einer verstärkten internationalen Kooperation die besten Voraussetzungen in der direkten Verbrechungskämpfung (vgl. ebd.: 31). Ebenso tritt die SPÖ für die Entwicklung gemeinsamer europäischer Bildungskonzeptionen ein (vgl. ebd.: 33).

Für die SPÖ ist Bildung der Schlüssel für ein selbstbestimmtes, selbstgestaltetes Leben (vgl. ebd.: 32) sowie ein soziales Grundrecht aller Menschen (vgl. ebd.: 33). „Wir arbeiten daher auch weiterhin an der Herstellung von Chancengleichheit.“ (ebd.) Es hat den Anschein, als wäre Chancengleichheit ein Wunsch der SPÖ, der heute ebenso gefordert wird wie anno dazumal. Hier ist die Ideologie zu finden, dass durch Bildung so etwas wie Chancengleichheit hergestellt werden könne.

Im Grundsatzprogramm der SPÖ von 1998 werden auch neue Technologien thematisiert. So ist zu lesen, dass neue Informations- und Kommunikationstechnologien die gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen verändern. Sie ermöglichen – und das ist ein interessanter Faktor für die SPÖ – ein Feld neuer und zusätzlicher Beschäftigungen. Aus diesem Grunde setzt sich die SPÖ für eine rasche Entwicklung ein (vgl. ebd.: 14). Sie fordert: „Gemeinsam mit Industrie und Wissenschaft müssen flächendeckende, einfach

zugängliche Kommunikationsnetze rasch entwickelt werden.“ (ebd.: 15) Denn nach der Ideologie der SPÖ ist die Einführung neuer Technologien am Arbeitsmarkt zu forcieren, wenn dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ihr Hauptinteresse liegt dabei in der Vollbeschäftigung.

Und nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch im Bildungssystem wird den neuen Kommunikationstechnologien Bedeutung zugemessen, denn es ist zu lesen: „Wir schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen rechtlicher Art und sichern die notwendigen Investitionen, um bereits möglichst früh eine kritische Auseinandersetzung mit und die Beherrschung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu vermitteln, weil die Chancen der Informationsrevolution im Interesse aller genutzt werden müssen. Wir treten für intensiven Austausch und verstärkte Zusammenarbeit zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Bildungssystem ein, um neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Anforderungen frühzeitig im Bildungsangebot aufzugreifen zu können und damit Ausbildung anzubieten, die gebraucht wird.“ (ebd.: 34) Aus dieser Passage geht klar hervor, dass sich die SPÖ für den Einsatz von Computertechnologien in den Schulen einsetzen wird und die nötigen Investitionen sichern will. Einerseits will sie brauchbare Ausbildungen anbieten, um den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden, andererseits beinhaltet die Fähigkeit mit Kommunikationstechnologien umzugehen auch Chancen. Nach Auffassung der SPÖ können mit der Beherrschung neuer Technologien Informationen kritisch hinterfragt werden und darüber hinaus im Interesse aller verbreitet werden.

„Im Bereich der elektronischen Medien wird es aufgrund der neuen Technologie zu besonders großen Veränderungen kommen, neben traditionellen elektronischen Medien wie Radio und Fernsehen werden vor allem die neuen Informationstechnologien zu einem neuen Medienangebot, aber auch zu einer veränderten Mediennutzung führen. In diesem Bereich (Rundfunk, TV, Neue Medien) treten wir für ein Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen, nichtkommerziell privaten und kommerziellen Programmanbietern ein. [...] Interaktive Angebote, die Mediennutzung über den passiven Konsum hinaus ermöglichen, verdienen besondere Unterstützung.“ (ebd.: 38) Da sich die SPÖ für eine breite Medienvielfalt einsetzt, will sie die Medienkompetenz in der Gesellschaft durch entsprechende Bildungsangebote fördern (vgl. ebd.: 39), denn sie vertritt den Standpunkt: „Öffentlichkeit ist Grundbedingung für eine funktionierende Demokratie.“ (ebd.: 38) In

diesem Absatz lässt sich wieder das Ideal einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft erkennen, dem sich die SPÖ verpflichtet fühlt.

Eine weitere Forderung der SPÖ – und diese lässt sich auch im Grundsatzprogramm der ÖVP finden – bezieht sich auf die Ausbildung der Lehrkräfte. Aufgrund der oben genannten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Änderungen und technologischen Neuerungen sieht die SPÖ einen Bedarf, die Lehrenden für die neuen Aufgaben zu rüsten. Daher will sie, um den Unterricht an (Hoch)Schulen besser gestalten zu können, in eine verbesserte Lehrkräfteausbildung investieren (vgl. ebd.: 35). Und um die Chancen der Absolventinnen und Absolventen sicherzustellen will sie „einen ständigen Prozess der Qualitätskontrolle organisieren“ (ebd.). Das Irritierende an dieser Passage ist, dass die SPÖ einerseits für eine zeitgerechte Ausbildung plädiert und in selbige investieren will, um dem Ideal einer demokratischen Gesellschaft zu entsprechen. Andererseits lässt sich ein Wort wie ‚Qualitätskontrolle‘ eher dem Bereich der Produktion als dem der Bildung zuordnen. Kann hier ein Bezug zum heutigen Begriff der ‚Humanressource‘ verstanden werden, bei dem der Mensch als Produkt seines Wissens angesehen werden kann? Wie auch immer, auf alle Fälle kann gefolgert werden, dass auch die SPÖ die neuen Computertechnologien für Kontrollzwecke heranziehen will.

Aus dem 1998 erstellten Grundsatzprogramm der SPÖ kann folglich zusammengefasst werden, dass die Interessen der SPÖ primär in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft liegen. In ihrem sozialdemokratischen Wirtschaftskonzept steht der Mensch im Mittelpunkt, der Markt habe lediglich die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die in der Gesellschaft lebenden Menschen beispielsweise Vollbeschäftigung und somit soziale Anerkennung und sichere Lebenschancen erlangen.

Sie spricht sich für ein geeintes Europa aus, da sie sich neben der Friedenssicherung auch Arbeit und somit soziale Sicherheit erhofft. Auch will sie demokratische Spielregeln in den Weltmärkten etablieren, um vor wirtschaftlichen Machtmissbräuchen Schutz zu bieten.

Die SPÖ, die sich für die neuen Computer- und Kommunikationstechnologien – sowohl in der Arbeitswelt als auch im Bildungsbereich – einsetzt, will dadurch eine Verbesserung der Lebensumstände herbeiführen. Ihrer Ideologie zufolge können durch die Nutzung der neuen Technologien Arbeitsplätze geschaffen werden und des Weiteren können diese auch genutzt werden, um eine demokratische Gesellschaft zu gewährleisten.

## **Zusammenfassung des politischen Teilfeldes**

Aus den letzten Grundsatzprogrammen der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP kann – wie oben ausgeführt – zusammengefasst werden, dass, obwohl beide Parteien ähnliche Forderungen in ihren Programmen haben, unterschiedliche Ideologien vorliegen.

Beide Parteien stehen für Fortschritt. Während die ÖVP den wirtschaftlichen Fortschritt forciert, ist der SPÖ der gesellschaftliche Fortschritt wichtiger.

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) steht der Wirtschaft nahe und stellt primär die wirtschaftlichen Interessen wie Leistungsbereitschaft und Wettbewerb in den Vordergrund. Diese grundlegenden Ordnungsprinzipien des Marktes überträgt sie sowohl auf die Politik und die Gesellschaft als auch auf das Bildungssystem, die Menschen scheinen eine sekundäre Rolle zu spielen, sie haben sich den Regeln des Marktes unterzuordnen.

Im Gegensatz dazu stellt die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) den Menschen in den Mittelpunkt, dessen Wohlergehen ihr primäres Anliegen zu sein scheint. Sie will sich für Mitbestimmung und solidarische Gemeinschaft einsetzen und die sekundär gereichte Wirtschaft habe zur Sicherung der Lebenschancen zu dienen. Mit ihrem sozialdemokratischen Wirtschaftskonzept will sie Rahmenbedingungen für das Gemeinwohl schaffen.

Lebenslanges Lernen wird ausdrücklich nur im Parteiprogramm der ÖVP erwähnt, wobei die SPÖ – auch wenn sie nicht direkt darauf hinweist – selbiges impliziert, demnach ist die Forderung nach sinnvoller Freizeitbeschäftigung in beiden Grundsatzprogrammen zu finden. Während die ÖVP Rahmenbedingungen schaffen will, damit der Wille zur beruflichen Tüchtigkeit und der Weiterbildungsbereitschaft entsteht, will sie dem Staatsbürger vermitteln, sich freiwillig den Anforderungen des Marktes unterzuordnen und dem Leistungsprinzip mittels Lernen gerecht zu werden, denn Information und Wissen werden von der ÖVP als Produktionsfaktor angesehen. Der Einzelne hat das Lernen als lebensbegleitende Aufgabe anzusehen, um sich selbständig für die Zukunft abzusichern.

Hingegen will die SPÖ durch die Schaffung neuer Bildungsangebote den Bürgern behilflich sein, ihren gesellschaftlichen Standort zu bestimmen und sie bei der Suche nach neuen Lebensinhalten unterstützen. Aus Ihrer Sicht verändern die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nicht nur gesellschaftliche und kulturelle Beziehungen, sie eröffnen auch ein Feld zusätzlicher Beschäftigungen. Dies ist für die SPÖ ein wichtiger

Faktor, denn sie will bezahlte Erwerbstätigkeit schaffen bzw. sichern und sich, hinsichtlich der sozialen Absicherung, für Vollzeitbeschäftigung einsetzen.

Beide Parteien haben sich zum Thema Medien geäußert. Es hat den Anschein, als würde die ÖVP Massenmedien nutzen, um die Meinung der Bevölkerung in ihrem Sinne bilden zu wollen. Im Gegensatz dazu will die SPÖ die Bevölkerung in Medienkompetenz bilden, damit sich diese selbst ein kritisches Bild über die Medienvielfalt und deren Nutzung machen kann.

Dass der Einsatz von neuen Computer- und Kommunikationstechnologien in (Hoch)Schulen forciert wird, darüber herrscht Einigkeit in beiden Parteien, jedoch sind auch hier die unterschiedlichen Ideologien offensichtlich. Für die ÖVP werden Bildungschancen durch den Einsatz von Computertechnologie erhöht. Sie sehen die Schule als Lernort der Zukunft. Da sich Bildung für sie als ein Wegweiser in die Zukunft darstellt, kann diese sowohl von öffentlichen als auch von privaten Anbietern bereitgestellt werden. Nach ihrer Ideologie haben die Bildungsträger in den Wettbewerb zu treten und sich mittels Qualitätsstandards einer Kontrolle zu unterziehen.

Die SPÖ fordert den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in Schulen, um eine zeitgerechte Ausbildung zu gewährleisten. Für sie ist Bildung der Schlüssel für ein selbstbestimmtes und selbstgestaltetes Leben, sowie ein soziales Grundrecht. Für sie kann Bildung zur Herstellung von Chancengleichheit genutzt werden. Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen fordert sie eine Verbesserung der LehrerInnenbildung und will diese einer Qualitätskontrolle unterziehen.

Die regierenden Parteien Österreichs, die SPÖ und die ÖVP – die sich von 1987 bis 2000 zu einer großen Koalition zusammengeschlossen haben – kündigten beide in ihren Grundsatzprogrammen an, dass sie Maßnahmen setzen wollen, um die neuen Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologien in Schulen zu forcieren. Einige dieser Maßnahmen werden im folgenden Kapitel vorgestellt.

## 5. Maßnahmen der Unterrichtsministerien

Wie aus den Grundsatzprogrammen herauszulesen ist, haben sich die Regierungsparteien für den Einsatz von Maßnahmen zur Förderung der Computertechnologie an den Schulen ausgesprochen. Das Unterrichtsministerium hat in den vergangenen Jahren unterschiedliche Projekte zu den Themen Information – Technologie – Kommunikation (IKT) und eLearning durchgeführt. Dieses Kapitel widmet sich den auf der Webseite des bm:ukk vorgestellten eLearning-Projekten und deren Begründungen.

Da bei der Recherche unterschiedlichen Bezeichnungen des Unterrichtsministeriums aufgefunden wurden, soll – bevor auf die verschiedene Maßnahmen und Projekte des Unterrichtsministeriums eingegangen wird – der Blick auf die politischen Führungen des Ministeriums gerichtet werden. Das bm:ukk veröffentlicht auf seiner Internetseite eine Auflistung sämtlicher Unterrichts- und Wissenschaftsministerien mit deren genauen Bezeichnungen sowie deren Ministerinnen und Ministern seit dem Jahre 1945 (vgl. bm:ukk – Ministerium 2011). Die Daten der folgenden Ausführung sind aus dieser Veröffentlichung entnommen.

Grundsätzlich wird das Amt des Unterrichtsministers bzw. der Unterrichtsministerin durch den Bundeskanzler – meist an die eigene Partei – vergeben. Demnach wurde das Unterrichtsministerium in den Jahren 1945 bis 1970 von der ÖVP unter der Bezeichnung *Bundesministerium für Unterricht* geführt. Nachdem die SPÖ 1970 die Wahlen gewonnen hatte und mit Dr. Bruno Kreisky den Kanzler stellte, wurde das Unterrichtsministerium unter dem neuen Namen *Bundesministerium für Unterricht und Kunst* von der SPÖ geführt. Eine weitere Erneuerung der SPÖ war ein eigenes Ministerium für Wissenschaft, das 1970 erstmals unter dem Namen *Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung* bekleidet und ebenfalls aus den Reihen der SPÖ besetzt wurde.

Die Gründung eines eigenen Wissenschaftsministeriums in den 70er-Jahren spiegelt deutlich den damals immer höher werdenden Stellenwert von Wissenschaft und Forschung wider. Wenn sich eine Gesellschaft von der Informations- zur Wissensgesellschaft transformiert, dann stellt die Gründung eines eigenen Wissenschaftsministeriums ein Symbol für diesen Veränderungsprozess dar.

Von 1985 bis 1991 – immer noch unter der Führung der SPÖ – wurde die Bezeichnung des

Unterrichtsministeriums auf *Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport* umgeändert. Scheinbar hat sich die Zusammenlegung von Sport, Unterricht und Kunst nicht so gut bewährt, denn 1991 kehrte die SPÖ – für drei Jahre – wieder zu ihrer ursprünglichen Bezeichnung *Bundesministerium für Unterricht und Kunst* zurück.

1994 wurde das Unterrichtsministerium erstmals vom Vizekanzler Dr. Erhard Busek (ÖVP) bekleidet, obwohl der Kanzler von der SPÖ gestellt wurde; dabei wurde es erneut in *Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten* ‚umgetauft‘. Erstmals wird ein Bezug von Unterricht und Kultur hergestellt. Diese Bezeichnung wurde – unter der Führung von Elisabeth Gehrler, ebenfalls von der ÖVP – bis ins Jahr 2000 weitergeführt.

Im Jahr 2000 kam es erneut zu einem Regierungswechsel und der ÖVP gelang es mit Wolfgang Schüssel den Kanzler zu stellen. Das Unterrichtsministerium und das Wissenschaftsministerium wurden zusammengelegt und bis 2007 weiterhin von Elisabeth Gehrler, unter der Bezeichnung *Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur*, geführt. Bemerkenswert ist, dass das Wort Unterricht durch das Wort Bildung ersetzt wurde und im Zuge dessen die Unterrichtsministerin zur Bildungsministerin wurde. Aus dieser sprachlichen Veränderung offenbart sich die Forcierung einer Bildungsgesellschaft, welche von der ÖVP – wie bereits im Grundsatzprogramm von 1972 zum Ausdruck gekommen – erstmals gefordert wurde. In der Zeit von 2000 bis 2007 wurden IT-Projekte in Schulen forciert. Die im Zuge dieser Arbeit vorzustellenden Projekte sind innerhalb dieses Zeitraums gestartet worden.

Nachdem 2007 der Kanzler wieder von der SPÖ gestellt wurde, kam es erneut zu einer Trennung von Unterrichts- und Wissenschaftsministerium. Seit dieser Zeit gibt es wieder ein *Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung* und das Unterrichtsministerium bekam die Bezeichnung *Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur*. Die SPÖ hat das Wort Bildung nicht übernommen, sondern wieder durch das früher verwendete Wort Unterricht ersetzt. Der von der ÖVP 1994 neu hinzugekommene sprachliche Bezug zur Kultur wurde von der SPÖ beibehalten.

Aus diesen Ausführungen wird deutlich, dass ein Ministerium – je nachdem von welcher Partei es geführt wird – im Laufe der Jahre unterschiedliche Bezeichnungen und somit unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche hat. Am Beispiel des Unterrichtsministeriums zeigt sich, dass Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung – mit all den dazugehörigen

technischen Fortschritten – erhebliche Einflüsse auf die politische Landschaft und im Zuge dessen auf die durchgeführten Projekte haben.

Widmen wir uns nun den auf der Webseite des Unterrichtsministeriums vorgestellten eLearning-Projekten. Auf der Website des bm:ukk ist u. a. eine Plattform für IT-Projekte zu finden. Hier werden IT-Projekte aufgelistet, die an Schulen durchgeführt wurden. Lehrkräfte werden aufgefordert, detaillierte Angaben über die durchgeführten Projekte in einer IT-Projekt Datenbank (vgl. IT-Projekt Datenbank des bm:bwk) einzutragen. Diese Eintragungen dienen einerseits der Projektdokumentation und andererseits der Bekanntgabe der daraus gewonnen Erkenntnisse. Geht es nach dem Unterrichtsministerium, sollen mit Hilfe dieser Veröffentlichungen auch Synergien zwischen den einzelnen Projekten ermöglicht werden. Derzeit sind über hundert Projekte in der Datenbank eingetragen und können im Detail nachgelesen werden. Im Rahmen dieses Kapitels werden nicht die einzelnen Projekte aus der Datenbank herangezogen, sondern es werden ausschließlich jene Projekte diskutiert, die auf der Website des Unterrichtsministeriums – als die wichtigsten – vorgestellt werden.

Das Unterrichtsministerium führt „Die wichtigsten eLearning/IKT-Projekte des Allgemeinbildenden Schulwesens“ (vgl. bm:ukk – IT in der Bildung, 2008) an. Die vier angeführten Projekte – *edumoodle*, *eLSA*, *Web 2.0* und *Projekt TEVALO* – werden im Folgenden vorgestellt. Zuerst wird das *Projekt TEVALO* aus dem Jahre 2004 beschrieben, da dieses Projekt ausschließlich der Lehrerevaluierung dient und sich daher von den anderen unterscheidet. Im Anschluss daran, werden die Projekte *eLSA* aus 2002, *edumoodle* aus 2005 sowie das Projekt *Web 2.0* aus 2007 in der Reihenfolge ihrer Durchführung präsentiert.

Im Zuge dessen werden die Interessen, die zur Einführung der jeweiligen Projekte geführt haben, herausgearbeitet. Für diesen Zweck werden die Begründungen der Projektbeschreibung in den Blick genommen und ideologiekritisch analysiert. Des Weiteren ist von Interesse, was in den jeweiligen Abschlussberichten – sofern es solche gibt – als Erfolg angeführt wird und ob Folgeprojekte – und falls ja, welche und mit welcher Begründung – angeregt werden.

### **5.1. Projekt TEVALO (Teacher Evaluation Online)**

Das Projekt *TEVALO*, eine Abkürzung für *Teacher Evaluation Online Projekt*, wurde im

Jahre 2004 gestartet, um Lehrkräften die Möglichkeit zu geben, sich von ihren Schülerinnen und Schülern online evaluieren zu lassen. *TEVALO*, ein Projekt der Pädagogischen Hochschule Burgenland unter der Leitung von Vizerektorin Mag. Inge Strobl-Zuchtriegl, ist ein Online-Evaluierungssystem, das – so die Angaben – von Lehrkräften für Lehrkräfte entwickelt wurde und eine zeitsparende Evaluierung des eigenen Unterrichts ermöglichen soll.

Lehrkräfte, die *TEVALO* nutzen möchten, können sich auf der *TEVALO*-Onlineplattform – unter dem Link <http://www.tevalo.at/login> – ein kostenloses Konto eröffnen. Die Nutzer können auswählen, ob sie einen individuellen Fragebogen zusammenstellen oder einen der zur Verfügung gestellten Fragebögen verwenden möchten. Unabhängig davon, ob ein neuer Fragebogen ‚kreiert‘ oder ein ‚vorgefertigter‘ übernommen wird, die Fragen können individuell umgestellt werden. So besteht auch die Möglichkeit, nur einzelne Fragen aus bestehenden Fragebögen für die Evaluation heranzuziehen. Es können also unterschiedliche Fragebögen erstellt und zur weiteren Verwendung gespeichert werden.

Folgende Argumente werden für den Einsatz angeführt: „Einfach und schnell in der Handhabung, mit einem garantierten anonymen Weg [...] mit oder ohne Abänderung individueller Art. [...] Der gesamte Vorgang wird computerunterstützt über das Internet abgewickelt und vermindert somit den Zeit- und Ressourcenverbrauch. Der Zeitaufwand im Vergleich zu einer herkömmlichen Evaluierung sinkt um bis zu 80 %!“ (Tevalo 2011).

Die Zeitersparnis dürfte das wichtigste Argument dieses Projektes darstellen, denn hier stehen immerhin zwei Ausrufezeichen. Aus der Projektbeschreibung können Orts- und Zeitunabhängigkeit sowie Individualisierung, eben die üblichen Vorteile einer Onlineressource, herausgelesen werden. Neben dem Versprechen einer einfachen und schnellen Handhabung wird auch mit Anonymität argumentiert.

Im Anschluss an die vorgestellten Argumentationen werden die ‚zahlreichen neuen Funktionen‘ von *TEVALO 2.0* aufgelistet. Daraus kann geschlossen werden, dass *TEVALO 2.0* eine erweiterte oder verbesserte Version einer Vorgängerversion ist. Es geht jedoch nicht eindeutig aus den Beschreibungen dieser Website hervor, wann *TEVALO 2.0* in Kraft getreten ist und ob sich die Bezeichnung 2.0 auch auf das Web 2.0 bezieht. Darüber hinaus befindet sich auf der Website ein Link zu einem Handbuch. Auffällig bei dem zur Verfügung gestellten Handbuch ist, dass es sich um die Version v1.1 vom 10.11.2011 handelt.

Ein weiterer Punkt bleibt beim Projekt *TEVALO* ungeklärt. So werden beispielsweise keinerlei Informationen zur Datenspeicherung und ihrer möglichen Weiterverarbeitung gegeben. Es wird nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, auf welchem Server Fragen und Antworten gespeichert werden, und ob die gespeicherten Daten für weitere vergleichende Auswertungen dienlich sein können. Unerwähnt bleibt ebenfalls, dass eine Evaluierung immer ein Kontrollinstrument ist und eben auch für Vergleiche herangezogen werden kann. Inwieweit dieses Projekt also der von der Politik geforderten Qualitätssicherung dienlich ist, kann aus dieser Projektbeschreibung nicht herausgelesen werden.

## **5.2. Projekt eLSA**

Was ist *eLSA*? Die Abkürzung *eLSA* steht für *eLearning im Schul-Alltag*. Die geplante Laufzeit des *eLSA*-Pilotprojekts war von 2002 bis 2005, dem ein *eLSA*-Netzwerk folgen sollte. Ziel dieses Pilotprojekts war die österreichweite Erprobung von IKT/E-Learning und Blended Learning für alle SchülerInnen der Unterstufen. Das Unterrichtsministerium führt die acht Zielvereinbarungen an, die jede Schule, die *eLSA*-Modellschule werden will, nach Ablauf des Projektes erreicht haben sollte.

„Die acht Zielvereinbarungen für ‚eLSA-Modellschulen‘

- Jede/r Schüler/in konnte ‚eLearning-Sequenzen‘ im Unterricht ausprobieren.
- Alle Lehrenden haben Erfahrungen mit eLearning-Sequenzen im eigenen Fach gesammelt und diese Erfahrungen allen Kolleg/innen zur Verfügung gestellt.
- Die Fachgruppen- und Klassenlehrer/innenteams erproben gemeinsam und aufeinander abgestimmt die Chancen, Möglichkeiten und Grenzen von eLearning im Unterricht.
- Die Modellschulen entwickeln miteinander konkrete Modelle zur Erprobung von eLearning-Sequenzen im Unterricht und stellen ihre Erfahrungen allen zur Verfügung.
- Das Schulprogramm (kurz- und mittelfristige Schul-Ziele und Umsetzungsmaßnahmen) bezieht die Erkenntnisse über eLearning laufend in die Gestaltung des Schulalltags ein.
- Der Schulleitung ist die Erprobung von eLearning im Unterricht ein wichtiges Anliegen. Das Projekt hat hohe Priorität im Schulalltag.

- Es gibt eine Steuerungsgruppe, die die eLearning Contententwicklungen und Erprobungen im Unterricht koordiniert und aufeinander abstimmt und für den Projektfortschritt sorgt.
- Mindestens ein Angebot von zusätzlichen freiwillig erreichbaren Abschlüssen/Zertifikaten mit externer Qualifikation im IT- oder eLearning-Bereich (beispielsweise ECDL-Advanced; CCNA, CCNP, MCP, MCSE, SAP-Anwender, LINUX-Power User, JAVA-Programmer, nachweisbare Kenntnisse mit einer Lernplattform oder andere).“ (bm:ukk – eLSA 2007)

Aus den acht Zielvereinbarungen zeigt sich, dass das Augenmerk auf die Einführung von eLearning in den Schulalltag gerichtet ist. eLearning hat in den Schulen Einzug zu halten und alle Beteiligten – von den SchülerInnen über die Lehrkräfte bis hin zur Schulleitung – haben aktiv mitzuarbeiten und den Unterricht dementsprechend umzugestalten. Die Lehrkräfte sind aufgefordert, sich über ihre Unterrichtsgestaltung auszutauschen und ihre Erfahrungen mit anderen KollegInnen zu teilen. Eine eigens eingesetzte Steuerungsgruppe hat die Abläufe zu koordinieren. Zu guter Letzt soll, um das Projekt abzuschließen, eine freiwillige Zertifizierung angestrebt werden.

Im Rahmen von *eLSA* sollen innovative Ansätze zum Arbeiten mit Lernplattformen und Kennenlernen neuer Unterrichtsmethoden sowie innovative Formen der Unterrichtsorganisation und Beurteilungsformen ausgetauscht und erprobt werden (vgl. bm:ukk – eLSA 2007). Daher ist im *eLSA*-Pilotprojektzeitraum auch das oben vorgestellte Projekt *TEVALO* als innovatives Projekt der Beurteilungsform ins Leben gerufen worden.

2002 startete das *eLSA*-Pilotprojekt mit vier *eLSA*-Pilotschulen. Die Evaluation in der Projektphase wurde von Michael Schratz durchgeführt (vgl. bm:ukk – eLSA 2007). Er beurteilte das *eLSA*-Pilotprojekt als positiv und stellt die enorm motivierenden Feedbacks von SchülerInnen und Eltern hervor: „eLSA ist ein Projekt in der schulischen Landschaft Österreichs, das, wie kein anderes zuvor, in alle Bereiche des schulischen Lebens hinein gewirkt und dort zu positiven Veränderungen geführt hat.“ (ebd.) Darüber hinaus ist aus diesem kurzen Evaluierungsstatement zu entnehmen, dass *eLSA* auch nach der Projektphase weitergeführt wird.

### **5.2.1. eLSA-Netzwerk**

Nach erfolgreichem Ablauf des Pilotprojekts wurde 2005 das *eLSA* Netzwerk gegründet. Das Ziel dieses Projekts liegt in der flächendeckenden Einführung von eLearning bzw. Blended Learning in der Sekundarstufe I. Auf der Seite [elsa20.schule.at](http://elsa20.schule.at) kann man sich über *eLSA* eingehend informieren. Unter Projektgrundlagen wird die Frage gestellt was *eLSA* ist und wie folgt beantwortet: „Es soll erprobt werden, unter welchen Rahmenbedingungen eLearning im Schulalltag zu einer neuen Form des Lehrens und Lernens führen und zur Schulentwicklung beitragen kann und ob Lehrer/innen(-Teams) zu Autoren für eLearning-Sequenzen ausgebildet werden können.“ (elsa schule 2007) In der Aussage dokumentiert sich, dass *eLSA* eine Maßnahme darstellt, die von beiden Regierungsparteien – ÖVP und SPÖ – in den Grundsatzprogrammen gefordert wurde. Damit wurden mit *eLSA* Rahmenbedingungen geschaffen, um neue Medien in die Unterrichtsstruktur einzuführen. Einerseits wird der Bildungsprozess, wie von der ÖVP gefordert, mit neuen Kommunikationsmedien gestaltet, und andererseits wird, wie von der SPÖ gefordert, die berufsbegleitende Fortbildung der Lehrkräfte gefördert.

Auf der *eLSA*-Seite sind sowohl der Projektverlauf als auch die Erfolge von *eLSA* dokumentiert. So ist zu lesen, dass das *eLSA*-Netzwerk stetig wächst. Haben sich im Schuljahr 2007/2008 80 Schulen an diesem Projekt beteiligt, so ist die Zahl im Schuljahr 2009/2010 mittlerweile auf 150 Modellschulen angestiegen. Auf der *eLSA*-Seite sind Informationen darüber erhältlich, welche Bedingungen nötig sind, um eine *eLSA*-Modellschule werden zu können, und welche Schulen seit wann *eLSA*-Modellschulen sind. Darüber hinaus wird gefordert, dass „jede *eLSA*-Schule nach einem mehrjährigen Prozess eine Zertifizierung anstreben solle“. Es wird ein Überblick gegeben, welche Schulen – der aktuelle Stand im Jänner 2012 beläuft sich auf 55 – bereits *eLSA*-zertifiziert sind. Um eine *eLSA*-Zertifizierung zu bekommen, haben sich Schulen selbständig anzumelden. Dabei können sich die Schulen für drei unterschiedliche Zertifikationsvarianten entscheiden:

1. *eLSA*-Zertifikat
2. *eLSA* advanced-Zertifikat
3. assoziiertes *eLSA*-Mitglied (Mitgliedschaft ohne Zertifizierung)

Welche Zielvereinbarung eine Schule für eine der angeführten Zertifizierungen im Detail einzuhalten hat, ist unter dem Punkt Qualitätssicherung nachzulesen.

Zum Thema *eLSA*-Zertifizierung wurden auch kritische Gedanken auf der Website

veröffentlicht. Peter Micheuz vom Gymnasium Völkermarkt, der selbst drei Schulen inspiziert und evaluiert hat, verweist darauf, dass eine Zertifizierung der Schulen als eine Art ‚Gütesiegel‘ gelten kann. Aus seiner Sicht löst das Zertifizierungsverfahren einen Motivationsschub in den involvierten Schulen aus und der Zertifizierungstag bestätigt das Engagement der nach außen selten wahrgenommenen Arbeit von höchst engagierten Lehrkräften, und demnach honoriert das *eLSA*-Zertifikat in erster Linie das langjährige Bemühen der Schule. Nach Micheuz sind die einzelnen Schulen zu unterschiedlich, um Standards festzulegen oder verbindliche Aussagen ableiten zu können. Daher stellt er zur Diskussion, ob dieses ‚Gütesiegel‘ überhaupt in Form eines Zertifikats ausgewiesen werden sollte (vgl. Micheuz, Online).

Unabhängig davon, ob man nun von ‚Zertifikat‘ oder ‚Gütesiegel‘ spricht, wird mit dieser Passage deutlich, dass das *eLSA*-Projekt auch auf die Vergleichbarkeit von Schulen abzielt. Alle Schulen, die diese Auszeichnung haben, stellen etwas Besonderes dar. Ihr Qualitätsmerkmal verweist darauf, dass sie innovativ und für Neues aufgeschlossen sind. Eine Schule, die Computertechnologie in ihrem Unterricht einsetzt, wird die Schülerinnen und Schüler möglicherweise besser auf die berufliche Zukunft vorbereiten können. Um die einzelnen Schulen miteinander zu vernetzen und Projekte wie *eLSA* flächendeckend in Österreich einzuführen, bedarf es allerdings auch verschiedener Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer.

### **5.2.2. eCoaching**

Durch die Erfahrungen im *eLSA*-Projekt wurden Weiterbildungen für Lehrkräfte entwickelt. Das Unterrichtsministerium stellt als Projekterfolg *eCoaching* vor, welches sich nach seinen Angaben, in Rekordzeit in Österreich etabliert hat und stellt einen Link zu *eCoaching* bereit. Informationen zu dieser neuen und innovativen Weiterbildung für Lehrkräfte sind auf zwei unterschiedlichen Webseiten zu finden, auf der gleichnamigen Website *eCoaching.schule.at* sowie auf der *eLSA*-Seite.

*eCoaching* stellt sich als innovatives Fortbildungskonzept des bm:ukk und der Pädagogischen Institute dar. Die vorgestellte Idee ist, dass Lehrkräfte, die bereits Erfahrung mit „Internet & Co“ haben, andere Lehrkräfte – die noch nicht so erfahren sind – unterstützen. Es kann zwischen drei Formen der Unterstützung – *eBuddy*, *eTutor* oder *eTrainer* – gewählt werden. Es ist zu lesen, dass *eBuddy* in allen Schulen angeboten wird und sich unerfahrene Lehrkräfte diese Unterstützung ‚mieten‘ können (vgl. *eLSA* –

eCoaching 2011).

Detailliertere Informationen zu diesem Projekt können jedoch auf der *eCoaching*-Seite des bm:bwk in Erfahrung gebracht werden. Interessanterweise wird von der *eLSA*-Seite kein Link zur *eCoaching*-Seite angeboten. Weiters fällt auf, dass auf der *eLSA*-Seite geschrieben steht, dass das *eCoaching*-Projekt ein „innovatives Fortbildungskonzept des bm:ukk“ ist. Auf der *eCoaching*-Seite ist allerdings zu lesen, dass dieses Projekt „als innovatives Fortbildungskonzept des bm:bwk“ angesehen wird. bm:bwk steht für Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Wie eingangs in diesem Kapitel erwähnt, hatte das Unterrichtsministerium im Laufe der Jahre unterschiedliche Bezeichnungen und wurde in den Jahren 2000 bis 2007 kurz bm:bwk genannt.

Zurück zum *eCoaching*-Fortbildungskonzept des bm:bwk auf der *eCoaching*-Seite. Dort können sich Lehrkräfte über die unterschiedlichen Varianten informieren. Es wird detailliert aufgelistet, was die einzelnen Aufgaben eines *eBuddy*, *eTutor* oder *eTrainer* sind. Erfahrene Lehrkräfte können sich beispielsweise als *eBuddy* mieten lassen. Ein *eBuddy* lässt seine ‚Schützlinge in die Karten schauen‘, indem er diese in den eigenen Unterricht mitnimmt, bei der Planung und Umsetzung von zwei bis drei Unterrichtseinheiten hilft und im Anschluss diesen Lernerfolg in Form eines Mikroartikels dokumentiert (vgl. eCoaching – eBuddy). Ein *eTutor* betreut fünf bis acht KollegInnen eines Fachbereiches über einen Zeitraum von ungefähr 20 Unterrichtseinheiten, plant den gezielten IKT-Einsatz mittels einer Lernplattform, hilft bei der Erstellung von Unterrichtsbausteinen, besucht den Unterricht der zu Betreuenden mit Vor- und Nachbesprechung und erstellt schlussendlich einen Kurzbericht mit einfacher Evaluation (vgl. eCoaching – eTutor). Und drittens können erfahrende Lehrkräfte als *eTrainer* – in Form eines Mentors – bis zu 16 KollegInnen gleichzeitig betreuen und gezielt in ihrem Fachunterricht fördern (vgl. eCoaching – eTrainer). Je nachdem, in welcher Form – ob als *eBuddy*, *eTutor* oder als *eTrainer* – Lehrkräfte ihr Know-How an andere KollegInnen weitergeben, werden ihre zusätzlichen Leistungen während des Schuljahrs mit einem Honorar zwischen 200 und ca. 900 Euro pro Gruppe abgegolten (vgl. ebd.).

### **5.2.3. Evaluierungen**

Im Zuge von *eLSA* sind vier Evaluierungen entstanden.

- *TALIS* von 2009
- *eLSA*-Evaluierung (Ideen und Unterlagen) von 2007
- *eLSA*-Evaluations- und Abschlussbericht von 2005
- Analyse des *eLSA*-Projekts aus Schulentwicklungsperspektive von 2005

Für diese Arbeit werden die beiden Evaluationen, die im Zuge des *eLSA*-Pilotprojekts entstanden sind, herangezogen. Zuerst der Abschlussbericht von Univ. Prof. Dr. Michael Schratz, der sich der Evaluation und den Fallstudien der *eLSA*-Modellschulen sowie, mit den Erfolgen und Schwierigkeiten der acht ersten *eLSA*-Modellschulen aus der ersten Generation widmet. Anschließend folgt wird die Meta-Analyse Dr. Bernhard Weisers besprochen, die aus Perspektive der Schulentwicklung erstellt wurde.

#### **5.2.4. *eLSA*-Evaluations- und Abschlussbericht**

In der Kurzfassung des Endberichts von Michael Schratz ist zu lesen, dass das *eLSA*-Projekt einen Einfluss auf Schulentwicklung, Personalentwicklung und Unterricht hat. So wurde angeführt, dass beispielsweise zu Beginn des Projekts ‚nur‘ 58 % der Lehrkräfte IKT-Kenntnisse hatten und dieser Prozentsatz an den beteiligten Schulen im Jahr 2005 auf 80 % angestiegen ist. Die teilnehmenden Schulen wurden technisch aufgerüstet, wobei die beteiligten Lehrkräfte angaben, dass sie die Erweiterung der Methodenkompetenz begrüßten. Obwohl das Projekt eine größere Belastung darstelle, sei die persönliche Zufriedenheit mit der Berufsrolle gestiegen. Eine Erkenntnis, die als ‚sehr wichtig‘ eingestuft wurde, besteht darin, dass der Einsatz von Computertechnologie im Unterricht weder das Lernen noch die Lehrkräfte ersetzen könne und der sinnvolle Einsatz geplant werden müsse. Abschließend wurde konstatiert, dass *eLSA* allen beteiligten Gruppen vor Augen geführt habe, wie wichtig der Einsatz von Computern im Unterricht ist und welche förderlichen Bedingungen geschaffen werden müssen, um eLearning und Blended Learning in den Schullalltag einzuführen. *eLSA* habe auch gezeigt, was zukünftig in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte gemacht werden muss, damit sich diese kompetent fühlen und für die neuen methodischen Herangehensweisen gerüstet sind (vgl. Schratz 2005).

#### **5.2.5. Analyse des *eLSA*-Projekts aus Schulentwicklungsperspektive**

Nach der Analyse von Bernhard Weiser kann hervorgehoben werden, dass der Erfolg bei einem Projekt wie *eLSA* zum einen an den engagierten Beteiligten, zum anderen an den jeweiligen Zielvereinbarungen und den zusätzlichen Mitteln für die Erweiterung der Hardwareausstattung abhängt. In der Analyse wird darauf hingewiesen, dass die Zielerreichung der einzelnen Schulen stark von den Vorkenntnissen schulspezifischer Entwicklungsprozesse abhängt. Darüber hinaus wird dem Projektdesign und dem Ausgangsniveau der einzelnen Schulen, zugunsten der eLearning-Themen, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. Weiser 2005: 1f). Demnach sind je nach Ausgangsniveau der einzelnen Schulen in den Bereichen eLearning und Schulentwicklungsprozesse, unterschiedliche Erfolge zu verzeichnen. Schulen, die in beiden Bereichen mit einem niedrigen Ausgangsniveau gestartet sind, fühlten sich schneller überfordert als Schulen, die bereits vor dem Projektstart Erfahrungen in diesen Bereichen sammeln konnten (vgl. Weiser 2005: 3).

Ein Pilotprojekt kann, wie dem folgenden Zitat zu entnehmen ist, auch an seine Grenzen stoßen: „Die derzeitige Organisation und Abgeltung der Systembetreuung (Hard- und Software, Netzwerk und Plattformbetreuung) an den Schulen scheint den Anforderungen innovativer Projekte wie *eLSA* nicht zu genügen. Sie führt zu Überforderung, Frustration und Entmutigung bei den engagierten Spezialisten an den Schulen und sichert auch nicht die erforderliche Verfügbarkeit und die stetige Weiterentwicklung der entsprechenden Strukturen. Gut funktionierende Hardware und ausgefeilte Benutzerunterstützungskonzepte wurden in nahezu allen Berichten als unabdingbare Voraussetzung für gelungenes eLearning angeführt. Sowohl in den bislang schlecht ausgestatteten Schulen als auch in den Schulen mit hohem Ausstattungsniveau (Purkersdorf, Graz) wurden die Erweiterungs- und Instandhaltungsarbeiten als Belastung für die Schule angesehen.“ (Weiser 2005: 5)

Im Anschluss an die Analyse werden drei Anregungen für konkrete Verbesserungsmaßnahmen aus Schulentwicklungsperspektive vorgestellt. Zum einen sollten die Lern- und Lehrleistungen der Schülerinnen und Schüler überdacht werden. Wenn diese selbstverständlich in die Entwicklung von Unterrichtssequenzen eingebunden werden, dann sollte die erbrachte Leistung – nicht nur die reproduzierende, sondern auch die innovative – mittels ‚Noten‘ belohnt werden. Ein Musterwechsel vom belehrenden zum lernenden System kann durch ein Projekt wie *eLSA* unterstützt werden, doch muss solch ein Paradigmenwechsel – nach Weiser – sowohl auf der Beziehungsebene als auch auf der

Systemebene mit vollzogen werden und dafür sind entsprechenden Maßnahmen in der Schulentwicklung nötig (vgl. Weiser 2005: 5).

Als zweite Anregung spricht er sich für die Implementierung einer Startphase in der Projektstruktur aus. Nach ausführlicher Informations- und Diskussionsphase plädiert er für eine Bestandserhebung von Entwicklungsstand und Strukturen im Hinblick auf die Schulentwicklung, die durch externe Begleitung an den Schulen durchgeführt werden sollte, damit die Steuerung der Projektmittel zielgerichteter und entwicklungsunterstützender erfolgen können. Zusammen mit externen Experten sollen spezifische Entwicklungsmöglichkeiten für die Schulen erarbeitet werden. Das Projekt selbst soll erst nach Zustimmung des Lehrerkollegiums gestartet werden (vgl. Weiser 2005: 6f).

In der dritten Anregung wird darauf hingewiesen, dass meist Lehrkräfte die Erweiterungs- und Servicearbeiten an der IKT-Infrastruktur – meist unbezahlt – durchführen und dieses System grundlegend überdacht werden sollte. Denn aus seiner Sicht sei der Lehrkörper nicht als EDV-Spezialisten, sondern als Unterrichtsexperten qualifiziert. Daher plädiert er, dass langfristig die systemerhaltenden IKT-Hardware-Leistungen von qualifizierten Spezialisten durchgeführt werden sollten, die nicht zwangsläufig eine akademische Qualifikation für das Schulnetzwerk benötigen (vgl. Weiser 2005: 7).

Abschließend fasst Weiser zusammen: „Das eLSA Projekt zielt direkt und indirekt auf die Anregung von Schulentwicklungsprozessen und setzt erhebliches Schulentwicklungs-Know-how bei den Schulen voraus. [...] Innovationsprojekte wie eLSA sind bei entsprechenden Voraussetzungen bzw. passenden Hilfestellungen für Schulen wichtige und notwendige Anregungen zur Intensivierung des eigenen Entwicklungsprozesses hin zu einer lernenden Organisation.“ (Weiser: 8)

Aus den beiden Evaluierungen, die zum einen aus dem gleichen Material, zum anderen aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus entstanden sind, geht hervor, dass ein Projekt wie *eLSA* nachhaltige Veränderungen mit sich bringt. Der gesamte Schulalltag, die Rollen der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schülerinnen und Schüler verändern sich mit der Einführung von Computertechnologie und deren Kommunikationsmöglichkeiten im Unterricht. Es kann herausgelesen werden, dass eLearning im Unterricht nicht nur Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte benötigt, sondern auch das Erlernen der technischen Möglichkeiten und eine Umstellung der Didaktik notwendig machen. Dabei ist

auch zu berücksichtigen, dass das gesamte Schulsystem einer paradigmatischen Veränderung unterliegt.

Des Weiteren sollen externe Experten den Schulen bei der Umsetzung ihrer Ziele behilflich sein und qualifizierte Spezialisten für die systemerhaltenden IKT-Hardware-Leistungen eingesetzt werden, um die Lehrkräfte von diesen als überfordernd bezeichneten Tätigkeiten zu entlasten.

Obwohl der erfolgreiche Einsatz von eLearning von einer Erweiterung der Hardwareausstattung abhängig ist, wird in keinem der beiden Berichte auf die anfallenden Kosten hingewiesen. Es ist davon auszugehen, dass durch ein Projekt wie *eLSA* auch von Seiten der Wirtschaft erhebliche Umsätze erzielt werden können.

### **5.3. *Edumoodle***

Das Projekt *edumoodle* hat im Sommer 2005 – unter dem Motto: „*Wer will, der kann! Moodle für alle*“ – gestartet. Projektziel war es, allen österreichischen Schulen und Bildungsinstitutionen die Möglichkeit zu bieten, die Lernplattform *moodle* kostenlos einzusetzen, ohne selbst einen *moodle*-Server betreiben zu müssen. Das vom bm:ukk in Auftrag gegebene Projekt wurde mit einem Innovationszentrum für Schule und neue Technologie, der Education Highway GmbH durchgeführt, welche seit 2010 unter dem Namen Education Group GmbH tätig ist. Aufgrund unserer ideologiekritischen Auseinandersetzung mit den einzelnen Projekten wird im Zuge der Projektvorstellung von *edumoodle* noch deutlich auf die Unternehmensstruktur des Innovationszentrums eingegangen, doch betrachten wir vorerst die Begründungen.

In der Projektbeschreibung werden gleich zwei Definitionen für den Einsatz dieses Projektes gegeben:

- „Bedeutung von IKT/E-Learning/Blended-Learning: Einsatz einer Lernplattform OHNE der üblichen technisch/organisatorischen Hürden (Serveranschaffung; Kustodenüberlastung etc.) und damit Ermöglichung der Konzentration auf didaktische Aspekte an den Schulen.“
- „Innovativer Ansatz – Bedeutung des Projekts: Outsourcing und Professionalisierung schulischer IKT-Infrastruktur. Relevante technische und immense Personalkostenersparnis! Statt X mal dezentrale Serveradministration nur einmal zentrale Wartung. Zentraler Erfolg ist die Ermöglichung von eLearning

ohne Hürden und die Ressourcenfreisetzung an den Schulen.“ (bm:ukk – edumoodle 2007)

Aus dieser Begründung ist herauszulesen, dass eLearning mittlerweile in Verbindung mit dem Internet gesehen wird und es daher keiner besonderen Erwähnung mehr bedarf. Bei dem *edumoodle*-Projekt steht das Argument der Kostenersparnis eindeutig im Vordergrund. Indem die Daten auf einem Server zentral zusammengetragen und gewartet werden, geht man davon aus, dass Server- und Personalkosten eingespart werden können. Das eine zentrale Wartung auch eine leichtere Kontrolle der Inhalte ermöglicht, bleibt – wie bei den anderen vorgestellten Projekten – indes unerwähnt.

Das Projektende war für Ende 2007 geplant. Anhand der angeführten positiven Feedbacks könnte daraus geschlossen werden, dass *edumoodle* immer noch seine Verwendung findet.

Im Zuge der Recherchen nach der konkreten Verwendung von *Moodle* an Österreichs Schulen konnte ein Forumseintrag vom 13. März 2010 aufgefunden werden, der den Schluss nahelegt, dass *Moodle* immer noch in Verwendung ist. Dieser Forumseintrag erklärt: Nichtschulische Institutionen können sich nach Ablauf des Projektes entscheiden, ob sie den *Moodle*-Server wieder verlassen oder ein kostenpflichtiges *Moodle* Hosting in Anspruch nehmen wollen. Für schulische Institutionen aus Österreich ist die kostenlose Nutzung weiterhin gesichert.

Auf <http://www.edumoodle.at> können sowohl Admin- als auch LehrerInnen-Handbücher heruntergeladen werden und man findet eine Liste aller *edumoodle*-Instanzen. Unter dem Motto: „E-Learning für alle“ wird ein online *Moodle*-Kurspool für die Volksschule und die Sekundarstufe I und II angeboten. Folgt man dem Link, landet man auf eduhi.at, dem oberösterreichischen Bildungsserver. Will man sich eines der angebotenen *Moodle*-Videos ansehen, wird man auf die bildungs.tv-Seite verlinkt. Sowohl eduhi.at als auch bildungs.tv sind im Eigentum von Education Group GmbH. Dabei stellt sich die Frage, wer hinter der Education Group GmbH steht.

Die Education Group GmbH ist die Zusammenführung von zwei Bildungseinrichtungen, dem BildungsMedienZentrum (BIMEZ) des Landes Oberösterreich und dem Education Highway Innovationszentrum für Schule und Neue Technologie GmbH (EDUHI). Wie in der Beilage 275 des oberösterreichischen Landtags im Oktober 2010 – mit dem Titel: „Einbringung des BildungsMedienZentrums in die EDUCATION HIGHWAY

Innovationszentrum für Schule und Neue Technologie GmbH“ – nachzulesen ist, wurde die Zusammenführung der beiden oberösterreichischen Bildungseinrichtungen im politischen Lenkungsausschusses am 15. November 2010 unter dem Vorsitz des oberösterreichischen Landeshauptmannes Dr. Josef Pühringer beschlossen (vgl. Pühringer 2010: 2).

„Das BildungsMedienZentrum des Landes Oberösterreich (BIMEZ) ist als Dienststelle der Direktion Bildung und Gesellschaft eine betriebliche Einrichtung des Landes Oberösterreich mit eigenem Statut und eigenem Untervoranschlag, jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit und bietet als Kompetenzzentrum für neue Medien, Medienpädagogik und -bildung – und seine Regionalstellen in den öö. Bezirken Schulen, Kindergärten, Horte und allen anderen Institutionen in der öö. Bildungslandschaft die notwendige Unterstützung in allen Medienbelangen, eine komplementäre Versorgung mit pädagogisch ausgewählten Bildungsmedien aller Art sowie den medienpädagogischen, didaktischen und technischen Support für effizienteres Lehren und Lernen. Die EDUCATION HIGHWAY Innovationszentrum für Schule und Neue Technologie GmbH (EDUHI) ist mehrheitlich (74 %) eine Tochtergesellschaft der Oö. Technologie und Marketing-Gesellschaft mbH, an der weiters die BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH (Tochtergesellschaft der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG) mit 26 % beteiligt ist. Die EDUCATION HIGHWAY Innovationszentrum für Schule und Neue Technologie GmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die satzungsgemäß die Integration von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und digitalen Medien im Bildungsbereich fördert und begleitet, sowie Schulen bei deren Einsatz unterstützt.“ (Pühringer 2010:1)

Um die Zusammenführung beider Bildungseinrichtungen in die Education Group GmbH zu realisieren, werden die beteiligten Gesellschafter der EDUHI ihr Stammkapital zu einem symbolischen Kaufpreis von 1 Euro abtreten und das Land OÖ seinerseits auf die Rückzahlung der Förderungsmittel in der Höhe von 220.000 Euro verzichten. Das Vermögen des BIMEZ, welches sich Ende 2010 auf ca. 1,267 Mio. Euro beziffert, wird auf EDUHI übertragen und die beschäftigten Landesbediensteten werden – entsprechend dem Zuweisungsgesetz – gegen Refundierung des Personalaufwands auf Dauer der EDUHI überlassen. Im Zuge dieser Umstellung wird EDUHI – Education Highway Innovationszentrum für Schule und Neue Technologie GmbH – in Education Group GmbH

umgeändert und im Eigentum der OÖ Landesholding GmbH geführt (vgl. Pühringer 2010: 3f). Des Weiteren ist geplant, dass eine OÖ Innovationsholding GmbH gegründet wird, welche zu hundert Prozent Tochtergesellschaft der bestehenden OÖ Landesholding GmbH sein wird, in welche die Education Group GmbH übertragen werden soll (vgl. Pühringer 2010: 4).

In der Argumentationsführung wird deutlich, dass Sparen und Zukunftsorientierung im Vordergrund stehen und neben der Nutzung der Webtechnologie auf Neues und Innovatives gesetzt werden soll. Ein Argument, das für die Zusammenführung spricht, besteht darin, dass ‚Doppelgleisigkeiten‘ beseitigt und freiwerdende Synergien genutzt werden sollten. Das Einsparungspotenzial im Personal- und Sachaufwand wurde für Land und Gemeinden pro Jahr auf rund 2,46 Millionen Euro geschätzt (vgl. Pühringer 2010: 2).

Am Beispiel der Umstrukturierung kann aufgezeigt werden, wie Bildungseinrichtungen – mit dem Argument der Kostenersparnis – privatisiert werden können, damit Finanzen nicht mehr direkt dem Land Oberösterreich, sprich dem Staat Österreich, zuordenbar sind.

#### **5.4. WEB 2.0**

Das *Web 2.0*-Projekt wurde von der Telekom Austria gesponsert. Auf der Homepage des [bm:ukk](#) findet sich folgende Projektbeschreibung:

„Dieses Projekt will untersuchen, ob und wie ein Lernen mit Web 2.0 Tools funktionieren kann. Übergreifendes Thema für alle Schulen ist ‚Österreichische Nationalparks‘.

Ziel ist nicht, ein perfektes Dossier zu Ihrem Nationalpark zu erstellen! Wir sind uns im Klaren darüber, dass Sie mit Ihren Schülern in vier Wochen kein Wikipedia für Nationalparks nachbauen können. Wir glauben aber, dass sich in vier Wochen sehr wohl erforschen lässt, ob

- SchülerInnen sich auf das neue Lern-Tool ‚Wiki‘ einlassen
- der Einsatz von Web 2.0 Tools für Sie als LehrerInnen sinnvoll ist
- ob sich mittels des Wiki ein kooperatives Lernen über mehrere Schulen hinweg ermöglichen lässt (z. Bsp. indem ein Schüler einen Beitrag einer anderen Hauptschule korrigiert oder ergänzt)

Wie Sie das Projekt inhaltlich an Ihrer Schule umsetzen, bleibt völlig Ihnen überlassen. In unserer Ideensammlung finden Sie dafür einige Vorschläge. Grundsätzlich gilt für dieses

Projekt: Der Weg ist das Ziel!“ (bm:ukk – Web 2.0 2007)

Aus der Projektbeschreibung von *Web 2.0* ist herauszulesen, dass der Einsatz von Webtechnologie forciert wird. Die Nutzung des Internets mit seinen unterschiedlichen kooperativen Anwendungen steht im Mittelpunkt. *Online, zeit- und ortsabhängig* – über die Grenzen einer Schule hinaus – soll *kooperatives Lernen* erprobt werden. Das Projekt soll der Untersuchung dienen, inwieweit Lernen mit den *Web 2.0*-Tools – insbesondere mit Wiki – schulübergreifend funktionieren kann.

Es werden drei Links zur weiteren Information angeboten. Bemerkenswert ist, dass zwei von drei angegebenen Links nicht das Erwartete zeigen. Erstaunlicherweise führt der Link, der zum Lehrerblog und zur gesamten Dokumentation des Projektes führen sollte, auf die Seite A1 Telekom/Über uns (vgl. Web20 Lehrerblick 2007). Der Link, der über die Ergebnisse der Schüler/innen Auskunft geben sollte (vgl. Web20 KlassenWiki 2007) führt ins Leere. Der dritte Link sollte zu einer Studie der Uni Salzburg führen, die das Potenzial des ‚kollaborativen Lernens‘ belegt. Folgt man diesem Link, öffnet sich ein PDF Dokument, eine Presse-Information der Telekom Austria vom November 2007.

In dieser Presse-Information kann gelesen werden, dass das innovative Pilotprojekt im Juni 2007 startete und sich insgesamt neun Hauptschulen aus sechs Bundesländern beteiligt haben. Die in einer Pressekonferenz vorgestellte positive Bilanz der wissenschaftlichen Untersuchung wird mittels dieser Presse-Information veröffentlicht (vgl. Web20 Pressinfo 2007).

Aufgrund angeführter Zitate kann geschlossen werden, dass die Untersuchung von der Leiterin der Abteilung für Audiovisuelle Kommunikation am Fachbereich Kommunikationswissenschaften der Universität Salzburg, Prof. Dr. Ingrid Paus-Hasebrink, durchgeführt worden ist.

Der erste Absatz stellt eine Zusammenfassung der Untersuchung dar: „Einsatz von Web 2.0 fördert Lernmotivation und Medienkompetenz bei den SchülerInnen – Rolle der Lehrer erweitert sich vom reinen Wissensvermittler hin zum ‚Moderator‘ – Die wissenschaftliche Evaluation bewertet das Projekt Web 2.0 Klasse positiv – für einen breiteren Einsatz von Web 2.0 sind noch ‚Hausaufgaben‘ zu erledigen“ (Web20 Pressinfo 2007).

Diese Zusammenfassung spiegelt die Ergebnisse wider, die in den vorangestellten Projekten ebenfalls evaluierten wurden. Bei den Schülerinnen und Schülern ist mehr

Lernmotivation auszunehmen und die Lehrerinnen und Lehrer haben einerseits die neuen Medien kennenzulernen und andererseits ihr didaktisches Konzept umzuändern. Demnach können als die ‚zu erledigenden Hausaufgaben‘ die Änderungen der Unterrichtsstruktur, die Verankerung der Neuen Medien im Unterricht und die Weiterbildung der Lehrkräfte angesehen werden.

Die für ein derartiges Projekt notwendige technische Ausstattung der Schulen, wird in keiner Weise erwähnt. Mit solch einem Projekt kann die Wichtigkeit einer „richtigen Internetanbindung“ verdeutlicht werden. Für eine erfolgreiche Durchführung des kooperativen Lernens mit anderen Schulen müssen die Ressourcen für die Internetanbindung einer Schule zuerst hergestellt bzw. überprüft und eventuell verbessert werden. Da dieses Projekt von der Telekom gesponsert wurde, liegt die Vermutung nahe, dass nicht nur pädagogische, sondern vor allem wirtschaftliche Interessen das Projekt *Web 2.0* geleitet haben. Die Telekom Austria hat ein wirtschaftliches Interesse daran, Schulen über das Internet miteinander zu verbinden und hat mit dem Unterrichtsministerium eine Vereinbarung getroffen. Im Rahmen des ASN (Austrian School Network) bietet die Telekom Austria allen Bildungseinrichtungen einen breitbandigen Internetzugang zu kostengünstigen Preisen.

## **Zusammenfassung der Maßnahmen**

Alle vier Maßnahmen zur Forcierung der Computertechnologie in Schulen – *TEVALO*, *eLSA*, *edumoodle* und *Web 2.0* – wurden unter Schirmherrschaft der ÖVP umgesetzt.

Das vom bm:bwk begonnene *eLSA*-Pilotprojekt, das vom bm:ukk weitergeführt wurde, war das erste großflächige eLearning-Projekt des Unterrichtsministeriums. In erster Linie stand die österreichweite Erprobung von Lernen mittels technischer Hilfsmittel im Vordergrund, zudem wurde die Vernetzung von Schulen forciert. Mit diesem Pilotprojekt wurde der Grundstein dafür gelegt, Schulen und in weiterer Folge sämtliche Bildungseinrichtungen in Österreich flächendeckend miteinander zu vernetzen. Aus den Erkenntnissen von *eLSA* sind weitere Projekte – wie beispielsweise *edumoodle* – entstanden.

Beim *edumoodle*-Projekt mit seinem Slogan „Wer will der kann!“ wird eine zentralisierte Serveradministration forciert. Mit der Nutzung einer Lernplattform wie *edumoodle* sollen Ressourcen an den eigenen Schulen freigesetzt werden. Durch solche Maßnahmen soll es Lehrkräften und deren Schülerinnen und Schülern möglich sein, Inhalte über das Internet – auf einer eigens geschaffenen Lernplattform – abzurufen, sich mit anderen auszutauschen und gegebenenfalls miteinander zu vernetzen. Im Vordergrund der Argumentation steht die Kostenersparnis durch eine zentrale Serververwaltung. *edumoodle* zielt auf Outsourcing und Professionalisierung schulischer IKT-Infrastruktur ab. Am Beispiel von *edumoodle* konnte aufgezeigt werden, wie Bildungseinrichtungen ausgelagert und d. h. privatisiert wurden. Dies wurde mit angeblichen Personal- und Sachmattersparnissen legitimiert.

Das zuletzt vorgestellte *Web 2.0*-Projekt forciert das kollaborative Lernen mittels Einsatz von Webtechnologie. Als Argumentation für den Einsatz von *Web 2.0*-Tools, im speziellen für Wiki, werden die Steigerung der Lernmotivation und Medienkompetenzerweiterungen angeführt. Anhand der *Web 2.0*-Projektbeschreibung konnte aufgezeigt werden, wie es von wirtschaftlicher Seite möglich ist, mittels Legitimation durch die Wissenschaft die Einführung und Nutzung von Webtechnologien an Schulen zu forcieren.

Aus den vorgestellten Projekten kann zusammengefasst werden, dass das Interesse bei den durchgeführten Maßnahmen eindeutig in der Nutzung des Internets und an dessen vielfältigen Anwendungen liegt. Neben den klassischen Begründungen der Orts- und Zeitunabhängigkeit werden auch Individualisierung und Kooperation mit anderen in den

Vordergrund gerückt. Die zentrale Sammlung der Daten und der Ausbau der Onlinevernetzung wird – wie bereits erwähnt – mit Kostenersparnissen begründet.

Anhand der Analyse dieser Projekte sind auch weitere Interessen, die nicht in diesem Sinne kommuniziert wurden, auffällig:

- In keinem der Projekte wurde angeführt, welche monatlichen Kosten anfallen oder gar welche Anschaffungskosten nötig sind, um solche Vernetzungen zu ermöglichen.
- Weiters bleiben die Kontrollmechanismen, die durch eine weitgehende Vernetzung und zentrale Steuerung möglich sind, bei all den Projekten unerwähnt.
- Ebenso verhält es sich mit der Tatsache, dass die Wirtschaft aufgrund der Forcierung neuer Technologien in Schulen erhebliche Umsätze erzielen kann.

Abschließend ist daher festzuhalten, dass die eingehende Analyse von vier ministeriellen Projekten zur Implementierung von Webtechnologie im Unterricht ein bedenkliches Ergebnis zeitigt: Denn durch die Art und Weise, in der die Wirtschaft bildungspolitisch durchaus wichtige Projekte zum Einsatz von IKT im Unterricht mitgestaltet und beeinflusst, wird nicht nur die Unabhängigkeit von Wissenschaft und Forschung bedroht, sondern auch neoliberales Gedankengut in Schulen etabliert.

## 6. Mediales Feld

Wie aus den Grundsatzprogrammen der politischen Parteien entnommen werden kann, wurden *Neue Medien* – insbesondere *Computertechnologie* – und deren Einsatz im Schulbereich bereits seit den 80er-Jahren thematisiert. Wurden Themen wie eLearning, Computer- und Internetnutzung an Österreichs Schulen auch außerhalb der Grundsatzprogramme veröffentlicht und diskutiert? Es ist festzustellen, dass Meldungen zu diesen Themen medial verbreitet wurden und zahlreiche Artikel in Zeitungen auffindbar sind. In diesem Kapitel werden deshalb die ersten auffindbaren Meldungen in chronologischer Reihenfolge herangezogen und ideologiekritisch betrachtet.

Ursprünglich sollten nur zwei österreichische Tageszeitungen – die *Neue Kronen Zeitung* und *Die Presse* – für das mediale Teilfeld zum Vergleich herangezogen werden. Im Laufe der Recherchearbeiten verwiesen jedoch beide Tageszeitungen im Rahmen des Mailverkehrs auf ein von der Austria Presse Agentur (in Folge: APA) bereitgestelltes Onlinearchiv namens APA-DeFacto, da deren historische Archive mittlerweile nicht mehr öffentlich zugänglich sind. Auf der Webseite ist zu lesen:

„APA-DeFacto betreibt das **größte Medienarchiv Österreichs**. Alle österreichischen und wichtige internationale Tageszeitungen, Wochen- und Monatsmagazine, TV- und Radiosendungen, Fachmedien, APA-Meldungen, Fach- und Firmendaten sowie zahlreiche Bilderdienste fließen **täglich aktuell** in die Datenbank ein. Derzeit umfasst der Bestand mehr als 100 Millionen Dokumente aus rund 300 Quellen. APA-DeFacto ist damit der größte Medien- und Fachdatenbank-Anbieter Österreichs. Unter [www.defacto.at](http://www.defacto.at) steht das Zeitungsarchiv auch im Internet zur Selbstrecherche offen. [...] APA-DeFacto ist eine 100-prozentige Tochter der APA-Austria Presse Agentur.“ (APA-Defacto Online, Hervorhebungen im Original)

Grundsätzlich kann die Datenbank von APA-DeFacto auf zwei Arten genutzt werden. Zum einen kann eine kostenlose Testversion, in der ausschließlich APA-Meldungen – das sind multimediale Presseaussendungen über Originaltext-Service (in Folge: OTS) – abrufbar sind, genutzt werden, zum anderen ist es möglich, die APA-Datenbank kostenpflichtig *voll* zu nutzen. *Voll nutzen* bedeutet, dass aus rund 300 Quellen – ganz gezielt nach einzelnen Medien – ausgewählt werden kann. Wird dieser kostenpflichtige Dienst in Anspruch genommen, dann fallen je nach Handhabung unterschiedliche Kosten an. Pro Suchergebnis –

unabhängig davon wie viele Treffer erzielt wurden – wird ein Euro verrechnet. Wird ein Dokument geöffnet, dann fallen zusätzliche Kosten an. Für jedes geöffnete Dokument wird – abhängig davon, ob es sich um eine Tageszeitung oder ein Magazin handelt – ein bestimmter Betrag in Rechnung gestellt. Das hieße, dass für jeden geöffneten Tageszeitungsartikel – ob aus *Neue Kronen Zeitung* oder *Die Presse* – ein Betrag von € 2,44 verrechnet werden würde. Das würde bedeuten, dass für einen Recherchefall mit einmaligen Suche und zehn geöffneten Dokumenten Kosten über € 25,40 anfallen.

Der Versuch, im Rahmen der Diplomarbeit einen kostenlosen Zugang zum Archiv von APA-DeFacto zu erhalten, scheiterte. Demnach wurde aus den vorgenannten Kostengründen nur die kostenlose Testversion von APA-DeFacto in Anspruch genommen. Durch den Hinweis einer APA Mitarbeiterin konnte indes noch eine weitere Quelle erschlossen werden.

Über die Universitätsbibliothek ist es allerdings möglich, einen kostenlosen Zugang zur universitären APA-DeFacto-Campus-Datenbank zu erhalten. In dieser Datenbank kann aus über 120 Quellen – darunter auch die *Neue Kronen Zeitung* und *Die Presse* – ausgewählt werden, wobei die Artikel erst ab dem Jahr 2000 verfügbar sind. Da sowohl die unterschiedlichen Artikel aus zwei verschiedenen Tageszeitungen als auch die zeitliche Spanne ab 1980 für diese Arbeit Relevanz haben, gliedert sich demnach das nun folgende Kapitel zum medialen Feld in zwei Teile: Der erste Teil beschäftigt sich mit APA-Meldungen vor der Jahrtausendwende, genauer von 1985 bis 1999. Im zweiten Teil, ab dem Jahre 2000, werden Artikel der beiden Tageszeitungen anhand der APA-DeFacto-Campus-Datenbank herangezogen.

## 6.1. Teil I – von 1985 bis 1999

In der gratis zugänglichen Testversion von APA-DeFacto kann, wie in einer Suchmaschine üblich, entweder nach einzelnen oder nach mehreren logisch verknüpften Begriffen gesucht werden. Im Zuge der Recherche wurde nach Meldungen mit folgenden Wörtern oder Wortgruppen gesucht: ‚*elearning*‘, ‚*e-learning*‘, ‚*Computer + Unterricht*‘ sowie ‚*Internet + Schule*‘. In der Datenbank wurde immer die Zeitspanne vom 1.01.1985 bis 31.12.1999 durchsucht.

Da das Erkenntnisinteresse sich auf die Einführung von eLearning an Schulen richtete, wurde zuerst nach dem Begriff ‚*elearning*‘ gesucht. Es konnten keine Treffer gefunden werden. In Folge wurde nach dem Begriff ‚*e-learning*‘ – mit Bindestrich – gesucht und zwei Treffer aus dem Jahre 1999 gefunden. Interessant ist, dass keine der beiden Meldungen aus Österreich stammt und sie auch keinen Bezug zur Schule aufweisen. Die erste Meldung vom 30.07.1999 stammt aus Deutschland und wurde von der IDS Scheer AG veröffentlicht, die ihr neues Innovationsnetz für schnelleren Einstieg in E-Business und E-Commerce-Anwendungen vorstellt. Diese AG verfolgt das Ziel, mittels eines flexiblen Netzwerks elektronische Geschäftsabwicklungen und Wissensvermittlungen zu unterstützen. Die zweite Meldung vom 2.12.1999 stammt aus den USA. Die Firma Docent Inc. wird als führender Anbieter von Education Commerce-Lösungen vorgestellt. Es ist zu lesen, dass diese Firma aufgrund ihrer Flexibilität und ihrer Fähigkeit, die Kurse entsprechend der individuellen Vorgaben eines Unternehmens zu gestalten, als Klassenbester im Vergleich zu weiteren sechs Mitbewerbern gelobt wird.

Aus diesen beiden APA-Meldungen kann bereits geschlossen werden, dass der Begriff eLearning untrennbar mit Begriffen wie Netzwerk, Flexibilität, Innovation, Individualität, Business und Commerce verwoben ist. Zudem besteht ein eindeutiges wirtschaftliches Interesse an der Forcierung von eLearning. Interessant ist, dass eLearning offensichtlich nicht für Schulen, sondern für Betriebe entwickelt wurde.

Da aus den beiden oben angeführten Meldungen wohl ein Bezug zum elektronischen Lernen, doch nicht zur Schule hergestellt werden kann wurde mit anderen Begriffen weitergesucht. In der Hoffnung auch ältere Meldungen aufzufinden, wurde nach der Begriffskombination ‚*Computer + Unterricht*‘ weiter gesucht. Als Ergebnis lagen 75 APA-Meldungen vor, wobei die ersten aus dem Jahr 1989 stammten.

Die allererste Meldung ist am 16.06.1989 veröffentlicht worden und trägt den Titel: „KULTURTECHNIK INFORMATIK AUCH FÜR 13-JÄHRIGE“. Es ist zu lesen, dass der Leiter der Abteilung Bildungspolitik der Industriellenvereinigung Dr. Gerhard Riemer die geplante Lehrplannovelle für Hauptschulen und Allgemeinbildende Höhere Schulen, welche eine rasche Umsetzung des Informatikunterrichts vorsieht, begrüßt. Er bezeichnet Informatik als die vierte Kulturtechnik, die nun effektiver im Unterricht vermittelt werden sollte, da die Industrie bereits seit 1984 fordere, die Arbeit am Computer in den Unterricht zu integrieren. Aus dieser Meldung geht mithin deutlich hervor, dass die Industrie ein massives Interesse am Einsatz von Computertechnologien in Schulen aufweist.

Dass die Wirtschaft Schulen unterstützt, um möglichst rasch die neuen Technologien in den Unterricht zu integrieren, kann auch anhand der nächsten veröffentlichten Meldung nachgewiesen werden: So ist am 30.11.1989 zu lesen, dass die Firmen *Alcatel Austria* und *Valid Logic Systems GmbH* aus München der Donaustädter Elektronik-HTBLA eine Einrichtung zum computerunterstützten Entwurf von Schaltungen im Wert von sechs Millionen Schilling zur Verfügung gestellt haben. Weiters wird in dieser Meldung die praxisorientierte Ausbildung in einer Übungsfirma hervorgehoben, die eine für Österreich neue Einrichtung in HTLs darstellt. Aus diesem Text geht deutlich hervor, dass die Wirtschaft nicht nur ein Interesse an der Implementierung von computerunterstützten Geräten an Schulen hat, sondern auch, dass sie diese Entwicklung durch Eigeninitiative fördert. Weiters ist dem Text zu entnehmen, dass praxisorientiertes Lernen mittels neuer Medien von der Wirtschaft gefordert wird. Schulen sollen sich nach den Interessen von Industrie und Wirtschaft richten, sich möglichst schnell den gegebenen Anforderungen anpassen und den Schülerinnen und Schülern praxisorientierten Unterricht bieten, damit diese im Anschluss an ihre Schulzeit rascher ins Berufsleben einsteigen können.

In einer weiteren Meldung vom 26.04.1990 ist zu lesen, dass die Firma Philips ein *Eureka-Projekt* initiiert, welches das Ziel verfolgt, ein möglichst weltumspannendes Netz von Satellitendaten-Empfangsstationen zu errichten. Im Rahmen dieses Projektes sollen „niedrigpreisige“ elektronische Geräte und unterrichtsorientierte Software für den interaktiven Unterricht am Computer entwickelt sowie die Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Betrieben mit großen Konzernen gefördert werden. Dieses Projekt soll eine praxisnahe Anwendung von Satellitendaten im Unterricht der mittleren und höheren Schulen sowie Universitäten ermöglichen. Mittels der Einführung dieses Projektes ist die

Anlegung einer weltumspannenden Bilddatenbank geplant, um die Kontrolle über globale Veränderungen der Umwelt zu erhalten.

Obwohl beim *Eureka-Projekt* von *Philips* der Umweltgedanke in den Vordergrund gerückt wird, so liegt das Interesse eindeutig an der Zusammenarbeit und Vernetzung verschiedener Betriebe und am Ausbau eines Satellitennetzwerkes zur Ausübung von Kontrolle. Beim von *Philips* initiierten *Eureka-Projekt* ist – ebenso wie aus der vorigen Meldung von *Alcatel Austria* – herauszulesen, dass die Wirtschaft ganz gezielte Projekte setzt, um Schulen für ihre wirtschaftlichen Anforderungen zu rüsten und mittels Computertechnologie für praxisnahe Ausbildung sorgen will.

Die unmittelbar nächste APA-Meldung ist vom 21.06.1990. Das Wiener Rathaus gibt bekannt, dass die Ausstattung mit insgesamt 900 Personalcomputern für alle 92 Wiener Hauptschulen im Wert von rund zwanzig Millionen Schilling abgeschlossen ist und die Lehrkräfte eine Einschulung erhalten hätten, da ab Herbst in den dritten und vierten Klassen der Hauptschulen Informatikunterricht durchgeführt werde. Das Konzept für die Computernetzwerke wurde – so die Angaben – von Spezialisten des Rechenzentrums der Stadt Wien ausgearbeitet. Nach Vorlage des Wiener Konzepts sollen auch Schulen in Salzburg und Niederösterreich mit Computernetzwerken ausgestattet werden. Als Begründung wurde angegeben, dass die Schülerinnen und Schüler den Umgang mit dem Computer als Vorbereitung für den Einstieg ins Berufsleben zu lernen hätten. Auch hier zeigt sich deutlich, dass das Interesse an der Einführung von Computertechnologien in den Schulen darin besteht, den beruflichen Anforderungen des Arbeitsmarktes zu entsprechen.

Am 8.04.1991 erschien eine Meldung mit dem Titel: „EDV erobert die Klassenzimmer“ und folgendem Untertitel: „Gemeinsamer Erfolg von Industrie und Unterrichtsressort – Ausstattung der Schulen mit Computern hat europäischen Standard erreicht – Nächster Schritt: EDV in allen Gegenständen“. Zum einen ist der Text eine Beweihräucherung des damaligen Leiters der Abteilung Bildungspolitik der Industriellenvereinigung, Dr. Gerhard Riemer, weil er – so ist zu lesen – bereits 1984 die Initiative zur Ausstattung der Schulen mit Computern erfolgreich initiiert hatte. Zum anderen wird klar aufgefordert weiter aufzurüsten und die Technologie noch mehr in den Unterricht – sogar in alle Gegenstände – einzubinden. Von der Österreichischen Computergesellschaft wird gefordert, dass jedem Schüler sein eigener Computerarbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden solle. Um die Informationstechnologie als Selbstverständlichkeit in Schulen anzusehen, wird ein

Statement des deutschen Univ. Prof. Dr. Klaus Haefner herangezogen. Für den Professor für Angewandte Informatik sei eine totale Schulplanreform unerlässlich und das Bildungswesen hätte seine Rolle neu zu definieren. Der Lehrer der Zukunft müsse dem Schüler helfen, sich in einer komplexeren Umwelt angemessen zu bewegen. Um dies erreichen zu können, sollen diese neuen Technologien in allen Unterrichtseinheiten genutzt werden. Und das nicht nur in Österreich, sondern auf der ganzen Welt.

Aus dieser Meldung geht hervor, dass der Einsatz von Computer- und Informationstechnologien an Schulen als selbstverständlich erachtet wird. Auffällig ist die offensichtlich verbreitete Meinung, dass sich Lehrkräfte an das Medium und nicht das Medium an die Lehrkräfte anzupassen habe. Demnach ist es auch nicht verwunderlich, dass in diesem medial verbreiteten Text keine Pädagogen zu Wort kommen. Denn klar ist: Industrie, Computergesellschaft und Informatikwissenschaft konstatieren, was gut für die Schule und die Zukunft der Kinder ist.

Im Zuge der Recherche nach der Begriffskombination ‚*Computer + Unterricht*‘ konnte dargestellt werden, dass bei der Einführung von Computern und deren Technologie an den Schulen eindeutig ein wirtschaftliches Interesse gegeben war. Ebenso augenscheinlich war, dass die Pädagogik nicht vordergründig zur Mitsprache bei der Umstrukturierung von Schule und Unterricht herangezogen wurde. Im nächsten Schritt werden wir Meldungen zum Thema Einführung von Internet an Schulen diskutiert.

Wird in der APA-DeFacto Datenbank nach ‚*Internet + Schule*‘ gesucht, so sind insgesamt 328 Meldungen auffindbar. Der erste Eintrag ist vom 1.12.1994 und ist dabei auch der einzige dieses Jahres. Er stammt aus einer Rede von Unterrichtsminister und Vizekanzler Erhard Busek und wurde vom Pressedienst der ÖVP veröffentlicht. Der Titel: „Im Unterrichtsressort sind Kreativität und ein Überdenken notwendig“. Bevor auf die Inhalte eingegangen wird, soll nochmals erwähnt werden, dass Erhard Busek als erster Vizekanzler die Leitung des Unterrichtsressorts inne hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Unterrichtsminister immer von der Regierungspartei gestellt. Da die SPÖ seit 1970 – 24 Jahre – die regierende Partei war und somit den Unterrichtsminister stellte, ist diese Veränderung bemerkenswert. Aus welchen Beweggründen auch immer die Regierungspartei SPÖ erstmalig die Aufgaben des Unterrichtsministeriums an den Koalitionspartner ÖVP abgab, es kann mit einem verstärkten Schub zugunsten wirtschaftlicher Interessen gerechnet werden, da die ÖVP – wie in den

Grundsatzprogrammen ausgearbeitet – stärker als die SPÖ Wirtschaftsnähe bekundet.

Nach Busek, so ist es in der Meldung vom Dezember zu lesen, sieht die Regierung eine innere Schulreform vor, die sich zukünftig an Kernbildungszielen orientiert und die Lehrpläne in Kern- und Erweiterungsstoff teilen will. Die angegebenen Vorteile seien ein schlankerer Lehrplan und somit eine Entlastung der Schüler. Die Frage, die sich beim Lesen dieser Meldung unweigerlich aufdrängt, ist: Was bleibt im Kern- und was kommt in den Erweiterungsstoff? Diese Details werden in diesem Text nicht erörtert. Tatsache ist, dass die Reform eine Stoffteilung vorsieht und die Schülerinnen und Schüler im Kernbereich weniger Lerninhalte zur Verfügung gestellt bekommen. Es kann mithin gefolgert werden, dass – wer mehr lernen will oder muss –zusätzlich den Erweiterungsstoff zu lernen hat. Inwieweit dieser Erweiterungsstoff eine höhere Belastung für die Schülerinnen und Schüler darstellt und inwieweit durch eine Stofftrennung die sozialen Schichten in Schulen ebenfalls getrennt werden, dies findet in dieser Meldung keine Erwähnung.

Ein weiteres Anliegen Buseks ist der Ausbau der Begabten- und Hochbegabtenförderung. Er will nicht-konfessionellen Privatschulen mehr Aufmerksamkeit schenken und ist bestrebt, ihnen mehr Unterstützung zukommen zu lassen. Dies könnte als Indiz dafür angesehen werden, dass eine Trennung von Unterschieden eindeutig gewünscht ist und demnach Privatschulen verstärkt gefördert werden sollten. Durch solche Begründungen können soziale Unterschiede legitimiert werden, die zwar als politisch korrekt, jedoch nicht als sozial verträglich angesehen werden können. Hier ist die neoliberale Weltsicht Buseks eindeutig zu erkennen. Dies ist ein gutes Beispiel, wie mittels Reformen das neoliberale Gedankenmuster im Bildungssystem politisch durchgesetzt wird.

Busek äußert sich auch zur Erwachsenenbildung. Sie müsse aus ihrem ‚Dornröschenschlaf‘ geweckt werden. Da nach seinen Angaben immer mehr Erwachsene den Zugang zu Weiterbildungsmöglichkeiten suchen und es aufgrund der fehlenden Zweidrittelmehrheit der Regierung nicht möglich ist, hier entsprechende Angebote zu fördern, stellt er sich der Diskussion, denn die Weiterbildungspolitik müsse einer veränderten Situation Rechnung tragen. Ob sich die ‚veränderte Situation‘ auf den Machtwechsel im Unterrichtsministerium bezieht oder auf die anwachsende Forderung der Bürger, in der Freizeit mehr lernen zu wollen, kann nicht eindeutig herausgelesen werden. Es könnte auch sein, dass mit der veränderten Situation die starke Nutzung von Informations- und

Kommunikationstechniken am Arbeitsplatz gemeint ist. Deutlich wird hier allemal, dass das politische Interesse am lebenslangen Lernen gegeben ist.

Was kann im Folgejahr 1995 zur Suche ‚*Internet + Schule*‘ aufgefunden werden? Insgesamt sind dreizehn Meldungen in der APA-DeFacto-Datenbank zu finden. Interessant ist, dass sechs Veröffentlichungen, d.h. fast die Hälfte, aus Vorarlberg stammen. Dass gerade Vorarlberg solch eine Vorreiterrolle in der Einführung von Internet an Schulen spielt, ist vielleicht weniger verwunderlich, wenn die Führung der Landespolitik in den Blick genommen wird. Denn seit Anbeginn der zweiten Republik herrscht in Vorarlberg mit einer einmaligen kurzen Ausnahme die Österreichische Volkspartei mit absoluter Mandatsmehrheit (vgl. Vorarlberg 2012).

Am 6.09.1995 meldet die Vorarlberger Landesregierung, dass sie nun ‚*on line*‘ und in das weltweite Informations-, Daten und Kommunikationsnetz Internet eingebunden ist. Drei Monate später wird im Rahmen einer Presseaussendung am 12.12.1995 betont, dass sowohl die Schulen als auch das Pädagogische Institut des Bundes in Feldkirch ans Internet angebunden werden. Es wird das Ziel verfolgt, das „dichteste und leistungsfähigste Schulnetz Österreichs aufzubauen“. Sowohl die Investitionskosten, die teilweise durch die Wirtschaft gesponsert werden, als auch die jährlichen Betriebskosten werden mit je 30.000 Schilling budgetiert. Ungeachtet der Kosten werden von der Landesrätin Eva Maria Waibel drei Begründungen für die Interneteinführung angeführt: Der Umgang mit dem Computer stelle in der heutigen Gesellschaft eine Schlüsselqualifikation dar, zudem sei es ebenso möglich, mit neuen Lernprogrammen das individuelle Lernen sowie das Selbstmanagement zu fördern, und nicht zuletzt würden diese Maßnahmen zum allgemeinen Verständnis für die Telekommunikation beitragen. Aus dieser Meldung kann zum einen geschlossen werden, dass die Einführung von Internetzugängen an Schulen dafür genutzt wird, um in der Gesellschaft eine Akzeptanz für die neuen Kommunikationsmöglichkeiten zu schaffen. Zum anderen wird darauf hingewiesen, dass mittels neuer Lernprogramme das individuelle Lernen gefördert werden könne – ein Argument, das hier zum ersten Mal Erwähnung findet.

Eine weitere Meldung aus Vorarlberg, vom 27.12.1995, trägt den Titel: „Internet für alle Übungsfirmen an HAK und HASCH in Vbg“. Es ist zu lesen, dass ab dem Jänner 1996 jede Übungsfirma per Internet erreichbar sein wird und diese neue Technologie „eine Bereicherung des herkömmlichen Unterrichts“ darstelle. Die Landesrätin Waibel freut sich,

dass ein ‚Lernmarkt‘ geschaffen werden kann, der praktisches Lernen garantiere. Das Internet helfe – so die Landesrätin – den Schülerinnen und Schülern, die entscheidenden und notwendigen Qualifikationen für ihren zukünftigen Arbeitsplatz zu erwerben. Und als besonderer Vorteil wird die Kostenersparnis angeführt, da der Postbriefverkehr (S 6,00) zwischen den Übungsfirmen durch die wesentlich kostengünstigere Internetübersendung (S 0,10) ersetzt werden könne. Es wird konstatiert, dass die Übungsfirma sowohl Lernort als auch Lernmethode darstelle, denn die betrieblichen Vorgänge werden nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten – handlungsorientiert – durchgeführt.

Aus diesem Text lässt sich im Allgemeinen eine radikale Marktorientierung herauslesen. Zuerst stellt sich die Frage, was ein ‚Lernmarkt‘ ist? Ist es ein Markt, an dem Lernen eingekauft werden kann? Oder kann dort gelernt werden, wie man sich am Markt zu verhalten habe? Jedenfalls dient eine Übungsfirma dazu, die jungen Menschen beizubringen zu lehren, wie sie sich marktwirtschaftlich zu orientieren haben und welche entscheidenden Qualifikationen am Markt gefragt sind.

Die Kostenersparnis durch die Nutzung von Internet ist – wie in dieser Meldung zu lesen – ein beliebtes Argument. Wenn die Kosten für einen Briefversand von sechs Schilling auf nur mehr 10 Groschen gesenkt werden können, dann kann nichts gegen die Nutzung der neuen Technologie sprechen. Es ist davon auszugehen, dass die Anschaffungs- und Erhaltungskosten für die Internetnutzung nicht berechnet wurden. Denn wie in der Meldung vom 12.12. erwähnt, wären für jede Schule etwa 30.000 Schilling Investitionskosten zu tätigen, wobei sich die jährlichen Betriebskosten auf etwa 30.000 Schilling belaufen würden. Das führt uns zum dritten Argument, welches das *handlungsorientierte Lernen* erstmalig in den Mittelpunkt rückt.

Das in der Übungsfirma forcierte *handlungsorientierte Lernen* befähigt die Schülerinnen und Schüler, ihre Aufgaben nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten durchzuführen. In einer Übungsfirma – die interessanterweise nicht nur als Lernort, sondern auch als Lernmethode bezeichnet wird – wird sowohl das selbständige Arbeiten als auch das Arbeiten im Team unterstützt. Mittels dieser Strategien sollen die Schülerinnen und Schüler eindeutig auf praktischer Ebene über den *Lernmarkt* auf den *Arbeitsmarkt* vorbereitet werden, um so den Vorgaben der Wirtschaft Rechnung zu tragen.

Anhand der exemplarisch vorgestellten und medial veröffentlichten APA-Meldungen zu den Themen Computer und Internet in Unterricht und Schule vor dem Jahre 2000 kann

mithin geschlossen werden, dass vor allem marktwirtschaftliche Interessen zur Einführung von Computertechnologien an Schulen geführt haben. Dabei werden das Argument der Kostenersparnis und das „Rüsten“ für die Zukunft als Begründungen für den Einsatz der neuen Technologien angeführt.

Um diese Analyse des medialen Teilfelds abzurunden, werden im zweiten Teil des Kapitels exemplarisch die ersten Artikel zweier Tageszeitungen hinsichtlich des Begriffs eLearning analysiert, um darzulegen, *was* und *wie* veröffentlicht wurde.

## **6.2. Teil II – ab 2000**

Wie bereits erwähnt, wurde für die Recherche in zwei österreichischen Tageszeitungen – die *Neue Kronen Zeitung* und *Die Presse* – die Datenbank von DeFacto-Campus, welche Artikel ab dem Jahr 2000 bereithält, verwendet. Ein interessantes Recherchedetail, das auf der Website von DeFacto-Campus jedoch nicht kommuniziert wird, besteht darin, dass im Gegensatz zur DeFacto-Datenbank die Suchbegriffe nach ihrer Reihenfolge hierarchisiert werden. Daher erscheinen je nach Reihenfolge der Suchbegriffe unterschiedliche Suchergebnisse. So finden sich beispielsweise beim Suchergebnis zu ‚*Schule + Computer*‘ fünf Treffer. Wenn im gleichen Zeitraum nach ‚*Computer + Schule*‘ gesucht wird, werden dreizehn Treffer angezeigt. Ebenso uneindeutig verhält es sich mit der Beschlagwortung, hier sind keine eindeutigen Kriterien vorgegeben. Wird nach dem Wort ‚*elearning*‘ – ohne Bindestrich – gesucht, dann werden 39 Treffer angezeigt. Wird jedoch nach dem Wort ‚*e-learning*‘ – mit Bindestrich – gesucht, dann werden 453 Dokumente aufgefunden. Unter Berücksichtigung des Arbeitsumfanges werden die ersten Meldungen in beiden Tageszeitungen zur Analyse herangezogen. Was war nun der erste Zeitungsartikel über eLearning im Jahr 2000, unabhängig von der Schreibweise?

Der allererste Artikel mit dem Titel „NEU: Der Informatiklehrer“ ist am 5.02.2000 in der *Presse* erschienen. Es wird das Konzept der damaligen Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler zur Forcierung von eLearning an Schulen vorgestellt. Aufgrund einer Studie, die eine Prognose von 85.000 neuen Arbeitsplätzen prophezeit, soll ab dem Herbst das Lehramtsstudium Informatik und die Ausbildung zum Informationsmanager angeboten werden. Interessant ist die Tätigkeitsbeschreibung für die Informatiklehrer. Denn er könne sowohl EDV als auch das Freifach Informatik unterrichten, sollte aber auch die Netzwerke

an den Schulen betreuen. Demnach dient diese Ausbildung nicht in erster Linie dem Unterricht, sondern der Implementierung und Wartung eines technischen Systems in Schulen.

Desweiteren wird betont, dass noch nicht alle Bundesschulen (damit sind die Pflichtschulen gemeint) mit dem Internet verbunden und demnach noch nicht mit den virtuellen Bildungsangeboten aufgerüstet sind. Deshalb soll die Ausstattung der Schulen mittels der *Computermilliarde* verbessert werden. Wörtlich steht geschrieben: „Im kommenden Jahr soll dann mit der ‚Computermilliarde‘ (zusätzliche Aufwendungen in dieser Legislaturperiode) die Ausstattung an den Schulen verbessert werden“. Auch hier ist es bemerkenswert, dass die Information „zusätzliche Aufwendung in dieser Legislaturperiode“ in einer Klammer, als Zusatz-, Neben- oder Randbemerkung dargeboten wird. Die Leser könnten glauben, dass mehr Geld in das Bildungssystem fließen würde, wäre da nicht der letzte Satz des Artikels, der darauf aufmerksam macht, dass die zusätzliche Milliarde – so die skeptischen Argumente der Opposition aus SPÖ und Grünen – nicht über massive Einsparungen im Bildungsbudget hinwegtäuschen könne. Die Kritik der Opposition bezieht sich mithin darauf, dass die Formulierung ‚zusätzliche Aufwendungen‘ eigentlich ‚massive Einsparungen‘ meint. Dass dem Vorhaben von Gehrler sowohl von der Industriellenvereinigung als auch von der FPÖ Beifall gezollt wird, ist dabei nicht weiter verwunderlich, da sich deren Interessen ebenfalls an neuen Märkten und Umsätzen orientieren.

Insofern ist schon der erste Satz dieses Artikels bezeichnend. „Bis 2003 wird Österreich nach einer Studie der International Data Corporation mindestens 85.000 neue Arbeitsplätze im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien benötigen“. Worum handelt es sich bei der International Data Corporation? Die weitere Recherche führte zur Website von IDC Austria, wo unter dem Punkt „ABPUT IDC“ Folgendes zu lesen ist:

„IDC, der weltweit führende Marktforscher, Unternehmensberatung und Eventorganisation im Bereich der Informationstechnologie, Telekommunikation und Konsumententechnologie, ist mit Repräsentanzen in über 110 Ländern vertreten, weltweit sind mehr als 1000 Analysten für das Unternehmen tätig. IDC ist der Research- und Consulting Arm der IDG-Gruppe, des weltweit größten Herausgebers von Computerzeitschriften und -zeitschriften (Computerworld, PC-World, Infoworld, Computerwelt, etc.)“ (IDC Austria 2012, online).

Mithin kann nachgewiesen werden, dass das Interesse an der Forcierung von Computertechnologien an Schulen und die dabei als Grundlage herangezogene Studie direkt mit einem zukunftsorientierten privaten Marktanbieter verbunden ist. Mithin gibt diese Pressemeldung ein herausragendes Beispiel dafür, wie neoliberale Privatinteressen den öffentlichen Raum der Schule durchdringen.

Ganz anders gestaltet sich der erste Artikel zum Thema eLearning in der Neuen *Kronen Zeitung*. Am 14.04.2000 erschien ein Bild mit folgendem Begleittext:

„Die Schulbank drückt Bildungsministerin Gehrler (im Bild an einem Laptop). Sie absolviert einen Kurs zum europäischen Computer-Führerschein. Sie lernt damit die grundlegenden Begriffe der Computertechnik, über die künftig jeder Arbeitnehmer verfügen muss. Gehrler geht damit bei ihrer Bildungsinitiative ‚e-learning und Internet‘ mit gutem Beispiel voran.“

Dieses Bild soll der Bevölkerung signalisieren, dass stetiges Lernen am Arbeitsplatz gebraucht wird und jeder Arbeitnehmer künftig über solch eine derartige Zertifizierung wie den Computer-Führerschein verfügen *muss*. Dieser Zwang in der Wortwahl lässt dabei keine Zweifel entstehen. Die obrigkeitshörigen Österreicher haben ihrer Bildungsministerin zu folgen ...

Interessant ist, dass in keinem der soeben analysierten Artikel das Wort eLearning ausdrücklich verwendet wird. Darüber hinaus kann konstatiert werden, dass die klare Botschaft beider Artikel darin besteht, dass mit und über Computertechnologie gelernt werden kann und vor allem gelernt werden muss. Der Einzug der neuen Technologien in unsere Arbeitswelt und in unsere Schulen, so lässt sich abschließend formulieren, war massiv mit einer Ideologie verbunden, nach der sich diesen Technologien nicht verschließen kann, wer künftig erfolgreich sein will. Auch dies ein Beispiel für die subtile Durchsetzung neoliberaler Denkstrukturen im öffentlichen Raum.

## **Zusammenfassung des medialen Teilfeldes**

Der Begriff eLearning erscheint in medial verbreiteten Meldungen erst um die Jahrtausendwende. Aus verschiedenen Meldungen kann entnommen werden, dass eLearning von Beginn an mit Begriffen wie Netzwerk, Flexibilität, Innovation, Individualität, Business und Commerce verwoben war und damit ein eindeutig nachweisbares marktwirtschaftliches Interesse an der Einsetzung der Informations- und Kommunikationstechnik bestand. Die flächendeckende Einführung dieser Technologie ermöglichte die Errichtung globaler Netzwerke, die eine Voraussetzung dafür darstellen, dass beispielsweise Satellitentechnik zur Kontrolle eingesetzt werden kann.

Anhand der hier analysierten Meldungen kann deutlich gemacht werden, dass eLearning ursprünglich für den Einsatz in Unternehmen – im Rahmen der Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – entwickelt wurde, und erst danach Einzug in die Schulen gehalten hat. Anhand der angeführten Beispiele kann konstatiert werden, dass Wirtschaft und Industrie die Einführung von Computertechnologie an den Schulen nicht nur forderte, sondern auch selbst, mittels unterschiedlicher Projekte, forcierte. Die Politik unterstützt die von der Wirtschaft geforderten Interessen, wie an der Großinitiative des Wiener Stadtschulrates zur „Aufrüstung“ von Hauptschulen im Jahre 1990 gezeigt werden konnte.

Dabei ist das Hauptargument für den Einsatz der neuen Technologien das der Kostenersparnis. Unabhängig davon, ob bei den angeführten Rechenbeispielen auch alle relevanten Zahlen Berücksichtigung gefunden haben, ist dieses Argument aus wissenschaftlicher Sicht weitgehend überholt.

Ein weiteres Argument für den Einsatz der IKT ist die marktkonforme Umgestaltung des Unterrichts, um Schülerinnen und Schüler bei Zeiten auf das Berufsleben vorzubereiten und zu „rüsten“. Bereits Mitte der 90-er wurde in schulischen Übungsfirmen das handlungsorientierte Lernen erprobt und als entscheidende und notwendige Qualifikation für den Arbeitsmarkt angesehen. Der Umgang mit Computern stellt dabei eine Schlüsselqualifikation dar, da die neuen Lernprogramme – ganz im Sinne des Neoliberalismus – individuelles Lernen und Selbstmanagement fordern und fördern. Deshalb wird bei einer näheren Analyse der Berichterstattungen mehr als deutlich, dass die Einführung von Computer und eLearning in Schulen vorwiegend auf einen wirtschaftlichen Bedarf reagierte.

Dabei ist auffällig, dass weder in den Meldungen der APA noch in den Tageszeitungen ein Hinweis dafür gefunden werden konnte, dass sich Lehrerinnen und Lehrer zu diesen Themen äußerten. Dabei wurde breit diskutiert, was von einem Lehrkörper der Zukunft zu erwarten sei: Kinder und Jugendliche sollen auf eine immer komplexere Umwelt vorbereitet werden, wobei die Lehrer verpflichtet sind, lebenslang zu lernen, um sich ebenfalls für die neugestellten Aufgaben zu „rüsten“. Diese Meldungen wurden aber *über* und nicht *von* Lehrerinnen und Lehrer(n) formuliert. Deshalb konnte auch keine Meldung aufgefunden werden, die den Einsatz von neuen Technologien aus pädagogischer Sicht fordert bzw. rechtfertigt.

In den vorgestellten Meldungen ist auch klar ersichtlich, dass die österreichischen Regierungsparteien die in den Grundsatzprogrammen angekündigten Schulreformen aktiv durchsetzen. So sind die neuen Technologien beispielsweise überaus nützlich, wenn die von der ÖVP geforderte Strategie des lebenslangen Lernens (LLL) durchgesetzt werden soll. Denn durch den Verweis auf die rasche technologische Entwicklung erscheint marktkonforme Weiterbildung als unerlässlich.

Ebenso werden mittels der Nutzung von Computertechnologien verschiedene Maßnahmen zur Zertifizierung legitimiert. Beispielsweise kann der Europäische Computerführerschein (ECDL) absolviert werden, um die – für das Berufsleben so unerlässlichen – Qualifikationen unter Beweis zu stellen. Gerade der ECDL stellt eine Zertifizierungsmaßnahme dar, die über den Einsatz von neuen Medien forciert und legitimiert wurde.

So wird gerade im Blick auf die 1994 gehaltene Rede von Erhard Busek überaus klar, dass die „innere Schulreform“ der ÖVP – wie bereits in ihren Grundsatzprogrammen angekündigt – der *Deregulierung* und *Privatisierung* des Bildungssystems nachgeht, wenngleich diese Begriffe nicht explizit genannt werden.

Als Conclusio der Analyse kann mithin abschließend festgehalten werden, dass die medial verbreiteten Meldungen über die Einführung von Computertechnologien und eLearning an Schulen ein hervorragendes Beispiel dafür bieten, wie parallel zur Schaffung gesellschaftlicher Akzeptanz für *neue Medien* eine Etablierung und Durchsetzung neoliberaler Denkstrukturen stattgefunden hat.

## 7. Resümee

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, im Zuge einer ideologiekritischen Auseinandersetzung aufzuzeigen, unter welchen Bedingungen eLearning im österreichischen Bildungssystem angewendet wurde. Die dafür gewählten Forschungsfragen lauteten: Welche Interessen und Einflüsse haben zur Einführung von eLearning an Österreichs Schulen geführt? Welche Argumente wurden eingesetzt und wie wurden diese begründet? Und inwiefern kann eLearning als Vehikel neoliberaler Ideologien begriffen werden? Es wurde davon ausgegangen, dass in diversen Schriften Absichten und Begründungen für diesbezügliche Entscheidungen auffindbar sind oder rekonstruiert werden können. Zu diesem Zweck wurden zwei Teilfelder – ein politisches und ein mediales – untersucht.

Um das politische Teilfeld zu analysieren, wurden die Machtverteilung im Nationalrat rekonstruiert und die Grundsatzprogramme der politischen Parteien zwischen 1972 und 1995 untersucht, um einen Einblick in deren Haltung und richtungsweisende Forderungen zu gewinnen. In der Reihenfolge ihres Erscheinens wurden je ein Grundsatzprogramm der Oppositionsparteien – der Grünen und der FPÖ – sowie je zwei Grundsatzprogramme der Regierungsparteien – der SPÖ und der ÖVP – herangezogen.

Es wurde dargelegt, dass in Österreich bis in die 80er-Jahre „zweieinhalb“ Parteien im Parlament vertreten waren (SPÖ-ÖVP-FPÖ), bis die Grünen 1986 in den Nationalrat einzogen. Obwohl die Grünen bis heute noch keine Regierungsverantwortung getragen haben, prägten sie das politische System Österreichs erheblich. Denn die Forderung, dass Umweltpolitik für die Erhaltung und Sicherung der Lebensgrundlagen in allen Bereichen der Gesellschaft wirksam werden müsse, führte dazu, dass dem Problembereich der Ökologie auch in den nachfolgenden Grundsatzprogrammen anderer Parteien Raum gegeben wurde. Als herausragendes Beispiel dafür kann das Grundsatzprogramm der ÖVP von 1995 dienen, das den Begriff „soziale Marktwirtschaft“ von 1972 durch „Ökosoziale Marktwirtschaft“ ersetzte. Ebenso bekennt sich die ÖVP in ihrem Grundsatzprogramm von 1995 erstmals zu der bereits 1996 von den Grünen geforderten „direkten Demokratie“.

Für die Grünen steht primär der Mensch mit seinem natürlichen Umfeld im Mittelpunkt, und in diesem Sinne sollten sich die Interessen der Wirtschaft den menschlichen und natürlichen Lebensbedingungen unterordnen und nicht umgekehrt. Es konnte herausgestellt werden, dass sich die Grünen – als einzige Partei Österreichs – für eine

Grundsicherung eingesetzt haben und sich sowohl gegen das Leistungsprinzip als auch gegen die wirtschaftlich geforderte Privatisierung wendeten.

Im Gegenzug dazu kann dem 1985 erstellten Grundsatzprogramm der FPÖ entnommen werden, dass sie grundsätzlich für eine kurzfristige staatliche Grundversorgung eintritt, sich jedoch gegen einen bürgerlichen Versorgungsstaat wendet. Sie appelliert an die Eigenverantwortung und fordert die Einzelnen auf, privat vorzusorgen, um die Staatskassen zu entlasten. Als Anreiz für die eigene Sparleistung verspricht sie Steuerbegünstigungen. Die FPÖ sieht das Leistungsprinzip als treibende Kraft in der gesellschaftlichen Entwicklung und bekennt sich klar zur Markt- und Leistungsgesellschaft. Generell steht sie den technischen Entwicklungen positiv gegenüber und wünscht sich sowohl Pressefreiheit als auch den uneingeschränkten Zugang der Bürger zu Informationen. Sie warnt jedoch vor geistiger Umweltverschmutzung durch „ausländische Billigprodukte“ und fordert kritische Erziehung zur Mediennutzung, um die Unterscheidungsfähigkeit zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung zu wecken.

Was die Analyse der vier Grundsatzprogramme der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP betrifft, so konnte anhand einiger Beispiele aufgezeigt werden, dass beide Parteien, obwohl sie ähnliche Forderungen haben, in ihren Beweggründen als durchaus verschieden betrachtet werden können. Beide Parteien treten für ein demokratisches Österreich ein und beide thematisieren das Soziale, wobei die SPÖ damit ‚soziale Sicherheit‘, die ÖVP hingegen ‚sozialen Fortschritt‘ assoziiert. Beispielsweise forcierten beide Parteien den Einsatz von Neuen Computertechnologien in Schulen. Die SPÖ wollte damit den neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden, um brauchbare Ausbildungen anbieten zu können, da der Einsatz von neuen Techniken auch Felder zusätzlicher Arbeitsplätze schafft. Die ÖVP wollte dementsprechend Technologien nutzen, um Lehrpläne umzuändern sowie Orientierungsstandards zur Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle einzuführen. Damit sollte auf die Notwendigkeit der ökonomischen Entwicklung reagiert werden.

Das primäre Interesse der SPÖ liegt indes beim Menschen und dessen Wohlergehen, sekundär ist die Wirtschaft, welcher Rahmenbedingungen auferlegt werden müssen. Im Gegensatz dazu liegen die primären Interessen der ÖVP im Umfeld von Wirtschaft und Wachstum. Sie will die Wirtschaft auf Grundlage des freien Wettbewerbs und der

internationalen Konkurrenz dynamisch vorantreiben sowie zahlreiche Wahlmöglichkeiten in allen Lebensbereichen herstellen. Das durchaus Bemerkenswerte an der dreizehn Jahre (1987–2000) bestehenden großen Koalition ist, dass – obwohl die SPÖ die stimmenstärkere Partei von beiden war – sich die Interessen der ÖVP – *Leistung, Wettbewerb, Deregulierung und Privatisierung des Schulsystems* – stärker durchgesetzt haben.

Beispielhaft dafür können die vom bm:ukk gesetzten Maßnahmen zur Einführung von eLearning an Schulen herangezogen werden. Im Zuge der Arbeit wurden die Projekte *TEVALO, eLSA, edumoodle* und *Web 2.0* vorgestellt, um die Begründungen für deren Einsatz zu analysieren. Neben den klassischen Begründungen der *Orts- und Zeitunabhängigkeit* sowie der *Zeit- und Kostenersparnis* wurden bei den Projektbeschreibungen auch die *Vorteile des selbstgesteuerten, individuellen und kollaborativen* bis hin zum *handlungsorientierten Lernen* angeführt. Anhand der Projektanalysen wurde deutlich, dass Schulen durch die Implementierung von eLearning technisch aufgerüstet und Lehrkräfte mit neuen Unterrichtswerkzeugen konfrontiert wurden. Ebenso konnte aufgezeigt werden, dass Maßnahmen zur *Qualifizierung, Zertifizierung* oder *Qualitätssicherung* immer mit *Vergleich, Kontrolle* und *Zugangsbeschränkung* einhergehen. Durch die genauere Betrachtung der angegebenen Vertragspartner (Education Group GmbH) des *edumoodle* Projekts konnte zudem dargelegt werden, wie die Auslagerung und Privatisierung von Bildungseinrichtungen vor sich gehen kann, und wie sie mit angeblichen Personal- und Sachmittlersparnissen legitimiert wurde. Im Blick auf das *Web 2.0*-Projekt konnte darüber hinaus aufgezeigt werden, wie es einem Netzerkanbieter (Telekom), der mit dem Ausbau von Internetanbindungen eindeutig wirtschaftliche Vorteile erzielen kann, gelang, ein Projekt zur Nutzung von Webtechnologien an Schulen zu initiieren und es gleichzeitig durch wissenschaftliche Studien zu legitimieren.

Was die Einführung von eLearning betrifft, so konnte anhand des medialen Feldes deutlich gemacht werden, dass diese Technologie ursprünglich für Betriebe und nicht für Schulen entwickelt wurde, um der Forderung nach *lebenslangem Lernen* gerecht zu werden. Ebenso wurde angeführt, dass die Einführung von Computertechnologien in Schulen von der Wirtschaft gefordert und gefördert sowie mit *Kostenersparnis* bzw. „*Rüsten für die Zukunft*“ begründet wurde. Zudem konnte dargelegt werden, wie mit neuen Medien

Zertifizierungsmaßnahmen – beispielsweise der Europäische Computerführerschein (ECDL) – forciert und legitimiert wurden. Es konnte aufgezeigt werden, dass die bereits im Grundsatzprogramm der ÖVP angekündigte Deregulierung und Privatisierung des Bildungssystems mithilfe medial verbreiteter Artikel zur ‚inneren Schulreform‘ der Öffentlichkeit präsentiert wurde. So konnte abschließend festgehalten werden, dass in offensichtlicher Weise wirtschaftliche Interessen an der Forcierung von eLearning bestanden. Es konnte dabei auch nachgewiesen werden, dass die medial verbreiteten Meldungen Akzeptanz für eLearning in der Gesellschaft schufen und gleichzeitig zur Etablierung von neoliberalen Denkstrukturen führten.

Werden nun die Erkenntnisse über das politische und das mediale Feld zusammengefasst, so kann aufgrund der vorgefundenen Materialien die Ausgangsfrage, ob eLearning ein Vehikel des Neoliberalismus darstellt, grundsätzlich positiv beantwortet werden, da neben politischen vor allem wirtschaftliche Interessen und Einflüsse zur Einführung von eLearning an Österreichs Schulen geführt haben.

Mit der Beantwortung dieser Ausgangsfrage ist jedoch keineswegs geklärt, wie eine freiwillige Einordnung und aktive Zustimmung zu einer derartigen Einschränkung pädagogischer Handlungsbedingungen möglich ist. Die präzise Beantwortung dieser Frage würde den Rahmen der Arbeit sprengen, kann aber als Desiderat der Forschung bezeichnet werden.

Weitere Forschungen können aber dort ansetzen, wo im Rahmen dieser Arbeit bereits die am häufigsten angeführten Argumente für die Nutzung von Computertechnologien – insbesondere des eLearnings – hervorgehoben werden konnten. Deshalb sollen hier im Sinne eines Ausblicks abschließend die wichtigsten dieser Argumente zusammengefasst werden.

**Lernen für die Zukunft:** Der Verweis auf künftige Verbesserungen des Bildungssystems ist eines der beliebtesten Argumente des bm:ukk. Selten aber wird erfasst, dass gerade dieser Glaube an die Zukunft neoliberale Machtstrukturen in der Gegenwart legitimieren kann. Im Sinne einer neuen Religion kann der Neoliberalismus dahingehend genutzt werden, um das Individuum marktkonform zu mobilisieren.

**Orts- und Zeitunabhängigkeit:** Mittels der neuen Kommunikationstechnologien ist es grundsätzlich möglich, den Alltag zu durchsetzen, damit das Individuum allorts und jederzeit – also rund um die Uhr – verfügbar ist. Diese permanente Verfügbarkeit wird des Öfteren mit den Begriffen *Mobilität* und *Flexibilität* umschrieben bzw. gefordert. Auch dies markiert einen Problembereich, der weitere Forschungen nötig machen würde.

**Selbstgesteuertes Lernen:** Bildungsprozesse werden seit jeher durch unterschiedliche Lehr- und Lerntechniken beeinflusst. Durch den flächendeckenden Einsatz von IKT wird deutlich, wie es zur Vereinheitlichung von Wahrnehmung kommt und wie mittels selbstgesteuertem Lernen erneut die Motivationspotentiale des Individuums abgerufen werden, um neoliberalen Denkstrukturen zu folgen. Durch die Selbststeuerung wird das Individuum im Sinne des Neoliberalismus mit Bewegungsmöglichkeiten in einem vorprogrammierten System ausgestattet. Auch hier wäre eine nähere Analyse wünschenswert.

Abschließend soll noch einmal auf die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens eingegangen werden, die im Rahmen dieser Arbeit sowohl im politischen als auch im medialen Teilfeld thematisiert wurde: Wenn davon ausgegangen wird, dass sich Lernen aufgrund der technologischen Veränderungen seit den 70er-Jahren auf das gesamte Arbeitsleben ausdehnt und es demzufolge eines stetigen Dazu- und Weiterlernens bedarf, dann kann die Grundsatzdiskussion über das lebenslange Lernen nicht von der Entwicklung und Implementierung von eLearning getrennt werden.

Es ist gleichgültig, ob von lebenslangem Lernen oder von Privatisierung der Bildung gesprochen wird. Beide Ideologien verweisen auf ein marktwirtschaftlich dominiertes Regelsystem. Wenn davon ausgegangen wird, dass die Privatisierung der Bildung auch die Behandlung der Bildung als Ware bedingt, dann können die Schülerinnen und Schüler als Kunden oder Konsumenten von Bildung angesehen werden, was wiederum die Vergleichbarkeit der Ware Bildung mittels Standardisierung und Qualifizierung erfordert. Und so können die Bildungskonsumenten selbst als Ware betrachtet werden, deren *Humankapital* im stetigen Wettbewerb mit anderen steht und stehen soll. Dies bedingt die Aufforderung zu lebenslangem Lernen, um den Marktpreis und die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Gerade dadurch wird es aber möglich, dass der Einzelne an seine Freiheit glaubt und doch über neoliberale Denksysteme durchsteuert wird. Die eigentümliche Leistung dieser Ideologie ist mithin die *Selbstverdinglichung des Menschen* unter

Kategorien des *zweckrationalen Handelns* (Habermas 1969: 82). Diese indirekte Lenkung durch gesetzte Stimuli (LLL, sinnerfüllte Freizeitgestaltung) kann, dies wurde im Rahmen dieser Arbeit mehrfach deutlich, durch den Einsatz von eLearning herbeigeführt werden. Gerade dadurch zeichnet sich die problematische Überlappung von Ideologie und Technologie im Feld der konkreten Unterrichtspraxis aus, weshalb einem unreflektierten Einsatz von IKT mit Nachdruck zu widersprechen ist.

## 9. Literatur

- Adorno, Theodor W. / Horkheimer, Max (1969): Dialektik der Aufklärung. Online:  
URL: [http://offene-uni.de/archiv/textz/textz\\_phil/dialektik\\_aufklaerung.pdf](http://offene-uni.de/archiv/textz/textz_phil/dialektik_aufklaerung.pdf)  
[Stand: 23.01.2012].
- APA Defacto (2012): Online: URL: <http://www.apa-defacto.at/cms/defactohp/DE/wirueberuns.html?channel=CH0322> [Stand: 12.6.2012].
- APA – Preisliste (2012): Online:  
URL: <https://www.defacto.at/wissenswelt/pricelist.htm> [Stand: 12.6.2012].
- ASN – bm:ukk (2007): Online: URL:  
[http://www.bm:ukk.gv.at/schulen/it/it\\_angebote/asn\\_rahmenvertrag.xml](http://www.bm:ukk.gv.at/schulen/it/it_angebote/asn_rahmenvertrag.xml)  
[Stand: 23.01.2012].
- ASN – Schule (2012): Online:  
URL: <http://www.schule.at/index.php?url=pages&kthid=8410> [Stand: 23.01.2012].
- Atwell, Graham (2006): E-Learning und die soziale Gestaltung der Technik. In:  
Bittlingmayer, Uwe H.; Bauer, Ullrich (Hg.): Die „Wissengesellschaft“. Mythos,  
Ideologie oder Realität? – VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 523-552.
- bm:ukk – edumoodle (2007): Online: URL:  
[http://www.bm:ukk.gv.at/schulen/it/ikt\\_projekte/edumoodle.xml](http://www.bm:ukk.gv.at/schulen/it/ikt_projekte/edumoodle.xml) [Stand: 23.01.2012].
- bm:ukk – eLearning (2011): Online:  
URL: <http://www.e-learning-austria.at/> [Stand: 20.02.2011].
- bm:ukk – eLSA (2007): Online:  
URL: [http://www.bmukk.gv.at/schulen/it/ikt\\_projekte/elsa.xml](http://www.bmukk.gv.at/schulen/it/ikt_projekte/elsa.xml) [Stand: 23.01.2012].
- bm:ukk – IT in der Bildung (2008): IKT Projekte des Allgemeinbildenden Schulwesens:  
Online: URL: <http://www.bm:ukk.gv.at/schulen/it/index.xml> [Stand: 23.01.2012]
- bm:ukk – Ministerium (2011): Online:  
URL: [http://www.bm:ukk.gv.at/ministerium/minister\\_alt.xml](http://www.bm:ukk.gv.at/ministerium/minister_alt.xml) [Stand: 23.01.2012].
- bm:ukk – Web20 (2007): Online: URL:  
[http://www.bm:ukk.gv.at/schulen/it/ikt\\_projekte/web20.xml](http://www.bm:ukk.gv.at/schulen/it/ikt_projekte/web20.xml) [Stand: 23.1.2012].
- bm:ukk (2009): Individualisierung. Online:  
URL: <http://www.bm:ukk.gv.at/medienpool/17846/eindividualisierung2009.pdf>  
[Stand: 01.02.2011].
- bm:ukk a (2008): e-learning bringts. Online:  
URL: [http://www.edumoodle.at/nms/file.php/1/elearning\\_bringts\\_jan09.pdf](http://www.edumoodle.at/nms/file.php/1/elearning_bringts_jan09.pdf)  
[Stand: 23.01.2012].
- bm:ukk b (2008): e-learning bringts 2. Online: URL:  
[http://www.edumoodle.at/nms/file.php/1/e-learning\\_bringts\\_2.pdf](http://www.edumoodle.at/nms/file.php/1/e-learning_bringts_2.pdf) [Stand: 01.02.2011].

- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. – Suhrkamp, Frankfurt/Main.
- Bruha, Stefanie / Schwediauer, Lisa (2007): Wissen – der Grundstein jeglichen Regierens. In: Ernst, Michaela / Haider, Stefanie / Weinschenk Teresa (Hrsg.): Pädagogik macht Kritik. Texte zu Gouvernamentalität. – Löcker, Wien, S. 138-154.
- Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (2008): Kritik des Neoliberalismus. – VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- eCaaching des bm:bwk (2005): Online: URL: <http://ecoaching.schule.at> [Stand: 23.01.2012].
- edumoodle (2011): Online: URL: <http://www.edumoodle.at> [Stand: 23.11.2011].
- e-learning Austria (2011): Online: URL: <http://www.e-learning-austria.at/> [Stand: 01.02.2011].
- eLSA – Was ist eLSA (2011): Online: URL: <http://elsa20.schule.at/9/> [Stand: 23.11.2011].
- eLSA (2011): Online: URL: <http://elsa.schule.at> [Stand: 23.11.2011].
- eLSA eCoaching (2011): Online: URL: <http://elsa20.schule.at/fortbildungsinitiativen/ecoaching-initiative/> [Stand: 23.11.2011].
- eLSA Projekt (2011): Online: URL: [http://www.bm:ukk.gv.at/schulen/it/ikt\\_projekte/elsa.xml](http://www.bm:ukk.gv.at/schulen/it/ikt_projekte/elsa.xml) [Stand: 23.11.2011].
- Felber, Christian (2008): Crashkurs Neoliberalismus. Online: URL: [http://www.dioezese-linz.at/redsys/index.php?action\\_new=read&Article\\_ID=47446&page\\_new=450](http://www.dioezese-linz.at/redsys/index.php?action_new=read&Article_ID=47446&page_new=450) [Stand: 12.06.2012].
- FPÖ (1985): Programm der freiheitlichen Partei Österreichs. Österreich politisch erneuern. Offene Gesellschaft – freie Bürger. Beschlossen am Programmparteitag 1. und 2. Juni 1985 in Salzburg.
- Freedictionary (2012): Vehikel. Online: URL: <http://de.thefreedictionary.com/Vehikel> [Stand: 23.01.2012].
- Friesen, Norm (2008): Critical Theory. Ideology Critique and the Myths of E-Learning. Online: URL: <http://ubiquity.acm.org/article.cfm?id=1386860> [Stand: 20.07.2012].
- Friesen, Norm (2012): Critical Theory and the Mythology of Learning with Technology. Online: URL: [http://learningspaces.org/files/critical\\_theory.pdf](http://learningspaces.org/files/critical_theory.pdf) [Stand: 04.08.2012].
- Göhlich, Michael / Wulf, Christoph / Zirfas, Jörg (2007): Pädagogische Zugänge zum Lernen. Eine Einleitung. In: Göhlich, M. u.a. (Hrsg.): Pädagogische Theorien des Lernens. Weinheim, S. 7-22. Online: URL: <http://www.beltz.de/fileadmin/beltz/leseproben/9783407320728.pdf> [Stand: 11.07.2012].

- Golea, Tatiana (2010): Professional Learning Europe. Innovations in Learning. In: Zukunft Personal 2010. Messe Spezial. Online: URL: [http://www.zukunft-personal.de/content/e7/e981/e5679/RechteSpalte8523/ZP10\\_MZ\\_WEB\\_ger.pdf](http://www.zukunft-personal.de/content/e7/e981/e5679/RechteSpalte8523/ZP10_MZ_WEB_ger.pdf) [Stand: 01.02.2011].
- Grüne (1986): Die Grüne Alternative, Liste Fredo Meissner-Blau: Grüne Alternativen, für ein neues Österreich. Offenes Kurzprogramm. Es wird Zeit, etwas zu tun!
- Habermas, Jürgen (1968): Technik und Wissenschaft als Ideologie.- Suhrkamp, Frankfurt.
- Höhne, Thomas (2006): Wissensgesellschaft. In: Dzierzbicka, Agnieszka und Schirlbauer, Alfred (Hrsg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement. – Löcker, Wien, S. 297-305.
- IDC Austria (2012): Online: URL: <http://www.idc-austria.at> [Stand: 23.01.2012].
- IFS – Institut Frankfurter Schule (2012): Online: URL: <http://www.ifs.uni-frankfurt.de/institut/geschichte.htm> [Stand: 23.01.2012].
- IT Projekt Datenbank des bm:bwk (2011): Online: URL: <http://it-projekte.schule.at/index.php?modul=list> [Stand: 23.11.2011].
- Kern, Dieter (2001): E-Learning. Nur Mode oder Methode? In: Management und Training. H.1, S. 18-21.
- KPÖ (1982; 1989): Das Programm der KPÖ. Für Sozialismus in Österreichs Farben. Kurzfassung (Auszüge). – Kommunistische Partei Wien, Wien.
- KPÖ Stmk (2012): Online: URL: <http://www.kpoe-steiermark.at/fragwuerdiges-geschenk-an-gemeinde-knittelfeld.phtml> [Stand: 13.07.2012].
- Krautz, Jochen (2007): Pädagogik unter dem Druck der Ökonomisierung. Zum Hintergrund von Standards, Kompetenzen und Modulen. In: Pädagogische Rundschau 1, S. 81-93.
- Kreidl, Christian / Dittler, Ullrich (2009): E-Learning: Eine Zwischenbilanz. Kritischer Rückblick als Basis eines Aufbruchs. In: Medien in der Wissenschaft, Band 50, S. 262-274.
- Kreisky, Eva (2002): Online: URL: [http://evakreisky.at/onlinetexte/nachlese\\_ideologie\\_ideologiekritik.php](http://evakreisky.at/onlinetexte/nachlese_ideologie_ideologiekritik.php) [Stand: 10.10.2011].
- Lohmann, Ingrid (2001): After Neoliberalism. Können nationalstaatliche Bildungssysteme den freien Markt überleben? Online: URL: <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Publik/afterNeo.pdf> [Stand: 05.03.2012].
- Lohmann, Ingrid (2005): Marktorientiertheit versus Chancengleichheit: Widersprüche und Perspektiven moderner Bildungsentwicklung. Online: URL: <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Publik/Alt-Kolloquium.pdf> [Stand: 12.07.2012].

- Lohmann, Ingrid (2010): Ökonomisierung der Bildung. Online:  
 URL: [http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Attac-Sommerakademie-2010/Lohmann\\_%D6konomisierung\\_2010.pdf](http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Attac-Sommerakademie-2010/Lohmann_%D6konomisierung_2010.pdf) [Stand: 06.08.2010].
- Marx, Karl (1845): Thesen über Feuerbach. Online: URL:  
<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1845/thesen/thesfeue-or.htm>  
 [Stand: 12.06.2012].
- Michalitsch, Gabriele (2004): Was ist Neoliberalismus? Genese und Anatomie einer Ideologie. In: Graf, Daniela / Kaser, Karl (Hrsg.): Vision Europa: vom Nationalstaat zum Europäischen Gemeinwesen. – Czernin Verlag, Wien, S. 144-163.
- Micheuz, Peter (2012): Gedanken zu eLSA-Zertifizierung. Online: URL:  
<http://elsa20.schule.at/goodies/gedanken-zu-elsa-zertifizierung/> [Stand: 12.01.2012].
- Mont Perelin (2011): Online: URL: <https://www.montpelerin.org/montpelerin/home.html>  
 [Stand: 24.05.2012].
- Nározy Thomas / Riedler, Verena (2003): E-Learning in der Schule. In: Österreich-Online, Verl. Public Voice: 221-238. Online:  
 URL: [http://www.eduhi.at/dl/e-learning\\_in\\_der\\_schule1.pdf](http://www.eduhi.at/dl/e-learning_in_der_schule1.pdf) [Stand: 12.1.2012].
- News (2012): Kein Vertrauen in die Justiz. Online:  
 URL: [http://www.news.at/articles/1205/510/321274\\_s5/umfrage-kein-vertrauen-justiz](http://www.news.at/articles/1205/510/321274_s5/umfrage-kein-vertrauen-justiz)  
 [Stand: 23.06.2012].
- ÖVP (1972): Das Grundsatzprogramm der ÖVP. Salzburger Programm.
- ÖVP (1995): Grundsatzprogramm. Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien.
- Parlament – NR (2012): Online: URL: <http://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/>  
 [Stand: 23.06.2012].
- Pelinka, Anton (2009). Das politische System Österreichs. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) Die politischen Systeme Westeuropas, Leske+Buderich, Opladen, S. 607-641.
- Perkmann, David Jonas (2012): Die Kybernetische Hypothese und das Ende des Politischen. In: bm:ukk (Hrsg.): medienimpulse-online. Ausgabe 2/2012. Online:  
 URL: <http://www.medienimpulse.at/articles/view/437> [Stand: 30.06.2012].
- Pisa (2009) : Online: URL: <http://www.oecd.org/berlin/46615935.pdf> [Stand: 23.06.2012].
- Pongratz, Ludwig, A (2006): Lebenslanges Lernen. In: Dzierzbicka, Agnieszka / Schirlbauer, Alfred (Hrsg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement. – Löcker, Wien, S. 162-171.
- Ptak, Ralf (2008): Grundlagen des Neoliberalismus. In: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (2008): Kritik des Neoliberalismus. – VS Verlag, Wiesbaden, S. 13-86.

- Pühringer, Josef (2010): Beilage 275/2010 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags XXVII. Gesetzgebungsperiode. Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Einbringung des BildungsMedienZentrums in die EDUCATION HIGHWAY Innovationszentrum für Schule und Neue Technologie GmbH. Online: URL: <http://www1.land-oberoesterreich.gv.at/lgtbeilagen/blgttexte/20100275.pdf> [Stand: 12.01.2012].
- Rehmann, Jan (2008): Einführung in die Ideologietheorie. – Argument Verlag, Hamburg.
- Ribolits, Erich (2006): Humanressource – Humankapital. In: Dzierzbicka, Agnieszka / Schirlbauer, Alfred (Hrsg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement. – Löcker, Wien, S. 135-145.
- RVG – Reichsvolksschulgesetz (1869): Gesetz durch welches die Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschulen festgestellt werden (RGI.62/1869).
- Sattler, Elisabeth (2006): Chancengleichheit. In: Dzierzbicka, Agnieszka / Schirlbauer, Alfred (Hrsg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement. – Löcker, Wien, S. 59-67.
- Schirlbauer, Alfred (2006): Autonomie. In: Dzierzbicka, Agnieszka / Schirlbauer, Alfred (Hrsg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement. – Löcker, Wien, S. 13-22.
- Schratz, Michael (2005): Kurzfassung des eLSA Endberichtes. Online: URL: <http://elsa.schule.at/evaluation-ergebnisse/schratz-kurzbericht.htm> [Stand: 23.1.2012].
- SPÖ (1978): Sozialistische Politik 8. Das Parteiprogramm der SPÖ. Das neue Programm der SPÖ. Beschlossen vom Bundesparteitag der SPÖ am 20. 5. 1978.
- SPÖ (1998): SPÖ-Grundsatzprogramm. Das Programm für eine erfolgreiche Zukunft.
- Stangl, Werner (2000): Die Internet-Nutzung an österreichischen Schulen – neuester Stand. In Lehner, Karl / Seiter, Josef (Hrsg.): Im Netz der Neuen Medien. Unterrichtswelten in Veränderung 1. – Verein der Förderung der Schulheft, Wien, S. 133-144.
- Stangl, Werner (2012): Online: URL: <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/LERNEN/LerntheorienKonstruktive.shtml> [Stand: 02.02.2012].
- Statistik Austria (2008): Bildung in Zahlen 2010/11. Schlüsselindikatoren und Analysen. O- Druckerei Hans Jentsch, Wien. Online: URL: [http://www.statistik.at/web\\_de/dynamic/services/publikationen/5/publdetail?id=5&listid=5&detail=508](http://www.statistik.at/web_de/dynamic/services/publikationen/5/publdetail?id=5&listid=5&detail=508) [Stand: 23.06.2012].
- Statistik Austria (2012): IKT Einsatz in Haushalten: Online: URL: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/informationengesellschaft/ikt-einsatz\\_in\\_haushalten/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationengesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/index.html) [Stand: 01.02.2012].
- Swertz, Christian (2006): Neue Medien. In: Dzierzbicka, Agnieszka / Schirlbauer, Alfred (Hrsg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement. – Löcker, Wien, S. 199-207.
- Tevalo (2011): Online: URL: <http://www.tevalo.at/index/tevalo> [Stand: 23.01.2012].

- TU Harburg (2012): Online:  
URL: <http://www.tu-harburg.de/rzt/rzt/it/kritik/node6.html> [Stand: 23.01.2012].
- Tuschling, Anna (2004): Lebenslanges Lernen. In: Bröckling, Hans / Kramsmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hrsg.): Glossar der Gegenwart. – Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 152-158.
- Uni Hildesheim (2011): Online: URL: <http://www.uni-hildesheim.de/de/9808.htm>  
[Stand: 01.02.2011].
- Vorarlberg (2012): VORARLBERG Kompakt und übersichtlich aufbereitet. Online:  
URL: <http://www.vorarlberg.at/landtag/pdf/vorarlbergkompakt2012.pdf>  
[Stand: 23.6.2012].
- Web20 KlassenWiki (2007): Online: URL: <http://web20klasse.weblife.at>  
[Stand: 23.01.2012].
- Web20 Lehrerblick (2007): Online: URL:  
<http://www.web20klasse.at/schoolwiki/index.php/SchoolWiki:Portal>  
[Stand: 23.01.2012].
- Web20 Presseinfo (2007): Online:  
URL: [http://www.bm:ukk.gv.at/medienpool/15697/web\\_20\\_telekom.pdf](http://www.bm:ukk.gv.at/medienpool/15697/web_20_telekom.pdf)  
[Stand: 23.01.2012].
- Weiser, Bernhard (2005): Zusammenfassende Analyse des eLSA Projekts aus Schulentwicklungsperspektive. Online:  
URL: <http://elsa.schule.at/evaluation-ergebnisse/weiser.pdf> [Stand: 12.01.2012].
- Wirtschaftslexikon Gabler (2012): Online: URL:  
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/nobelpreis-fuer-wirtschaftswissenschaften.html> [Stand: 23.01.2012].
- WKO (2012): Das Portal der Wirtschaftskammer Österreich. Online:  
URL: [http://portal.wko.at/wk/format\\_detail.wk?AngID=1&StID=360271&DstID=363](http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=360271&DstID=363)  
[Stand: 23.01.2012].

# 10. Abbildungen

Abb. 1: Scan der Inhaltsverzeichnisse von ÖVP (1972) und SPÖ (1978)

<table border="0"> <tr><td>1</td><td>Einleitung</td><td>3</td></tr> <tr><td>2</td><td>Die Partei der fortschrittlichen Mitte</td><td>4</td></tr> <tr><td>3</td><td>Die Grundsätze der ÖVP</td><td>6</td></tr> <tr><td>3,1</td><td>✓ Unser Menschenbild</td><td>6</td></tr> <tr><td>3,2</td><td>✓ Freiheit</td><td>7</td></tr> <tr><td>3,3</td><td><u>Gleichheit</u></td><td>8</td></tr> <tr><td>3,4</td><td>✓ Leistung</td><td>9</td></tr> <tr><td>3,5</td><td>✓ Partnerschaft</td><td>10</td></tr> <tr><td>3,6</td><td><u>Aufgabenteilung</u></td><td>11</td></tr> <tr><td>3,7</td><td><u>Partizipation</u></td><td>12</td></tr> <tr><td>4</td><td>Neue Verantwortung in der Gesellschaft</td><td>13</td></tr> <tr><td>4,1</td><td>Höhere Lebensqualität</td><td>13</td></tr> <tr><td>4,2</td><td><u>Bildung als Lebensaufgabe</u></td><td>15</td></tr> <tr><td>4,3</td><td><u>Humane Arbeitswelt und sinnerfüllte Freizeit</u></td><td>18</td></tr> <tr><td>4,4</td><td>Wirtschaft – Basis des Fortschritts</td><td>20</td></tr> <tr><td>4,5</td><td>Eigentum für alle</td><td>23</td></tr> <tr><td>4,6</td><td>Sozialer Fortschritt</td><td>24</td></tr> <tr><td>4,7</td><td>Gesundheit</td><td>26</td></tr> <tr><td>4,8</td><td>Umweltschutz</td><td>27</td></tr> <tr><td>4,9</td><td>Freiheit der Kunst</td><td>28</td></tr> <tr><td>4,10</td><td>Dynamische Demokratie</td><td>29</td></tr> <tr><td>4,11</td><td>Österreich und die Welt</td><td>31</td></tr> <tr><td>5</td><td>Neue Verantwortung für den Menschen</td><td>33</td></tr> <tr><td>5,1</td><td>Jugend</td><td>33</td></tr> <tr><td>5,2</td><td>Frau und Mann</td><td>35</td></tr> <tr><td>5,3</td><td>Familie</td><td>36</td></tr> <tr><td>5,4</td><td>Alter</td><td>37</td></tr> <tr><td>6</td><td>Österreichs Zukunft gestalten</td><td>38</td></tr> </table>	1	Einleitung	3	2	Die Partei der fortschrittlichen Mitte	4	3	Die Grundsätze der ÖVP	6	3,1	✓ Unser Menschenbild	6	3,2	✓ Freiheit	7	3,3	<u>Gleichheit</u>	8	3,4	✓ Leistung	9	3,5	✓ Partnerschaft	10	3,6	<u>Aufgabenteilung</u>	11	3,7	<u>Partizipation</u>	12	4	Neue Verantwortung in der Gesellschaft	13	4,1	Höhere Lebensqualität	13	4,2	<u>Bildung als Lebensaufgabe</u>	15	4,3	<u>Humane Arbeitswelt und sinnerfüllte Freizeit</u>	18	4,4	Wirtschaft – Basis des Fortschritts	20	4,5	Eigentum für alle	23	4,6	Sozialer Fortschritt	24	4,7	Gesundheit	26	4,8	Umweltschutz	27	4,9	Freiheit der Kunst	28	4,10	Dynamische Demokratie	29	4,11	Österreich und die Welt	31	5	Neue Verantwortung für den Menschen	33	5,1	Jugend	33	5,2	Frau und Mann	35	5,3	Familie	36	5,4	Alter	37	6	Österreichs Zukunft gestalten	38	<h2 style="margin: 0;">Inhalt 1978</h2> <p>Vorbemerkung ..... 3</p> <p>1. Die Grundsätze der Sozialisten ..... 5</p> <p>1.1. Unsere Grundwerte ..... 5</p> <p>1.2. Demokratie ..... 7</p> <p>1.3. Die soziale Demokratie ..... 8</p> <p>1.4. Sozialismus und Religion ..... 8</p> <p>1.5. Die Sozialisten und die Gemeinschaft der Völker ..... 9</p> <p>2. Die Welt, die wir verändern wollen ..... 10</p> <p>2.1. Die Wirtschaftsordnung des Kapitalismus ..... 10</p> <p>2.2. Die Struktur unserer Gesellschaft ..... 12</p> <p>2.3. Vom Wohlfahrtsstaat zur sozialen Demokratie ..... 16</p> <p>3. Die Forderungen der Sozialisten</p> <p>3.1. Mensch und Demokratie ..... 18</p> <p>3.2. Für eine menschengerechte Wirtschaft ..... 23</p> <p>3.3. Für eine humane Umwelt ..... 31</p> <p>3.4. Für mehr soziale Sicherheit und Volksgesundheit ..... 37</p> <p>3.5. Für eine umfassende Kulturpolitik ..... 40</p> <p>3.6. Österreich in der internationalen Gemeinschaft ..... 46</p> <p>4. Der Weg der Sozialisten ..... 51</p> <p>4.1. Mit den Menschen verbunden ..... 51</p> <p>4.2. Die demokratische Partei ..... 52</p> <p>4.3. Die offene Partei ..... 52</p> <p>4.4. Ein neues Bewußtsein ..... 53</p> <p>4.5. Sozialismus als ständige Aufgabe ..... 53</p>
1	Einleitung	3																																																																																			
2	Die Partei der fortschrittlichen Mitte	4																																																																																			
3	Die Grundsätze der ÖVP	6																																																																																			
3,1	✓ Unser Menschenbild	6																																																																																			
3,2	✓ Freiheit	7																																																																																			
3,3	<u>Gleichheit</u>	8																																																																																			
3,4	✓ Leistung	9																																																																																			
3,5	✓ Partnerschaft	10																																																																																			
3,6	<u>Aufgabenteilung</u>	11																																																																																			
3,7	<u>Partizipation</u>	12																																																																																			
4	Neue Verantwortung in der Gesellschaft	13																																																																																			
4,1	Höhere Lebensqualität	13																																																																																			
4,2	<u>Bildung als Lebensaufgabe</u>	15																																																																																			
4,3	<u>Humane Arbeitswelt und sinnerfüllte Freizeit</u>	18																																																																																			
4,4	Wirtschaft – Basis des Fortschritts	20																																																																																			
4,5	Eigentum für alle	23																																																																																			
4,6	Sozialer Fortschritt	24																																																																																			
4,7	Gesundheit	26																																																																																			
4,8	Umweltschutz	27																																																																																			
4,9	Freiheit der Kunst	28																																																																																			
4,10	Dynamische Demokratie	29																																																																																			
4,11	Österreich und die Welt	31																																																																																			
5	Neue Verantwortung für den Menschen	33																																																																																			
5,1	Jugend	33																																																																																			
5,2	Frau und Mann	35																																																																																			
5,3	Familie	36																																																																																			
5,4	Alter	37																																																																																			
6	Österreichs Zukunft gestalten	38																																																																																			



## **Kurzfassung**

Nach dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (bm:ukk) können verschiedene Aktivitäten mit neuen Medien – insbesondere dem eLearning – einen Beitrag leisten, die Lernenden auf die Informations- und Wissensgesellschaft vorzubereiten. Lehrkörper werden aufgefordert, eLearning mit dem Internet, insbesondere mit dem Web 2.0, als Teil der heutigen Unterrichtsgestaltung anzusehen und diese neue Lehr- und Lernformen verstärkt im Unterricht einzusetzen, denn eLearning wird als ein Erfolgsfaktor für die Zukunft gesehen, es fördere das individuelle und selbst gesteuerte Lernen.

Es wird aufgezeigt, dass nicht nur pädagogische und politische, sondern auch ökonomische Interessen für die Nutzung von eLearning an Schulen vorzufinden sind, und eben auch Bildungseinrichtungen auf Markt und Wettbewerb ausgerichtet sind.

Im Zuge dieser Arbeit werden Argumentationen, die zur Nutzung und Einführung von eLearning vorgebracht werden, einer Analyse unterzogen. Es wird davon ausgegangen, dass eLearning genutzt wurde, um neoliberale Strukturen durchzusetzen und für deren Akzeptanz zu sorgen.

Um diese Annahme zu prüfen, werden politische und mediale Teilfelder betrachtet. Einerseits werden politische Grundsatzprogramme herangezogen, um die Forderungen, die für eine Nutzung von Computer und eLearning im Unterricht angeführt werden, aufzuzeigen. Andererseits werden medial verbreitete Meldungen aus Tageszeitungen herangezogen, um das mediale Teilfeld rund um die Themen Computer und eLearning in der Schule darzustellen. Das Augenmerk wird auf die Argumentationen und die ihnen innewohnenden – bzw. unerwähnten und verdeckten – Ideologien gelegt.

Die Einflüsse und Konstruktionen, die zur Einführung von eLearning an Österreichs Schulen geführt haben, sowie die unterschiedlichen Interessen eLearning an Schulen (nicht) einzuführen, sollen im Zuge dieser ideologiekritischen Auseinandersetzung aufgezeigt werden.



# Lebenslauf

## Persönliche Daten:

Name: Katharina Kaiser-Müller  
Geburtsdatum: 3. Juni 1967 in Wien  
Familienstand: verheiratet (geborene Müller)  
2 Kinder: Florian (1993) und Klaus (1994)  
Adresse: 2325 Himberg, Uferpromenade 1

## Bildungsweg:

2006 – 2012 Diplomstudium Pädagogik an der Universität Wien  
Schwerpunkte: Medienpädagogik, Aus- und Weiterbildungsforschung  
24.10.1986 Lehrabschlussprüfung mit Auszeichnung bestanden  
1983 – 1986 Berufsschule für Industriekaufleute  
1973 – 1983 Volksschule, Hauptschule, Gymnasium

## Berufliche Tätigkeiten

2010 – 2012 Studienassistentin der SPL 19, Bildungswissenschaft  
2009 – 2010 Tutorin bei Christian Swertz an der Uni Wien  
seit 2000 Selbständige Trainerin für EDV und Kommunikation  
. ) BMeiA - „Elisa und IMS“ in den Vertretungsbehörden  
. ) IBM „ELAK – Der elektronische Akt“ - E-Government  
. ) BRZ – Bundesrechenzentrum „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“  
. ) ANKH.AT „Telefon-, E-Mail und Kommunikations-Trainings“  
  
1997 – 1998 Telepower – Telefonmarketing / Office Managerin  
1996 – 1996 LKW Walter – Spedition / Office Managerin  
1991 – 1995 Kurier – Chefredaktion / Chefsekretärin  
1988 – 1991 Kronenzeitung / Mediaprint – Vertrieb / Sachbearbeiterin  
1983 – 1988 Kapsch AG & AT Entwicklung / Lehre und Kfm. Ang.

## Zusätzliche Aus- und Weiterbildungen:

2009 Praktikum in der Präsenzbibliothek der BIWI  
2005 Lachyoga  
2004 Energetisches Sprachtraining  
Improvisationstheater – Theatermethoden für alle  
2003 Lehrgang systemisch-humanökologisches Coaching  
GenderDidaktik  
2002 ECDL-Prüferprüfung  
NLP Einführungsseminar  
2001 Ausbildung zur Management-Trainerin